

KATRIN NICKE

LINKE AKTEURE IN DEN STÄDTEN UND GEMEINDEN

ZUM ZUSTAND DER DEMOKRATIE UND ZUR
ROLLE DER PARTEI AUF KOMMUNALER EBENE

KATRIN NICKE

LINKE AKTEURE IN DEN STÄDTEN UND GEMEINDEN

**ZUM ZUSTAND DER DEMOKRATIE UND ZUR ROLLE
DER PARTEI AUF KOMMUNALER EBENE**

KATRIN NICKE ist Politik- und Verwaltungswissenschaftlerin, lebt in Berlin und ist dort seit 2019 wissenschaftliche Mitarbeiterin am IMU-Institut. Ihre Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte sind demokratietheoretische Fragestellungen mit besonderem Fokus auf eine Verknüpfung von regionaler Governance mit partizipationsorientierten Ansätzen und Daseinsvorsorge sowie Fragen zur Zukunft der Arbeit aus beschäftigungsorientierter Perspektive.

Der Fokus der Studie liegt auf der Partei DIE LINKE. Um dies zu verdeutlichen, wird die Schreibweise DIE LINKE, LINKE etc. verwendet, wenn es um parteipolitische Akteure und Aktivitäten geht, und die Linke, linke etc., wenn damit die gesellschaftspolitische Linke gemeint ist.

IMPRESSUM

STUDIEN 13/2021

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüßlein

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-2242 · Redaktionsschluss: Oktober 2021

Illustration Titelseite: Frank Ramspott/iStockphoto

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

INHALT

Vorwort.	5
1 Einleitung	6
2 Forschungsdesign.	8
2.1 Auswahl der Städte und Gemeinden	8
2.2. Fallbeschreibungen	10
Sachsen.	10
Borna.	10
Geyer.	11
Reinsberg	11
Wurzen	11
Brandenburg	11
Finstertal	11
Frankfurt (Oder)	11
Schwedt (Oder)	12
Wustermark.	12
3 Zum Zustand der Demokratie und zur Rolle der Partei DIE LINKE	14
3.1 Wähler*innen, Wandel des Parteiensystems und neuer Protest.	15
Wählerklientel, Parteienbindung und Personenwahl	15
Themensetzung und Vermittlung linker Positionen	16
Aufkommen neuen Protests	17
Wahrnehmung der Parteispitzen	18
Historisches Erbe als SED-Nachfolgepartei	19
Handlungsempfehlungen	19
3.2 Die kommunale Ebene: Zum Zustand der Konkordanzdemokratie.	21
DIE LINKE in kommunalen Interessenvertretungen.	22
Allianzen und Kooperationsblockaden.	23
Veto-Position: Die Bürgermeister*innen	24
Veto-Position: Die Verwaltung	25
Veto-Position: Bürgerbeteiligung.	25
Veto-Position: Der kommunale Haushalt	26
«Kleinklima des Vertrauens»	27
. . . nur partiell ausgebildet	28
. . . unter Druck oder erschüttert	28
Handlungsempfehlungen	28
3.3 Mitgliederbasis, Parteilose und Sympathisant*innen	31
Mitgliederentwicklung	31
Mitgliederpflege und -gewinnung	33
Motivation für kommunales Engagement und Frustrationserfahrungen	33
Gründe für den Parteibeitritt	34
Frauen in der Kommunalpolitik	36
Arbeitsaufwand	36
Belastungserfahrungen	36
Handlungsempfehlungen	37
3.4 Themenspektrum und politisches Agenda Setting	39
Themenfindung	39
Themenpalette	40
Originär kommunalpolitische Konzepte identifizieren	40
Transfer LINKER Grundpositionen auf die kommunale Ebene	40
Handlungsempfehlungen	42

3.5 Vermittlung und Wahrnehmbarkeit linker Initiativen	48
Vernetzung und Verankerung vor Ort	48
Aktionen und Events	48
PR- und Öffentlichkeitsarbeit	49
Nutzung von Printmaterialien und neuen Medien	49
Präsenz in den lokalen Medien	49
Handlungsempfehlungen	50
4 Schlussbetrachtung	52
Zusammenfassung	52
Ausblick	54
Literatur	56

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabelle I: Fallauswahl Kommunen in Brandenburg	9
Tabelle II: Fallauswahl Kommunen in Sachsen	9
Tabelle III: Übersicht Gesprächspartner*innen problemzentrierter Interviews	9
Tabelle IV: Kommunalwahlergebnis (in Prozent) und Sitzverteilung in Borna	10
Tabelle V: Kommunalwahlergebnis (in Prozent) und Sitzverteilung in Geyer	11
Tabelle VI: Kommunalwahlergebnis (in Prozent) und Sitzverteilung in Reinsberg	11
Tabelle VII: Kommunalwahlergebnis (in Prozent) und Sitzverteilung in Wurzen	11
Tabelle VIII: Kommunalwahlergebnis (in Prozent) und Sitzverteilung in Finsterwalde	11
Tabelle IX: Kommunalwahlergebnis (in Prozent) und Sitzverteilung in Frankfurt (Oder)	12
Tabelle X: Kommunalwahlergebnis (in Prozent) und Sitzverteilung in Schwedt (Oder)	12
Tabelle XI: Kommunalwahlergebnis (in Prozent) und Sitzverteilung in Wustermark	12
Tabelle XII: Strukturelle Eckdaten der kommunalen Fallstudien	13
Tabelle XIII: Konkordante Einstellungen und Abstimmungsverhalten	23
Abbildung I: Motivationen für kommunalpolitisches Engagement in der LINKEN	34
Abbildung II: Frustrationen im kommunalpolitischem Engagement in der LINKEN	35
Abbildung III: Beruflicher Hintergrund der Interviewpartner*innen	35
Abbildung IV: Die wichtigsten Konfliktlinien unserer Zeit	41
Abbildung V: Politikerfolge der LINKEN auf kommunaler Ebene	43
Abbildung VI: Politikziele der LINKEN auf kommunaler Ebene	44
Abbildung VII: Strategisches Quadrat und strategische Kreise	46

VORWORT

Kommunalpolitiker*in ist man ganz oder gar nicht. Ich weiß, wovon ich spreche, gehöre ich doch selbst seit mehr als 20 Jahren zu dieser besonderen Spezies. Seit 1998 ist linke Kommunalpolitik Teil meines Lebens, haben die Termine der Fraktionssitzung, Stadtverordnetenversammlung, Ausschüsse, Aufsichtsräte in meinem Terminkalender Priorität. Deshalb war ich sehr gespannt, welche Ergebnisse die Studie «LINKE AKTEURE IN DEN STÄDTEN UND GEMEINDEN. ZUM ZUSTAND DER DEMOKRATIE UND ZUR ROLLE DER PARTEI AUF KOMMUNALER EBENE» zutage bringt. Dabei ging es mir nicht allein um Sitze und Prozente bei Kommunalwahlen, sondern vielmehr um kommunale linke Gestaltungsspielräume, auch unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen, um Bündnisse und neue gesellschaftliche Herausforderungen sowie um erfolgreiche Generationswechsel.

Linke Kommunalpolitiker*innen sind das Gesicht der Partei vor Ort. Ihre Politik und ihre Präsenz auf Marktplätzen und in Bürgersprechstunden sind entscheidend für das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der Gesamtpartei. Sie sind Identifikationsfiguren und stehen im Fokus, wenn zentrale gesellschaftliche Problemstellungen sich auf lokale Verhältnisse auswirken, wie beispielsweise die Energiewende. Sie spüren direkt die Folgen von inkonsequentem politischen Handeln, Auseinandersetzungen oder Sprachlosigkeit auf Bundes- oder Landesebene. Wenn etwa auf Bundesebene der richtige Anspruch formuliert wird, Geflüchtete so schnell wie möglich in eigenen Wohnungen unterzubringen, dieser aber vor Ort aufgrund fehlender Wohnungen schwer umzusetzen ist, entsteht eine Kluft zwischen Parteispitze und Basis, die zu Glaubwürdigkeitsverlust führt. Und nicht zuletzt sind linke Kommunalpolitiker*innen seit einiger Zeit vermehrt Bedrohungen und Anfeindungen ausgesetzt, wo rechte und rechtsextreme Kräfte erstarken.

Anfang der 1990er Jahre war Kommunalpolitik ein Herzstück der damaligen PDS. Linke Kommunalpolitiker*innen haben sich im besten Wortsinn um die Probleme vor Ort gekümmert. Sie waren Ansprechpartner*innen für sozial Benachteiligte, Familien, Rentner*innen und konnten aufgrund fachlicher Expertise Unterstützung und Beratung anbieten oder Probleme an die Landes- oder Bundesebene weiterleiten.

Heute stellt sich zum Teil die Frage, ob lokale Probleme überhaupt noch auf Bundes- oder Landesebene wahrgenommen werden bzw. wie das Zusammenspiel der unterschiedlichen Ebenen verbessert werden kann. Der Generationswechsel in der Kommunalpolitik hat mancherorts zu einer zunehmenden Radikalisierung geführt. Das erschwert die Umsetzung linker Projekte, da diese Kompromisse und Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg und jenseits von Koalitionen voraussetzt. Ausgenommen von solchen Koalitionen sind selbstverständlich die AfD oder andere rechtsextreme Parteien. Hier verbietet sich jegliche Zusammenarbeit von vornherein.

Die vorliegende Studie macht deutlich: Linke Kommunalpolitik muss wieder ein stärkeres Gewicht erhalten. Sie ist ein Seismograf für Stimmungen und Missstimmungen in der Gesellschaft. Vernetzung, Zusammenarbeit sowie kommunalpolitische Bildung müssen gestärkt werden. Der Krise der politischen Repräsentanz muss vor Ort mit Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit entgegengetreten werden. Die Studie liefert neben einer empirischen Zustandserhebung auch Ideen und Anregungen, wie mit linkspolitischen Ansätzen, Projekten und bedarfsgerechten Angeboten die Lebensbedingungen in den Kommunen verbessert werden und die Menschen zur Teilhabe an demokratischen Prozessen ermuntert werden können. Letztendlich sind immer die konkreten Voraussetzungen vor Ort entscheidend. Die Möglichkeiten der Einflussnahme sind nicht immer abhängig von der Größe einer Fraktion, sondern vor allem von Engagement und Professionalität ihrer Mitglieder. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt kommunale Mandatsträger*innen, lokal aktive Menschen in Initiativen, Vereinen und Bündnissen, aber auch Verwaltungsmitarbeiter*innen mit Bildungsangeboten. Hier sehe ich auch einen künftigen Schwerpunkt, um Vernetzung und Zusammenarbeit zu stärken, Best-Practice-Beispiele zu sammeln und zu verbreiten. Die vorliegende Studie gibt neue Anregungen und Anknüpfungspunkte. Ich danke der Autorin Katrin Nicke und freue mich auf die Präsentation und Diskussion vor Ort.

Dagmar Enkelmann,
Vorstandsvorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung

1 EINLEITUNG

Kommunalpolitik wirkt sich direkt auf das Lebensumfeld der Menschen aus, denn in den Städten und Gemeinden haben politische Akteure bedeutenden Einfluss auf das gesellschaftliche Miteinander und die Entwicklung vor Ort. Entscheidungsträger*innen verfügen, basierend auf den Hoheitsrechten der Kommunen,¹ über weitreichende Rechte zur Gestaltung der lokalen Umwelt. Aufgrund dessen sind die großen Konflikte unserer Zeit auf kommunaler Ebene «vor der Haustür» erfahrbar. Dies trifft insbesondere auf Fragen der Grundversorgung² zu: Wie wollen wir leben und wohnen? Wie wollen wir arbeiten? Wie wollen wir zukünftig Mobilität gestalten? Wie schnell lässt sich das nächste Krankenhaus erreichen oder wie das Naherholungsgebiet erhalten?

Aber wie sind die komplexen Herausforderungen der Gegenwart – von der Schaffung bezahlbaren Wohnraums über den Erhalt sicherer Beschäftigungsverhältnisse bis hin zur Energie- und Mobilitätswende unter den Vorzeichen beschleunigter Globalisierung und Digitalisierung – auf kommunaler Ebene zu bewältigen? Zunächst ist feststellbar, dass sich in den verhandlungsdemokratischen Prozessen auf kommunaler Ebene gesamtgesellschaftliche Diskurse ebenso spiegeln, wie sie (innerhalb des föderalen Mehr-Ebenen-Systems) prägend auf die öffentliche Meinungsbildung vor Ort wirken. Folgende Schlaglichter auf lokale Diskurse und kommunale Entscheidungsfindung bestätigen die postulierte Relevanz:

- a) **Corona-Politik im Erzgebirge** (die tageszeitung 2020a)
Der Bürgermeister einer Kleinstadt, deren Inzidenzwerte zu den höchsten der Republik zählen, begehrt gegen die Maßnahme-Empfehlungen zur Pandemieeindämmung von Bund und Ländern auf, indem er der Bevölkerung via Facebook einen Weihnachtsmarkt verspricht und Risikogruppen rät, zu Hause zu bleiben. Eine Kreisrätin der LINKEN widerspricht.
- b) **Bürgerbeteiligung und Immobilienboom in Greifswald** (die tageszeitung 2020b)
Nachdem der Masterplan für die Entwicklung eines historischen Quartiers partizipativ erstellt wurde, begrüßt der GRÜNE Bürgermeister das Bauvorhaben zweier vermögender Investoren, das dem errungenen Ergebnis entgegensteht. Die lokale CDU erhält in der Auseinandersetzung um den Bebauungsplan prominente Unterstützung: Philipp Amthor gibt Schützenhilfe, um die parteipolitische Agenda landesweit zu schärfen.
- c) **Energiewende im Schwarzwald** (Elektrizitätswerke Schönau 2020)
In der rund 2.500 Einwohner*innen zählenden Gemeinde Schönau engagiert sich seit der Reaktor-katastrophe von Tschernobyl eine Bürgerinitiative gegen Atomkraft. Nachdem sich der damalige Energieversorger mit Monopolstellung auf dem

örtlichen Markt nicht an Überlegungen zur Ökologisierung der Stromversorgung beteiligen wollte, nutzten die Bürger*innen den auslaufenden Konzessionsvertrag der Stadt, um dem Gemeinderat selbst ein Angebot vorzulegen. Nachdem dieser das Angebot abgelehnt hatte, wurde 1991 ein Bürgerentscheid beantragt, bei dem die Bürgerinitiative die Entscheidung zur Übernahme des Stromnetzes für sich gewinnen konnte. Die Elektrizitätswerke sind seither «in Bürgerhand». Der Fall erlangte bundesweit große Aufmerksamkeit und das Vorgehen bei der Rekommunalisierung fand zahlreiche Nachahmer. Wie sich auf kommunaler Ebene zivilgesellschaftlich Einfluss nehmen lässt, wird daran ebenso deutlich wie die Signalwirkung, die ein solches Engagement haben kann.

Die kommunalpolitische Themenpalette reicht von übergeordneten Fragen wie der Energiewende bis hin zur Erprobung lokaler wirtschaftsdemokratischer Alternativen im Rahmen einer gemeinwohlorientierten Daseinsvorsorge. Auf kommunaler Ebene werden also Kernfragen der gesellschaftlichen Entwicklung verhandelt und Problemlösungsansätze (mitunter hoch relevante Verteilungsfragen betreffend) direkt vor Ort implementiert.

FORSCHUNGSFRAGE UND ERKENNTNISINTERESSE

Das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Studie liegt im Wirken der Partei DIE LINKE auf kommunaler Ebene und den sich daraus ergebenden Konsequenzen für LINKE Akteure in den Kommunen. Es wird gefragt, wie und unter welchen Bedingungen linkspolitische Ansätze sich in den Kommunen entfalten und implementieren lassen. Zur Beantwortung dieser Forschungsfrage wird zunächst erörtert, welche Handlungsspielräume gegenwärtig in Abhängigkeit von den vor Ort gegebenen Rahmenbedingungen zur Vermittlung von Ansätzen linker³ Politik zugunsten einer gemeinwohlorientierten, demokratisierenden Weiterentwicklung vor Ort bestehen und ob sich die Revitalisierung der Kommunen als Orten der Selbstverwaltung und «Schulen der Demokratie» (Bogumil/Holtkamp 2006: 5) mittels einer linkspolitischen Agenda befördern ließe.

¹ Zu den Hoheitsrechten der Städte und Gemeinden im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung zählen im Bereich der Rechtsetzung neben der Gebietshoheit auch die Aufgaben-, Finanz-, Organisations-, Personal- und Satzungshoheit sowie die Planungshoheit. Diese Hoheitsrechte schützen die Gemeinden vor substanziellen Eingriffen durch Land oder Bund und stecken die kommunalen Handlungsspielräume ab. ² Die Grundversorgung der Bevölkerung umfasst im Rahmen der Daseinsvorsorge alle existenziell relevanten Dienstleistungen und Infrastrukturen in den Bereichen Wohnen, Bildung, Gesundheit, Mobilität, Energie, Wasser und Abfall. Die Leistungserbringung wird überwiegend von kommunalwirtschaftlichen Betrieben gewährleistet. ³ Wie an anderer Stelle bereits angemerkt, unterscheidet diese Studie sprachlich zwischen LINKS und LINKE (Großbuchstaben) als parteibezogene Bezeichnung und links als Adjektiv im Sinne der Verortung im politischen Spektrum.

Die Partei DIE LINKE tritt ihrem Selbstverständnis nach im Interesse ihrer Wähler*innen für Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Reformen des kapitalistischen Wirtschaftssystems ein. Laut ihres Grundsatzzprogramms sind (neben den Finanzinstitutionen) auf lokaler Ebene insbesondere die Bereiche der Daseinsvorsorge, der gesellschaftlichen Infrastruktur und der Energiewirtschaft demokratisch zu kontrollieren und zu vergesellschaften. Die Institutionen der Daseinsvorsorge (Wohnen, Arbeiten, Erholung, Bildung, Mobilität, Gemeinschaft, Gesundheit, Ver- und Entsorgung) sind für alle Einwohner*innen zu erhalten bzw. es ist der Zugang zu diesen zu gewährleisten. Insgesamt gilt es, das Gleichwertigkeitsversprechen (der Lebensverhältnisse) einzulösen (DIE LINKE 2011).

Bei den letzten Kommunalwahlen in Brandenburg und Sachsen 2019 musste die Partei deutliche Verluste hin-

nehmen: Das Ergebnis der LINKEN in Brandenburg lag bei einer Wahlbeteiligung von 58,8 Prozent bei nur noch 14,1 gegenüber 20,2 Prozent im Jahr 2014 (Der Landeswahlleiter für Brandenburg 2019). Im Freistaat Sachsen entfielen bei einer Wahlbeteiligung von 62,7 Prozent noch 12,3 Prozent (2014: 16,4 Prozent) auf DIE LINKE.⁴ Auch CDU und SPD erlitten starke Einbußen, während Bündnis 90/Die Grünen in beiden Bundesländern ihr Wahlergebnis im Vergleich zur Kommunalwahl 2014 verbesserten. Zugleich konnte die AfD hohe Zugewinne verbuchen. Diese Ergebnisse spiegeln neben einem starken Rechtsruck die zunehmende Bedeutung ökologischer Positionen für die Wahlentscheidung – und das Aufkommen neuen Protests. Diese Wahlergebnisse untermauern zudem die Annahme, wonach neben dem etablierten Parteiensystem der gesamtgesellschaftliche Wertekanon brüchig zu werden droht.

⁴ Ergebnisse der Gemeinderatswahlen am 26.5.2019, unter: www.wahlen.sachsen.de/gemeinderatswahlen-2019.html (Zugriff: 8.2.2021) und Ergebnisse der Gemeinderatswahlen am 25.5.2014, unter: www.wahlen.sachsen.de/gemeinderatswahlen-2014.html?_cp=%7B%22accordion-content-7126%22%3A%7B%220%22%3Atrue%7D%2C%22previousOpen%22%3A%7B%22group%22%3A%22accordion-content-7126%22%2C%22idx%22%3A0%7D%7D (Zugriff: 8.2.2021).

2 FORSCHUNGSDESIGN

Um zu eruieren, unter welchen Voraussetzungen sich politisch linke Ansätze (wiederum) erfolgreich in Interessenvermittlungsprozesse auf kommunaler Ebene einspeisen lassen und welche Möglichkeiten parteipolitischer Profilierung für DIE LINKE lokal bestehen, sind die institutionellen Besonderheiten der kommunalen Ebene (Bogumil/Holtkamp 2006: 45–75) zu berücksichtigen ebenso wie empirische Befunde der lokalen Parteienforschung zu Stabilität und Wandel des Parteiensystems (Niedermeyer 2013 u. 2017; Decker et al. 2014) sowie zur Wählerbindung (Brenke/Kritikos 2017). Ebenso ist das Aufkommen neuer gesellschaftlicher Konfliktlinien von Relevanz (Geiling/Vester 2007; Brähler/Decker 2020).

Vorliegende Untersuchung stellt darauf ab, zu analysieren, wie es der LINKEN durch

- a) Formulierung ihrer politischen Ziele und Programme,
- b) Interessenartikulation, -repräsentation und -aggregation sowie
- c) Kommunikation zwischen parteilichen Akteuren und Bürger*innen

gelingen kann, auf kommunaler Ebene responsiv, integrierend und kooperativ zu wirken, um ihr Profil als Akteur innerhalb des kommunalen Gemeinwesens so zu schärfen, dass (explizit) linke Ansätze zunächst wahrnehmbarer werden und sich schließlich implementieren lassen. Angenommen wird, dass ihr das bestmöglich gelingt, wenn sie

- a) die gegenwärtig gesellschaftlich dominierenden Konflikte aufgreift,
- b) Problemlösungsstrategien vor Ort deutlich macht und
- c) (potenzielle) Wähler*innen und lokale Interessengruppen kontinuierlich (sowie auch mittel- und langfristige) für einen sozial-ökologischen Wandel mobilisiert.

Im Rahmen der vorliegenden Studie wird der übergeordneten Forschungsfrage entlang eines mehrstufigen Verfahrens nachgegangen. Die empirische Untersuchung folgt dabei mit Blick auf die institutionellen Besonderheiten der kommunalen Ebene (Bogumil/Holtkamp 2006; Czada 2003; Lehbruch 1967 u. 1998) und unter Rekurs auf das makro-soziologische Erklärungsmodell für Wahlverhalten und den Wandel des Parteiensystems (Niedermeyer 2013 u. 2017; Decker et al. 2014) einem kombinierten Fallstudien- (Lamnek 2005) und Mixed-Methods-Design (Kuckartz 2014; Mayring 2001).

Dazu wurde aus forschungspragmatischen Gründen in Rücksprache mit der Auftraggeberin⁵ zunächst eine Eingrenzung des Untersuchungsraums auf die Bundesländer Brandenburg und Sachsen vorgenommen. Anknüpfend an den aktuellen Forschungsstand,⁶ eine Auswertung der Ergebnisse der letzten Landtags- und Europawahlen anhand der (Wahl-)Berichterstattung und eines Abgleichs mit den Ergebnissen der Kommunalwahlen 2019 in den Ländern Brandenburg und

Sachsen wurden rund 90-minütige Vorabgespräche auf Landesebene durchgeführt. Sie dienten der Erfassung der Perspektive der Landespolitik auf die kommunale Ebene ebenso wie einer ersten Orientierung zur Ermittlung potenzieller Gesprächspartner*innen in den Städten und Gemeinden. Dieser Austausch fand im Zeitraum von Mitte bis Ende Februar 2021 statt. Er umfasste sechs Termine mit acht Amts- und Funktionsträger*innen der LINKEN, darunter Vertreter*innen der Landesarbeitsgemeinschaften Kommunalpolitik, der Kommunalpolitischen Foren, die kommunalpolitischen Sprecher*innen der Landtagsfraktionen und Mitglieder der Landesvorstände in Brandenburg und Sachsen (vgl. Abb. III).

2.1 AUSWAHL DER STÄDTE UND GEMEINDEN

Die Fallauswahl erfolgte mit der Zielstellung, den Facettenreichtum der politischen Handlungsarena Kommune aufzuzeigen sowie förderliche wie hinderliche Bedingungen für die Entfaltung linker Ansätze auf der kommunalen Ebene zu identifizieren. Sie stützte sich auf die Inputs aus den Vorgesprächen, auf eine sekundärstatistische Auswertung der Wahlberichterstattung und Materialien der Öffentlichkeitsarbeit sowie eine Analyse der Akteurslandschaft in den für die Untersuchung ausgewählten Städten und Gemeinden.⁷

Um dem Anliegen Rechnung zu tragen, trotz des nicht-repräsentativen Stichprobenumfangs ein möglichst breites Spektrum gelingender kommunaler Praxis abzubilden, wurde außerdem ein Vorauswahlfiler entwickelt. Er basiert auf dem Anspruch, zur Ableitung von Handlungsempfehlungen für die Weiterentwicklung der LINKEN auf «Best Practices» kommunalpolitisch erfolgreich agierender Akteure abzustellen. Deshalb sollten insbesondere auch solche Städte und Gemeinden Berücksichtigung finden, in denen die Ergebnisse der LINKEN bei den Kommunalwahlen 2019 im oder (deutlich) über dem Landestrend lagen. Auf die explizite Betrachtung von Metropolen wurde aus forschungspragmatischen Gründen zugunsten der Identifizierung spezifischer kommunaler Konstellationen in den Gemeindegrößenklassen bis unter 100.000 Einwohner*innen verzichtet.

Bei der Auswahl der Kommunen wurden folgende sieben Indikatoren berücksichtigt:

- a) DIE LINKE in Regionen mit erheblichen Entwicklungsproblemen: sehr hohe oder hohe Zukunftsrisiken (lt. Prognos-Zukunftsindex; vgl. Prognos 2019);

⁵ Insbesondere auch mit dem Gremium des Jour Fixe Kommunalpolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 28.1.2021 und am 26.3.2021. ⁶ Dazu gehören demokratiethoretische Annahmen, Erkenntnisse der lokalen Parteien- und der Partizipationsforschung sowie Wissen um (den Wandel) relevanter Konfliktlinien (Cleavages). ⁷ Prognos-Institut 2019: Zukunftsindex. Indexwert basierend auf insgesamt 29 makro- und sozioökonomischen Indikatoren aus den vier Bereichen Demografie, Arbeitsmarkt, Wettbewerb und Innovation, Wohlstand und soziale Lage.

- b) Wirken der LINKEN unter der Bedingung einer erstarkenden AfD: Position im Parteienspektrum, Wählerbindung und Wählerklientel;
- c) Umgang der LINKEN mit eigenen Entwicklungsproblemen: Mitgliederentwicklung, Organisationsstruktur (Wahrnehmbarkeit und Verankerung);
- d) Berücksichtigung von Mittelzentren: Stadt zwischen 25.000 und 50.000 Einwohner*innen;
- e) Berücksichtigung der Fläche nach (sehr) großer Gemeinde bzw. eines Flächenkreisverbands: ländlicher Raum, räumliche Distanzen;
- f) Beachtung ungewöhnlicher Akteurskonstellationen bzw. -kooperationen: Konkordanz und Konkurrenz, Wandel des Parteienspektrums;
- g) Präsenz der LINKEN vor Ort: DIE LINKE ist in den kommunalen Gremien UND Kreistagen vertreten UND/ODER stellt die Bürgermeisterin/den Bürger-

meister ODER zeigt außergewöhnliche Initiative (Vermittlungs- und Integrationsfähigkeit).

In Brandenburg und in Sachsen wurden je vier Einzelfallanalysen (n = acht Kommunen) durchgeführt, wobei jede der Kommunen mindestens zwei der genannten Kriterien auf sich vereint (vgl. Tabelle I und II).

Um die Potenziale zur Entfaltung linker Politik auf kommunaler Ebene und die Fähigkeit der LINKEN, ihre Programme zu vermitteln und zu implementieren sowie vor Ort integrierend, kooperativ und responsiv zu wirken, systematisiert zu erfassen, wurde ein problemzentrierter Gesprächsleitfaden entwickelt. Er bildete die Grundlage zur Durchführung explorativer Interviews mit kommunalpolitisch aktiven Akteuren der LINKEN vor Ort. Abgedeckt wurden darin die vier untersuchungsrelevanten Themenkomplexe:

Tabelle I: Fallauswahl Kommunen in Brandenburg

Brandenburg	Ergebnis der LINKEN Kommunalwahl 2019 (2014) in Prozent	Ergebnis der LINKEN Kommunalwahl 2019 (2014) in absoluten Stimmen	Indikatoren (Trend)
Finsterwalde	12,7% (11,6%)	553 (444)	a, b, c, f, g (<)
Frankfurt (Oder)	22,7% (30,5%)	15.307 (17.767)	a, b, d, f, g (>)
Schwedt, Landkreis Uckermark	12,2% (17,3%)	4.492 (4.658)	a, b, c, d, g (=)
Wustermark, Landkreis Havelland	24,5% (18,1%)	3.189 (1.567)	c, f, g (>)

Tabelle II: Fallauswahl Kommunen in Sachsen

Sachsen	Ergebnis der LINKEN Kommunalwahl 2019 (2014) in Prozent	Ergebnis der LINKEN Kommunalwahl 2019 (2014) in absoluten Stimmen	Indikatoren (Trend)
Borna, Landkreis Leipzig	23,4% (28,2%)	5.603 (6.170)	b, c, f, g (>)
Geyer, Erzgebirgskreis	19,9% (24,0%)	1.081 (1.210)	a, g (>)
Reinsberg, Landkreis Mittelsachsen	12,7% (11,6%)	553 (444)	c, e, f (=)
Wurzen, Landkreis Leipzig	12,0% (18,1%)	2.571 (2.961)	b, c, f, g (=)

Quelle: eigene Darstellung IMU-Institut

Tabelle III: Übersicht Gesprächspartner*innen problemzentrierter Interviews

Kommunale Ebene	Gesprächspartner*in	Funktionen
K1	IP 1, IP 2, IP 3	Oberbürgermeister*innen (2), Fraktionsmitglieder DIE LINKE (16), darunter: Fraktionsvorsitzende*r (6)
K2	IP 4, IP 5	
K3	IP 6, IP 7	
K4	IP 8, IP 9, IP 10, IP 11	
K5	IP 12, IP 13	
K6	IP 14, IP 15	
K7	IP 16, IP 17	
K8	IP 18	
Landesebene	Gesprächspartner*in	Funktionen
L1	IP 19, IP 20	Vertreter*innen aus: Landesvorstand (3), Kommunalpolitik, Kommunalpolitischen Foren, Landesarbeitsgemeinschaften sowie Kommunalpolitische Sprecher*innen
L2	IP 21, IP 22	
L3	IP 23	
L4	IP 24	
L5	IP 25	
L6	IP 26	

Quelle: eigene Darstellung IMU-Institut

- 1) allgemeine Charakterisierung der betrachteten Kommune,
- 2) DIE LINKE als Akteur in der Kommunalpolitik,
- 3) DIE LINKE als Akteur in der Zivilgesellschaft,
- 4) kommunale Diskurse, Handlungs- und Gestaltungsspielräume.

Die Durchführung der explorativen, problemzentrierten Interviews auf der kommunalen Ebene fand im April 2021 statt und richtete sich an der pandemischen Lage aus: Sechs der acht Gespräche konnten vor Ort durchgeführt werden. In zwei Fällen musste ein digitales Videokonferenzformat genutzt werden. Es fand ein Austausch mit insgesamt 18 Personen statt, die sich für DIE LINKE engagieren, darunter drei Einzel- und sechs Gruppengespräche. Unter den Interviewpartner*innen waren zwei Oberbürgermeister*innen der LINKEN, bei 16 der befragten Personen handelte es sich um Fraktionsmitglieder, wovon sechs zugleich den Fraktionsvorsitz innehatten. Ihre Positionen werden im Rahmen dieser Studie anonymisiert wiedergegeben (IP 1 bis IP 18). Die durchschnittliche Gesprächsdauer betrug zwei Stunden, vereinzelt bis zu drei Stunden. Die Interviews wurden aufgezeichnet und stichpunktartig protokolliert, anschließend transkribiert und inhaltsanalytisch ausgewertet. Zur Auswertung wurde ein Analyseraster entwickelt, welches die Antworten nach Themenkomplexen operationalisierte und so inhaltliche Übereinstimmungen bzw. Divergenzen zwischen den Aussagen erkennen ließ.

Im Vorfeld der Ortstermine zur Durchführung der leitfadengestützten Interviews wurde für jede der acht ausgewählten Kommunen eine sekundärstatistische Auswertung, eine Akteursanalyse und eine Auswertung von geeigneten Materialien der Öffentlichkeitsarbeit vorgenommen. Die sekundärstatistische Auswertung beinhaltete jeweils eine Erhebung der kommunalen Rahmendaten zur Charakterisierung der Untersuchungseinheiten, darunter insbesondere die Ergebnisse der letzten Kommunalwahlen, um anhand der Gewinne und Verluste auf einen möglichen Wandel im Parteiengefüge und die Position der LINKEN im lokalen Parteiensystem zu schließen. Die Wahlbeteiligung gibt darüber hinaus Auskunft über die Haltung der Bevölkerung zur repräsentativen Demokratie. Ergänzt wurden diese Rahmendaten um die Sichtung von statistischen Indikatoren aus den Bereichen soziale Lage sowie Wirtschaft und Beschäftigung (Datenbasis: Wegweiser Kommune). Damit können erste Schlüsse auf die lokale Sozialstruktur gezogen werden.

Für die Akteursanalyse wurden öffentlich zugängliche Informationen zur örtlichen Politik, Wirtschaft sowie zur Vereins- und Verbändelandschaft ausgewertet. Die weitere Identifizierung von politischen Akteuren und relevanten Themen erfolgte entlang der Auswertung der beiden zuletzt veröffentlichten Amtsblätter der betrachteten Kommunen und mithilfe internetgestützter Recherchen (Desktop-Research). Ergänzend fand eine Sichtung der PR-Arbeit der Partei DIE LINKE

in den jeweiligen Kommunen statt, um Aufschluss über ihr Selbstverständnis bzw. ihre Selbstdarstellung sowie das Verhältnis zu anderen politischen und gesellschaftlichen Akteuren in der Kommune zu erhalten.

Im Anschluss an die Ortstermine wurden die aus dem empirischen Material gewonnenen Erkenntnisse vergleichend zusammengeführt. Gestützt auf Sekundärdatenerhebungen, Wahlergebnisse und Erkenntnisse aus den Interviews konnten relevante Konfliktlinien (Cleavages) herausgearbeitet und Einschätzungen zum Wähler- und Kooperationspotenzial vorgenommen werden. Zur Beantwortung der Forschungsfrage und zur Überprüfung der getroffenen Annahmen wurden die Fallbeschreibungen synthetisiert.

2.2. FALLBESCHREIBUNGEN

Die folgenden Kurzporträts der untersuchten Städte und Gemeinden umfassen jeweils ihre Charakterisierung anhand der sieben Auswahlindikatoren sowie eine Darstellung der Ergebnisse der Wahlen der Stadt- und Gemeinderäte in Sachsen in den Jahren 2014 und 2019, der Wahlen der Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen in Brandenburg 2014 und 2019, der Zusammensetzung der kommunalen Interessenvertretungen (2019) sowie der daraus resultierenden aktuellen Sitzverteilung, die einen ersten Eindruck von den politischen Kräfteverhältnissen vor Ort vermittelt.

SACHSEN

Borna

Mit Oberbürgermeisterin Simone Luedtke und der «Stimmkönigin» Nadja Luedtke sind in Borna zwei Frauen aus der LINKEN sehr erfolgreich in der Kommunalpolitik tätig. Allerdings kam die AfD bei der Kommunalwahl 2019 im ersten Anlauf auf über 22 Prozent. DIE LINKE konnte hier bei geringen Stimmenverlusten aber ein im Vergleich zum Rest des Bundeslandes sehr überdurchschnittliches Wahlergebnis (23,4% gegenüber 28,2% bei der Kommunalwahl 2014) halten. Außerdem gibt es ein Kinder- und Jugendparlament in dem Städtchen.

Tabelle IV: Kommunalwahlergebnis (in Prozent) und Sitzverteilung in Borna

Partei	Kommunalwahl 2019 (Sitzverteilung)	Kommunalwahl 2014
DIE LINKE	23,4 (6)	-4,8
AfD	22,1 (4)	+22,7
Bürger für Borna	19,3 (4)	
CDU	15,5 (4)	-8,0
SPD	15,3 (3)	+1,9
Freie Wähler	3,8	-0,7 (WV ⁸)

⁸ Wählervereinigung.

Geyer

Geyer liegt im Erzgebirge, einer Region mit erheblichen Entwicklungsproblemen. Rund 3.400 Einwohner*innen leben in der kleinen Stadt. DIE LINKE ist hier noch relativ stark verankert und stellt überdies den Bürgermeister: Harald Wendler wurde wiedergewählt – er agiert ohne Stadtratsmehrheit. Der Fraktion der LINKEN gehören drei Mandatsträger*innen an. Die AfD trat hier zur Kommunalwahl 2019 nicht an. Eine Besonderheit ist der Geyersche Wald, dabei handelt es sich um das größte Kommunalwaldgebiet im mittleren Erzgebirge.

Tabelle V: Kommunalwahlergebnis (in Prozent) und Sitzverteilung in Geyer

Partei	Kommunalwahl 2019 (Sitzverteilung)	Kommunalwahl 2014
Freie Wähler/ Bürgerforum e. V.	52,1 (9)	31,6
CDU	27,9 (4)	38,3
DIE LINKE	19,9 (3)	24,0

Reinsberg

Reinsberg liegt am Fuße des Erzgebirges im Landkreis Mittelsachsen, der fast so groß wie das Saarland ist. Die Gemeinde besteht aus neun Ortsteilen, in denen etwa 3.300 Einwohner*innen leben. Hier gelang der LINKEN das Kunststück, die Anzahl der Gemeindevertreter*innen zu verdoppeln. Mit der LINKEN, der CDU, dem Verein für gerechte Kommunalabgaben (VGK) und dem Regionalen Bauernverband (RBV) besteht eine sehr spezielle Zusammensetzung der Gemeindevertretung. Die AfD trat auch hier zur Kommunalwahl 2019 nicht an.

Tabelle VI: Kommunalwahlergebnis (in Prozent) und Sitzverteilung in Reinsberg

Partei	Gemeinderatswahl 2019 (Sitzverteilung)	Kommunalwahl 2014
CDU	38,4 (6)	47,1
Verein für gerechte Kommunalabgaben	32,3 (5)	-
Regionaler Bauernverband Erzgebirge	16,5 (2)	-
DIE LINKE	12,7 (2)	11,6
Freie Wählervereinigungen		37,8

Wurzen

Wurzen galt dem Verfassungsschutz lange als «wichtigstes Zentrum der Neonazis in Deutschland». Neben einer breiten zivilgesellschaftlichen Allianz, die sich im Engagement gegen den Rechtsruck zusammengetan hat, ist es der Partei gelungen, Bewegungslinke erfolgreich zu integrieren. Die absolute Stimmenanzahl für DIE LINKE lag 2019 mit 2.571 nur geringfügig unter dem Ergebnis von 2014 (2.961).

Tabelle VII: Kommunalwahlergebnis (in Prozent) und Sitzverteilung in Wurzen

Partei	Kommunalwahl 2019 (Sitzverteilung)	Kommunalwahl 2014
CDU	24,3 (7)	46,5
Unabhängige Wählervereinigung Bürger für Wurzen	22,9 (6)	5,0
AfD	15,7 (4)	-
DIE LINKE	12,0 (3)	18,0
Neues Forum Wurzen	10,9 (3)	-
SPD	10,9 (3)	15,7
Bündnis 90/Die Grünen	3,2	-

BRANDENBURG

Finsterwalde

Finsterwalde in der Niederlausitz liegt in einer Strukturwandelregion mit hohen Zukunftsrisiken. Die AfD zog bei der Kommunalwahl 2019 mit einem Ergebnis von 13,6 Prozent erstmals in die Stadtverordnetenversammlung ein, während DIE LINKE hohe Verluste hinnehmen musste. Ihr Wahlergebnis halbierte sich nahezu von 22 Prozent (2014) auf 11,5 Prozent (2019) – die absolute Stimmenanzahl sank jedoch nur um rund ein Fünftel von 553 (2014) auf 444 (2019). Seither hat DIE LINKE nur noch drei Sitze in der Stadtverordnetenversammlung und schloss sich mit dem Mandatsträger von Bündnis 90/ Die Grünen zu einer Fraktion (DIE LINKE – Bündnis 90/ Die Grünen) zusammen. Von Januar 2016 bis Mai 2017 unterhielt die Stadt eine Art «Live-Ticker» mit Angaben zur jeweils aktuellen Zahl der in Finsterwalde lebenden Geflüchteten und Asylbewerber*innen.⁹

Tabelle VIII: Kommunalwahlergebnis (in Prozent) und Sitzverteilung in Finsterwalde

Partei	Kommunalwahl 2019 (Sitzverteilung)	Kommunalwahl 2014
CDU	31,6 (8)	33,7
DIE LINKE	11,5 (3)	22,0
SPD	10,9 (3)	15,5
Bürger für Finsterwalde	14,7 (4)	22,2
Bündnis 90/ Die Grünen	3,7 (1)	2,2
AfD	13,6 (4)	Sonstige: 4,5
Wählergruppe Unabhängige Bürger Finsterwalde	14,0 (4)	

Frankfurt (Oder)

In der demografisch schrumpfenden Grenzstadt (rund 57.000 Einwohner*innen) mit spezieller Siedlungsstruktur aufgrund zahlreicher Plattenbauten stellt DIE LINKE mit René Wilke den Oberbürgermeister. Die Partei ist trotz relativ deutlicher Stimmenverluste (absolute Stim-

⁹ Vgl. www.fensterwalde.de/soziales/integration (Zugriff: 19.4.2021).

menanzahl 2019: 15.307 und 2014: 17.767) nach wie vor stärkste Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung. Es ist hier möglich, an der Europa-Universität Viadrina zu studieren und die Stadtbrücke für einen kurzen Ausflug in die polnische Nachbarstadt Stubice zu überqueren.

Tabelle IX: Kommunalwahlergebnis (in Prozent) und Sitzverteilung in Frankfurt (Oder)

Partei	Kommunalwahl 2019 (Sitzverteilung)	Kommunalwahl 2014
DIE LINKE	22,7 (10)	30,5
CDU	19,9 (9)	23,6
SPD	10,3 (5)	18,7
AfD	18,8 (9)	11,6
Bündnis 90/ Die Grünen & Bürgerinitiative Stadtentwicklung	12,0 (6)	6,2
Bürgerinitiative Stadumbau	3,0 (1)	2,9
FDP	5,1 (2)	2,0
Piratenpartei Deutschland	1,0	1,7
Frankfurter-Bürger-Initiative/BVB/ Freie Wähler	3,7 (2)	2,5
Die PARTEI	3,6 (2)	0,3

Schwedt (Oder)

Eine Industrie- und Grenzstadt, SPD-Hochburg, gelegen im Landkreis Uckermark (einer Region mit sehr hohen Zukunftsrisiken) und bekannt für die Uckermärkischen Bühnen, für die in der Stadtverordnetenversammlung – derzeit unter Vorsitz eines LINKEN – ein eigener Ausschuss eingerichtet ist. Hier verlor die Partei 2019 gegenüber 2014 nur knapp 150 Wählerstimmen (2019: 4.492; 2014: 4.658). Aber: Die AfD überflügelte DIE LINKE im ersten Anlauf und kam auf 16,3 Prozent der Stimmen. Stärkste Kraft bleibt die SPD.

Tabelle X: Kommunalwahlergebnis (in Prozent) und Sitzverteilung in Schwedt (Oder)

Partei	Kommunalwahl 2019 (Sitzverteilung)	Kommunalwahl 2014
SPD	33,9 (11)	45,0
CDU	13,6 (4)	14,6
DIE LINKE	12,2 (4)	17,3
FDP	7,0 (2)	9,3
Bündnis 90/ Die Grünen	4,7 (2)	3,5
NPD	1,0	3,4
Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen/ Freie Wähler	5,6 (2)	-
AfD	16,3 (5)	-
Unabhängige Bürgergemeinschaft	1,6 (1)	2,0
Bunte Liste	1,3	-
Freiparlamentarische Allianz	2,9 (1)	-

Wustermark

In der im Berliner Speckgürtel gelegenen Zuzugsregion konnte die Partei ihren absoluten Stimmenanteil verdoppeln: von 1.567 (2014) auf 3.189 (2019). Mit einer sehr aktiven Basis vor Ort greift DIE LINKE hier gegenwärtige zentrale Themen offensiv auf und stellt sich den kommunalpolitischen Herausforderungen. Dabei findet sie Mittel und Wege, linke Anliegen und Positionen effektiv zu kommunizieren.

Tabelle XI: Kommunalwahlergebnis (in Prozent) und Sitzverteilung in Wustermark

Partei	Kommunalwahl 2019 (Sitzverteilung)	Kommunalwahl 2014
SPD	15,7 (3)	24,3
CDU	19,1 (3)	28,4
DIE LINKE	24,5 (4)	18,1
Bündnis 90/Die Grünen	13,6 (3)	8,4
Wustermarker Wähler-Gemeinschaft	27,2 (5)	17,9
Einzelwahlvorschlag Skowrnowski	-	1,5
Einzelwahlvorschlag Speer	-	1,3

Tabelle XII: Strukturelle Eckdaten der kommunalen Fallstudien

Daten für das Jahr 2018	Borna	Geyer	Reinsberg	Wurzen	Finsterwalde	Frankfurt/Oder	Schwedt/Oder	Wustermark
Einwohnerzahl (gerundet)	19.200	3.500	2.900	16.000	16.200	57.900	29.900	9.300
Relative Bevölkerungsentwicklung seit 2011 [%]	-2,1	-7,9	-4,9	-3,7	-3,9	-2,0	-5,1	+17,1
Relative Bevölkerungsentwicklung 2012 bis 2030 [%]	-14,3	k.A.	k.A.	-11,2	-18,9	-8,9	-22,1	+8,0
Arbeitslose an der Gesamtbevölkerung [%]	7,9	k.A.	k.A.	6,8	10,5	7,0	11,3	3,2
SGB-II-Quote (Anteil Bezieher von ALG II bzw. Sozialgeld an Bevölkerung unter 65 Jahren) [%]	16,1	k.A.	k.A.	14,1	21,0	16,2	18,5	3,9
Kinderarmut gesamt [%]	24,5	k.A.	k.A.	20,4	33,0	28,1	27,6	6,2
Altersarmut (Bezieher von Grundsicherung ab 65 Jahren) [%]	1,0	k.A.	k.A.	1,6	1,6	2,3	1,3	1,5
Kaufkraft [Euro/Haushalt]	40.045	k.A.	k.A.	40.233	37.716	39.595	39.625	50.609
Haushalte mit niedrigem Einkommen [%]	56,8	k.A.	k.A.	57,4	55,0	54,3	54,1	49,5
Beschäftigungsquote [%]	55,7	k.A.	k.A.	66,4	59,8	59,1	63,3	66,0
Arbeitsplatzentwicklung (Trend sv-pflichtige Beschäftigung der vergangenen 5 Jahre) [%]	4,4	k.A.	k.A.	10,3	2,1	4,4	1,5	20,0
Aufstocker (Anteil erwerbstätiger ALG-II-Bezieher an allen ALG-II-Beziehern) [%]	26,0	k.A.	k.A.	28,7	29,4	27,9	27,2	31,3

k.A. = keine Angaben / fehlende Verfügbarkeit (z. B. aufgrund von Gebietsstandsänderungen oder methodischen Gründen)

Quelle: eigene Darstellung IMU-Institut, Daten nach Wegweiser Kommune und Regionaldaten Gemeindestatistik Sachsen

Im nachfolgenden Hauptteil werden basierend auf den Fallbeschreibungen und strukturellen Eckdaten der Städte und Gemeinden mögliche Gestaltungsspielräu-

me für DIE LINKE auf kommunaler Ebene aufgezeigt und daraus Handlungsempfehlungen abgeleitet.

3 ZUM ZUSTAND DER DEMOKRATIE UND ZUR ROLLE DER PARTEI DIE LINKE

Die Parteienlandschaft wandelt sich. Postuliert wird das «Ende der Volksparteien» (die tageszeitung 2019; Süddeutsche Zeitung 2019; Lösche 2010), denn der Wandel findet bei den etablierten Kräften seinen Ausdruck in abnehmenden Wahlerfolgen, anhaltenden Mitgliederverlusten (Niedermayer 2017; Decker et al. 2014), einer abnehmenden Parteibindung der Wähler*innen sowie einem Wandel der Wählerstruktur (Brenke/Kritikos 2017). Dies betrifft bundesweit die Unionsparteien sowie die SPD, in Ostdeutschland aber auch DIE LINKE. Demgegenüber legen die GRÜNEN (bislang jenseits der Metropolen in Brandenburg und Sachsen keine etablierte Kraft) und die AfD (als Sammelbecken der Rechten im Verbund mit Protest- und vormaligen Nichtwähler*innen) zu – sowohl mit Blick auf ihre Wahlerfolge als auch durch Mitgliederzuwächse (Statista 2021a).

Welche Folgen diese Entwicklung für die Position der LINKEN innerhalb des Parteiensystems hat, welche Ursachen ihren Stimmverlusten möglicherweise zugrunde liegen und welche Ansätze es für ein Umsteuern gibt, soll nachfolgend vertiefend diskutiert werden. Dabei wird davon ausgegangen, dass eine gesamtgesellschaftlich relevante Linke gerade mit Blick auf die global bevorstehenden sozial-ökologischen Transformationsprozesse zukünftig von hoher Relevanz ist.

Bekannt ist, dass die Beteiligung an Kommunalwahlen regelmäßig geringer ausfällt als die an Landtags- und Bundestagswahlen (Güllner 2018; Schäfer 2008). Dabei wiegt diese mangelnde Beteiligung der Bürger*innen, gerade was die Stärkung linker Politikansätze und Forderungen angeht, besonders schwer. Denn mit den sozial Benachteiligten geht eine speziell von der LINKEN adressierte Zielgruppe am häufigsten nicht zur Wahl (Schäfer 2010). Nimmt man die Höhe der Wahlbeteiligung als Indikator für politisches Interesse, so zeigt sich gegenwärtig allerdings, dass diese steigt – und zwar zugunsten der AfD und Freier Wählergemeinschaften, deren Bedeutung zunimmt. Dies verweist auf eine abnehmende Integrationskraft der etablierten Parteien sowie auf neu aufkeimenden Protest, der auch auf eine zunehmende Konflikthaftigkeit kommunalpolitischer Aushandlungsprozesse hindeutet.

Nach Lipset und Rokkan (1967) ist neben

- a) der Legitimität neuen Protestes,
- b) den politischen Rechten und Möglichkeiten ihrer Träger*innen und
- c) dem Vermögen bestehender Parteien, neuen Protest ihrerseits aufzugreifen, auch
- d) das Beharrungsvermögen der etablierten Strukturen dafür ausschlaggebend,

ob sich neue Parteien in bestehenden Parteiensystemen erfolgreich etablieren.

Unter Bezugnahme auf die Wählerbindung betonen klassische Analysen zur Erklärung des Wahlverhaltens

und der Partizipationsbereitschaft von Bürger*innen außerdem die aus soziologischer Perspektive hohe Bedeutung politisierter Milieu- oder Gruppenstrukturen, denen Wähler*innen sich zugehörig fühlen (Lazarsfeld/Berelson 1944). Als Indikatoren zu ihrer Identifizierung wurden Kategorien der Sozialstruktur (Beruf, Einkommen, Bildung, Konfession, Alter und Wohnortgröße) und zusätzlich Merkmale wie die regionale Industriestruktur, individuelle Gewerkschaftsmitgliedschaft oder die Häufigkeit des Kirchgangs herangezogen.

Mit Blick auf Brandenburg und Sachsen sind zusätzlich einige Besonderheiten zu beachten (vgl. Bogumil/Holtkamp 2016). So sind Parteienzugehörigkeit und -bindung in den neuen Bundesländern geringer ausgeprägt als in den alten Bundesländern, auch weil weniger historisch begründete Pfadabhängigkeiten vorliegen (wie z. B. die traditionelle Bindung vieler Wähler*innen an die SPD im Ruhrgebiet). Deshalb wird hier (auch über 30 Jahre nach der Wiedervereinigung) von vergleichsweise weniger stabilen Verbindungen zwischen Bevölkerungsgruppen und Parteien ausgegangen. Darüber hinaus unterscheidet sich die Sozialstruktur im Osten von der in den westdeutschen Ländern. Zudem stellen etwa Kirchgangshäufigkeit und Gewerkschaftsmitgliedschaft weniger aussagekräftige Indikatoren dar, weil sowohl Religionszugehörigkeit als auch Tarifbindung im Osten geringer verbreitet sind. Größere Bedeutung wird stattdessen der lokalen Vereinslandschaft beigemessen. Die Stellung der LINKEN im Parteienspektrum ist in den ostdeutschen Bundesländern außerdem von einer Auseinandersetzung mit der Vergangenheit als Nachfolgepartei der PDS und SED gekennzeichnet, sie wird aber auch mit den Errungenschaften des Ostens in Zusammenhang gebracht.

Vor der Folie dieser Annahmen und der Wahlrends in Brandenburg und Sachsen wird nachfolgend erörtert, ob und wie DIE LINKE gegenwärtig gegebene Spielräume auf kommunaler Ebene nutzt. Welche Fähigkeiten hat die Partei – auch vor dem Hintergrund der an Bedeutung gewinnenden neuen Cleavages –, politische Projekte zu entwickeln, zu vermitteln und sich dafür dauerhafte Unterstützung der Wählerschaft zu sichern? Wie handeln ihre Mitglieder, wie ihre politischen Spitzen? Und wie ist es um die Mobilisierungspotenziale der Partei und die Bereitschaft der Bürger*innen zur aktiven Teilnahme an politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen bestellt?

Der folgende Hauptteil der Untersuchung widmet sich diesen Fragen unter Rückgriff auf die Erkenntnisse aus den Einzelfallanalysen auf kommunaler Ebene und unter Rückbindung an den Forschungsstand. Dazu werden in den thematisch gegliederten Unterkapiteln 3.1 bis 3.5 jeweils

- a) ein Problemaufriss und
- b) eine analysierende Einordnung vorgenommen und diese
- c) unterfüttert mit Empfehlungen, wie Handlungsspielräume für die Entfaltung und Umsetzung links-politischer Initiativen und Projekte erweitert werden können.

Die Darstellung innovativer Gestaltungsoptionen erfolgt in den folgenden Kapiteln zudem exemplarisch anhand von Best-Practice-Exkursen.

3.1 WÄHLER*INNEN, WANDEL DES PARTEISYSTEMS UND NEUER PROTEST

Auch die Kommunalpolitik ist vom Wandel des Parteiensystems betroffen (Niedermayer 2013). Flächen-deckende empirische Analysen, die dazu beitragen würden, den Erkenntnisstand zu Fragen der Wählerbindung und -wanderung oder zum Mobilisierungspotenzial zu vertiefen, liegen für die kommunale Ebene bislang allerdings nicht vor.

Hinzu kommt: In sechs der acht untersuchten Städte oder Gemeinden haben die kommunalpolitischen Akteure der LINKEN dazu weder die öffentlich verfügbaren Statistiken des Bundes- und der Landeswahlleiter*innen umfassend ausgewertet noch die eigenen Wahlergebnisse tiefgehender analysiert. Dies ist zum einen auf fehlende zeitliche Ressourcen zurückzuführen, zum anderen auf ein begrenztes Wissen über die Informationszugänge, die für eine eigenständige Aufbereitung benötigt werden.

Nach Aussagen der Gesprächspartner*innen hat die Partei auf der kommunalen Ebene bislang auch weitgehend darauf verzichtet, die Wahlberichterstattung auf Landes- oder Bundesebene sowie daraus abgeleitete Erkenntnisse für die eigene Strategiebildung zu nutzen. Es erfolge keine effektive Rückkoppelung, Wahlergebnisse würden auf kommunaler Ebene kaum übergreifend diskutiert oder aufbereitet (K1–K8).

Wählerklientel, Parteienbindung und Personenwahl

Die in den Städten und Gemeinden kommunalpolitisch aktiven LINKEN führen die Stimmenverluste ihrer Partei neben der allgemein bestehenden Unzufriedenheit der Bürger*innen mit den etablierten Kräften zurück auf

- a) das schrumpfende Wählerklientel der LINKEN,
- b) eine abnehmende Wählerbindung,
- c) vorhandene Protest- bzw. Wahlalternativen (Wählergemeinschaften und AfD) sowie
- d) die Verortung von Problemlösungskompetenzen bei konkurrierenden Parteien.

Bei dem Wählerklientel der LINKEN wird grundsätzlich unterschieden zwischen «Stammwählern» und solchen, «die Protest wählen» (IP 2). Neben der Schrumpfung der eigenen Wählerbasis aufgrund von Überalterung wird auch deren zunehmende Unzufriedenheit mit der Partei als ursächlich für Stimmenverluste an-

genommen. Die Befragten nennen zudem den Wandel der Kompetenzen und der Rolle der LINKEN im Parteienspektrum als Gründe für den abnehmenden Wählerzuspruch. Ihrer Einschätzung nach habe sich DIE LINKE insbesondere in der Fläche weg von der «Kümmerer-Partei» hin zu einer Partei «ohne Bezug zur Basis» (IP 5) entwickelt.

Wo der Versuch unternommen wurde, die Kommunalwahl 2019 nach Wahlbezirken zu analysieren, zeigt sich, dass die Wahlbeteiligung geringer ausfiel als bei Landtags- und Bundestagswahlen. Wer die Wähler*innen der LINKEN sind, ist für die kommunalpolitisch Aktiven des Samples allerdings auch aufgrund des zunehmenden Briefwahlanteils kaum ersichtlich.¹⁰ Vereinzelt werden innerhalb der Wahlbezirke kleine lokale Hochburgen der Partei ausgemacht. Deren (regionales) Clustering ist bislang jedoch (noch) nicht erfolgt, denn «Wahlforschung können wir uns als kleiner Kreisverband nicht leisten» (IP 7). Aber es gebe Hinweise darauf, dass es sich bei den «Hochburgen» um Gebiete handele, in denen «ein, zwei engagierte LINKE vor Ort sehr aktiv, bei den Menschen bekannt und ansprechbar» seien (ebd.). Diese Präsenz sei ein funktionierendes Erfolgsrezept «quer durch alle Wohngegenden» (IP 6), nahezu unabhängig von der Sozialstruktur in den Quartieren oder Ortsteilen: Dort, wo sie vernetzt und präsent ist, schaffe es die Partei, ein breites Spektrum von Menschen, unabhängig von Milieuzugehörigkeit und Wohnvierteln, anzusprechen (IP 2, IP 7).

Eigenheimviertel gelten gleichwohl (nach wie vor) als das «härtere Pflaster» (ebd.). Die Einschätzung teilen mehrere der Befragten. Zugelegt habe DIE LINKE «hier bei uns im Neubaugebiet» (IP 5), im Neubaublockgebiet habe man «gar nicht mal so schlecht» (IP 12) abgeschnitten, heißt es aus den untersuchten Mittelzentren. Das größte Wählerpotenzial sieht man (nach wie vor) bei den sozial Benachteiligten.

Eine enge Parteienbindung vermuten die Befragten lediglich noch bei älteren Personen und bei der «Stammwählerschaft» (die sich zu großen Teilen aus Älteren zusammensetzt). Gerade auf kommunaler Ebene sei vor allem die Persönlichkeit der sich zur Wahl stellenden Kandidat*innen ausschlaggebend für die Wahlentscheidung. Der persönliche Kontakt zähle ebenso wie die lokale Verankerung: «Wenn die zu uns kommen und gute Erfahrungen machen – dann wählen sie uns» (IP 1). Bei der politischen Entscheidungsfindung in den Städten und Gemeinden «geht es darum, sich als Mensch zu positionieren und Gesicht zu zeigen» (IP 14).

Die Parteiprofilierung spielt demgegenüber eine eher nachgeordnete Rolle (Bogumil/Holtkamp 2013: 148–168). Dies bestätigt der parteilose Mandatsträger eines Stadtrates, der zugleich Vorsitzender im Ortschaftsrat ist und dort mit den Stimmen der CDU gewählt wurde:

¹⁰ Unter anderem auch deshalb, weil Wähler*innen dann für Nach-Wahl-Befragungen, auf denen die Klassifizierungen der Wählergruppen basieren, nicht zur Verfügung stehen.

«Gesicht zeigen» nehme die meiste Zeit in Anspruch, er erhielte sehr viele Anfragen, «um die ich mich zu kümmern habe», weil die Menschen ihm vertrauen würden. Der ehemalige Sportlehrer ist zudem seit 54 Jahren Übungsleiter im Verein. Von daher lautet seine Einschätzung: «Aufgrund dieser ganzen Tätigkeiten hat man mich sicherlich nicht gewählt, weil ich bei den LINKEN bin. Ich gehe davon aus, es muss etwas mit meiner Person zu tun haben» (anonym.¹¹).

Dieses Prinzip der Personenwahl gilt weiterhin, allerdings wohl nur für die etablierten Kräfte. Demgegenüber scheint die Persönlichkeit der neuen Mitbewerber*innen für die Wahlentscheidung der meisten Bürger*innen weniger ausschlaggebend zu sein als deren politische Ausrichtung. Viele der Befragten gaben an, hier bei der letzten Wahl einen Wandel beobachtet zu haben: Es seien 2019 explizit auch vor Ort (bis dato) unbekannte Kandidat*innen der im Aufschwung befindlichen Wahlbündnisse und Parteien gewählt worden. Vor allem mit Blick auf die AfD wird davon berichtet: «Für die AfD sitzt jetzt jemand im Stadtrat, die Frau hatte noch nie jemand im Ort gesehen» (IP 12). Es wird zusätzlich vermutet, dass viele Wählende das Wahlprogramm der AfD nicht kennen, sie aber aus Protest trotzdem wählen.

Themensetzung und Vermittlung linker Positionen

Die schlechten Wahlergebnisse in absoluten Zahlen und in Relation zu anderen Parteien auf der kommunalen Ebene seien auch auf «Fehler in der Politik auf Landesebene» (IP 1) zurückzuführen. Kaum jemand stellt einen Zusammenhang zwischen abnehmendem Zuspruch für DIE LINKE und dem kommunalpolitischen Engagement der Partei her. Sowohl die Regierungsbeteiligung der LINKEN von 2009 bis 2019 (in den Kabinetten Platzeck III sowie Woidke I und II) in Brandenburg als auch die andauernde Oppositionsrolle in Sachsen werden als nachteilig erachtet.

Regierungserfolge in Brandenburg, so der Tenor in den Interviews, seien überwiegend der SPD zugeschrieben worden. Die Partei DIE LINKE sei als Agenda-Setter gar nicht wahrgenommen worden. Landesspitze und Landtagsfraktion der LINKEN hätten es nicht geschafft, die von ihnen errungenen Erfolge als solche deutlich kenntlich zu machen. Die Menschen hätten diese bei der SPD verortet. Der sozialdemokratische Koalitionspartner hätte sich diese ans Revers geheftet und offensiv nach außen vertreten: «Viele haben gesagt: Wir sehen euch gar nicht. Jetzt sind die an der Regierung und machen für uns gar nichts. Das hat uns geschadet.» (IP 11) Im Freistaat Sachsen wiederum, so die Auffassung von Befragten dort, ist die Rolle der LINKEN als Oppositionspartei problematisch. Die Wähler*innen hätten den Glauben daran verloren, dass die Partei aus der Opposition heraus genügend Druck entfalten könne, um Veränderungen zu erwirken. Zugleich wird keine Chance auf eine Regierungsbeteiligung gesehen.

Neben einer mangelhaften Vermittlung der politischen Erfolge werden die Themensetzungen als nicht adäquat empfunden. Das insgesamt schlechtere Abschneiden der LINKEN bei Landtags- und Bundestagswahlen (verglichen mit den Kommunalwahlergebnissen) hänge unter anderem mit einer Themensetzung zusammen, bei der «viele nicht mitgehen» (IP 1). Grundsätzlich problematisch sei etwa das Themenfeld der Steuerpolitik: Zwar bestehe Unverständnis bei den Wähler*innen, warum multinationale Konzerne wie Amazon «hier große Gewinne machen und dann keine Steuern zahlen, weil sie in Luxemburg sitzen» (ebd.). Die Forderung der LINKEN nach Vermögenssteuern (vgl. DIE LINKE 2021) hingegen sei vor Ort aber kaum vermittelbar. Die Bürger*innen befürchteten nämlich, die Vermögenden verließen dann Deutschland. «Da hab' ich dann auch kein Argument mehr» (ebd.). Hinzu komme, dass die politischen Positionen außerdem mitunter nur verkürzt transportiert würden und häufig in plakativen Forderungen mündeten (IP 5, IP 8). Für Bürger*innen sei deshalb mitunter nicht erkennbar, ob es sich bei den Anliegen der LINKEN um Utopien oder um realpolitische Forderungen handele.¹²

Insgesamt sei DIE LINKE landes- und bundespolitisch zu weit von ihren Kernthemen entfernt, vor allem mit Blick auf sozial Schwache. «Das bricht uns [hier vor Ort] das Genick» (IP 5). In vielen Städten und Gemeinden wachse mittlerweile «die dritte Generation Hartz IV» (IP 9) heran. In den in die Untersuchung einbezogenen Gemeinden liegt die Kinderarmutsquote teilweise bei bis zu 30 Prozent.

Der von den kommunalpolitisch Aktiven identifizierte «Markenkern» der LINKEN lässt sich folgendermaßen zusammenfassen:

DIE LINKE zeichnet sich durch ihr Engagement für sozial Benachteiligte und ihren Kampf für soziale Gerechtigkeit aus. Sie setzt sich für ein fair gestaltetes Wirtschaftssystem und Demokratisierung ein. Die Partei steht für Frieden und das Bekenntnis gegen Hass und Gewalt.¹³

¹¹ Statt der IP-Codierung wird bei wortwörtlichen Zitaten dort eine Anonymisierung vorgenommen, wo Aussagen ansonsten in der Zusammenschau Rückschlüsse auf die Zuordnung im Sample zulassen würden. ¹² Zugleich bestehen (auf Landesebene) Auffassungen, wonach DIE LINKE eine «leichtere Sprache» (IP 19) finden müsse, um (ähnlich der AfD) den Bürger*innen ihre Standpunkte zu vermitteln. Demnach sei es die «Verkopftheit» (ebd.), die die Wähler*innen überfordere. ¹³ Synthese aus allen Antworten der Befragten des Samples (n = 18): engagiert für soziale Gleichheit, soziales Engagement für Schwächere einsetzen, soziale Gerechtigkeit, für die Schwächeren da zu sein, sozial gerecht, sozial schwache Gruppen («die Schwächsten») schützen, «Kümmerer» sein als Auftrag und Aushängeschild, marginalisierte Randgruppen unterstützen, soziale Sicherheit für Arbeiter und Angestellte, Stärkung sozial Schwächerer, Gleichbehandlung von Menschen unabhängig von Hautfarbe, Religion usw., solidarisches Miteinander, Gleichberechtigung durch Abbau von Diskriminierungen aufgrund gesundheitlicher, religiöser und sonstiger Merkmale, Chancengleichheit durch Investitionen in die Bildung (gute Kitas und gute Schulen), Mietpreisbremse, fair gestaltetes Wirtschaftssystem, sozial-ökologischer Wandel, regionale Wirtschaftskreisläufe, faire Vergütung, Lohnangleichung Ost/West, Rekommunalisierung des Gesundheitssektors, Demokratisierung, bürgernah, den Menschen nahe, nah an der Basis, ehrlich, korruptionsfrei, unbestechlich, Probleme erkennen, Lösungsorientierung, «Es geht ums Ganze», Frieden, Kampf gegen rechts, gegen Hass und Gewalt als Friedensgeste, Förderung von Kultur.

Die Bearbeitung der hier genannten Themenfelder wird aufgrund zunehmender Komplexität und der innerparteilichen inhaltlichen und personellen Kontroversen als große Herausforderung wahrgenommen. Zudem wird vermutet, dass sich die Selbstwahrnehmung der Parteimitglieder und Sympathisant*innen von der Außenwahrnehmung potenzieller Wähler*innen unterscheidet: «DIE LINKE schafft es nicht herauszustellen, was sie ausmacht. Es weiß beispielsweise auch niemand, dass DIE LINKE von Unternehmen keine Parteispenden annimmt» (IP 14).

Verstärkt würden die Abweichungen der Kompetenzzuschreibungen zwischen Parteimitgliedern und Öffentlichkeit dadurch, dass DIE LINKE in überregionalen Medien vergleichsweise selten oder negativ konnotiert vorkomme, «wofür wir ihnen natürlich in letzter Zeit auch Futter gegeben haben» (ebd.). Diese von rund der Hälfte der Interviewpartner*innen geteilte Auffassung findet ihren drastischsten Ausdruck in der Einschätzung eines langjährigen Fraktionsmitglieds der LINKEN aus einer Kommune, in der DIE LINKE zuletzt hinzugewinnen konnte, auf Landes- und Bundesebene aber große Abstriche hinnehmen musste: «Was ich als Identitätskern meiner Partei ausmache? Nüscht! Es gibt derzeit keinen Identitätskern dieser Partei. Es gibt nichts, wofür diese Partei derzeit im Ganzen steht. Von ein paar Schlagworten mal abgesehen: soziale Gerechtigkeit, sozialer Ausgleich, Beschränkung der Schere zwischen Arm und Reich, Bekämpfung von Waffenexporten und Kriegen natürlich und Solidarität mit Menschen oder Gruppen, die unterdrückt werden oder in prekären Situationen sind – und zwar sowohl im Inland wie im Ausland. Aber zu allen diesen Punkten gibt es in der Partei ganz differierende Auffassungen, insbesondere was die internationale Solidarität betrifft.» (IP 18) Deshalb schaffe die Partei es nicht, ihre Inhalte überzeugend zu vermitteln.

Aufkommen neuen Protests

Lipset und Rokkan (1967) entwickelten zur Erklärung des Wahlverhaltens ein Modell, mit dessen Hilfe sich die Ausprägungen und Veränderungen von Parteiensystemen anhand prägender Konfliktlinien erklären lassen. Allerdings hat sich die Bedeutung von klassischen Konfliktlinien im Laufe der Zeit (für Wahlentscheidungen) verändert. Heute wird von der Wirksamkeit «modernisierter» Cleavages ausgegangen und dabei unterschieden zwischen einem Gegensatz von

- Management und Arbeitnehmerschaft bzw.
- Marktliberalen und Sozialstaatsbefürworter*innen,
- konservativ und modern/liberal sowie
- materialistisch und postmaterialistisch (Geiling/Ves-ter 2007).

Als besonders relevante, neuere Aspekte dieser Entwicklungen werden in der vorliegenden Untersuchung berücksichtigt:

- Zustimmung zu Demokratie vs. Autoritarismus (Brähler/Decker 2020) und
- Glaubwürdigkeit vs. Misstrauen in Politik und Medien (Sarcinelli 2017).

Auch in den Kommunen wird aufkommender Protest mit der Ausbildung dieser neuen Konfliktlinien in Zusammenhang gebracht. Beobachtet wird in den Städten und Gemeinden Brandenburgs und Sachsens unter anderem ein sich seit 2015 nochmals verstärkender «extremer Rechtsruck» (u. a. IP 12, IP 17), der sich in den Wahlerfolgen der AfD und weiteren rechten Wählergruppierungen niederschlägt. Dieses Phänomen wird von den Befragten entsprechend den oben benannten Konfliktlinien als Ausdruck einer steigenden Zustimmung zu autoritären Positionen interpretiert (auch: konservativ vs. liberal). Immer mehr Menschen würden die Funktionsweisen des demokratischen Systems infrage stellen, womit zugleich ein zunehmendes Misstrauen gegenüber politischen Akteuren und der Medienberichterstattung einhergehe. Der Einfluss dieser Einstellungen auf Wahlentscheidungen wird als steigend eingeschätzt.

Eine Polarisierung der Debatten sei, so die Analyse der Befragten, zunächst mit der Flüchtlingszuwanderung (2015/16) eingetreten. Da «wurde der Diskurs plötzlich unbarmherzig und brachte schlimmen Rassismus zutage. Und das setzt sich seitdem fort» (IP 18). An zahlreichen Orten Brandenburgs und Sachsens, gerade in ländlichen und vom Strukturwandel betroffenen Regionen, sei die «AfD [in der Folge] durch die Decke marschiert und hat fast die CDU überholt. Und das macht mir [mit Blick auf anstehende Wahlen] Angst» (IP 16).

Begleitet wird diese Entwicklung von einer Glaubwürdigkeitskrise (Glaubwürdigkeit vs. Misstrauen): Das Vertrauen in die Bundesregierung und staatliche Institutionen, aber auch in die Presse sei in Teilen der Bevölkerung nachhaltig erschüttert. Demokratiefeindliche Überzeugungen würden durch die Öffentlichkeitsarbeit rechter Kräfte bestärkt. (Berechtigte) Institutionenkritik durch Linke gerate damit zu einer Gratwanderung: «Also, es ist schon faszinierend, dass wir als LINKE seit 2015 die Bundeskanzlerin verteidigen. Und ich habe manchmal da schon Mitleid mit der CDU. [...] Und das ist aber übrigens in meinem ganzen Freundeskreis so, dass wir diese Auffassung haben. Es ist eigentlich eine Katastrophe. Aber das ist mein Kampf zum Erhalt der bürgerlichen Demokratie. [...] Nach 2015 hatte ich tatsächlich diese Bedenken, dass hier auch mal schnell wieder alles kippen kann» (IP 18). Beschränkungen im Zuge der Hygieneschutzverordnungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie ab 2020 hätten eine weitere Polarisierung hervorgebracht, die Gräben zwischen einander unversöhnlich gegenüberstehenden politischen Lagern vertieften sich.

Die (anhaltend) hohe Zustimmung für die AfD gibt mahnenden Stimmen Recht. Zahlreiche Menschen geben ihre Stimmen einer Partei, die «relativ neu und unverbraucht» (u. a. IP 1, IP 11) ist und nicht den Eliten zugerechnet wird. Dieser Protest sei als Warnsignal und Aufforderung an die etablierten Parteien zu deuten, künftig anders zu agieren. Begünstigt habe die Erfolge der AfD noch, dass auf Bundes- und Landesebene

durch DIE LINKE «Spielräume geschaffen worden [sein] und die wurden genutzt» (IP 3). Etwa beim Thema der Seenotrettung. Mitten im Wahlkampf hätte es geheißen: «Wir kaufen jetzt ein Schiff». Viele Menschen hätten an den Wahlständen der LINKEN wissen wollen: «Wo sind wir denn? [...] Das hat [hier] keiner verstanden. Und das hat natürlich dazu geführt, dass dann noch mehr Leute AfD gewählt haben. Und dieses Thema haben die von der AfD auch schnell spitzgekriegt und haben das genutzt. [...] Und diese Neiddebatten wurden dann [mit Blick auf Hartz-IV-Empfänger*innen] bewusst geschürt» (IP 4).

Zugleich wird die überwiegend als Abwehrkampf (unter dem Motto «gegen Nazis») wahrgenommene Auseinandersetzung mit den zunehmenden Erfolgen der Rechten als nicht zielführend eingestuft: «Wobei ich immer wieder sage, wir sind jetzt in einer Situation, wo wir die AfD im Parlament haben. Und wenn ich mir als Hauptziel in der Landespolitik setze, die AfD zu bekämpfen – das kann für mich kein Ziel sein. Ich muss mich mit der AfD politisch auseinandersetzen. Sie bekämpfen führt dazu, dass sie immer mehr Zulauf kriegt. Man muss es besser machen! [im Sinne von widersprechen] Und das [sie zu bekämpfen] als Wahlslogan herauszugeben, ist aus meiner Sicht fatal» (IP 5).

Vermutet wird, dass es in einer nicht zu unterschätzenden Anzahl von Städten und Gemeinden immer noch nicht «salonfähig» sei, auf kommunaler Ebene seinen «Kopf für die AfD aus dem Fenster zu halten» (IP 22). Unter den Wählergemeinschaften gebe es aus ebendiesem Grund auch solche, die eindeutig Initiativen der AfD zuzuordnen seien (ebd.). Vor allem in Kommunen, in denen die AfD nicht zur Kommunalwahl antrat (in Sachsen betrifft dies rund die Hälfte aller Kommunen), würden die Freien Wähler oder eine sonstige Wählergemeinschaft dieses rechte Vakuum durch einzelne Mandatsträger*innen inhaltlich füllen. Und es gibt Kommunen, in denen Freie Wähler und AfD ohne jegliche Berührungspunkte miteinander paktieren (IP 11). Andere Wählergemeinschaften erlebten dort, wo die AfD zur Kommunalwahl 2019 antrat, zum Teil ähnlich herbe Einbrüche wie die etablierten Kräfte.

Dabei nimmt die Bedeutung von Wählergemeinschaften insgesamt zu. Als Erklärungsansätze für den Zulauf, den sie erfahren, werden abnehmende Parteienbindung und Politikverdrossenheit der Wähler*innen sowie der Protestfaktor angeführt. Wählergemeinschaften würden zudem als «unverbraucht» (IP 4) wahrgenommen. Neben den Freien Wählern sind zunehmend auch unabhängige Bürgerbündnisse in Fraktionsstärke in den kommunalen Gremien vertreten, die unter anderem aus Initiativen Gewerbetreibender hervorgingen. Die Verortung dieser kommunalpolitischen Kräfte innerhalb des politischen Spektrums durch die Befragten reicht von «diffus» über «neoliberal» oder «linken Ideen gegenüber offen» (IP 17) bis hin zu «sehr weit am rechten Rand stehend».

Wahrnehmung der Parteispitzen

Ausschlaggebend für Wahlentscheidungen auf kommunaler Ebene ist neben parteipolitischen Positionierungen auf Landes- wie Bundesebene auch die Wahrnehmung von Eliten. Der Eindruck eines Teils der interviewten Kommunalpolitiker*innen ist es, nicht aufgrund der in Stadt- oder Gemeinderat relevanten Themen gewählt oder nicht gewählt zu werden, sondern aufgrund der Performance der Parteispitzen: Sie würden «mit denen da oben» gleichgesetzt und entsprechend der Wahrnehmung des Parteivorstandes durch die Bürger*innen würden sie in der Wählergunst aufsteigen oder eben abgestraft.

Beobachtet wird auch eine sich vertiefende Kluft zwischen Parteispitze und -basis: Es «liegt doch nicht an denen, die an der Basis schindern und kloppen! Das liegt an den Themen, die man von oben her vorgibt, und wie man sich öffentlich verkauft. Und das kommt da oben in dieser Blase [...] der Besserverdienenden gar nicht mehr an, weil sie die Realität zur Basis einfach verloren haben [...]. Bis uns die landespolitischen Themen auf die Füße gefallen sind, waren wir mal die stärkste Fraktion in dieser Stadt! Aber uns hat die Landespolitik hier sehr geschadet, weil, der Bürger oder der normale Wähler – der unterscheidet nicht, was wir hier unten wollen. Die da oben, die haben gesagt – und ihr gehört dazu! Und das ist das Schlimme gewesen. [...] Wir sind von fünf auf drei Mann geschrumpft» (anonym.).

Unter den befragten kommunalen Akteuren der LINKEN besteht gegenüber der Parteispitze in Berlin zunehmend Befremden: «Die haut sich selbst auseinander [...] und es ist keine klare Richtung da – jeder macht, was er will. Und dann kommt die AfD und sagt, das sind die Gleichen wir vor 50 Jahren» (IP 8). Betroffen seien etwa Bereiche der Innen- und Außenpolitik (z. B. Nationalstaatskonzept vs. Europa, Migration), Sicherheitspolitik (z. B. NATO-Austritt vs. Reduzierung der Rüstungsausgaben, Verhältnis zu Russland) und der Sozialpolitik (z. B. Grundeinkommen vs. Reform der Hartz-IV-Gesetzgebung). Dieser Dissens bezüglich des politischen Kurses verunsichere die Wähler*innen.

Auch die öffentliche Austragung verhärteter Konflikte unter dem Führungspersonal wird von den Kommunalpolitiker*innen als eine der Ursachen für den Abwärtstrend interpretiert und abgelehnt: Dies «schadet der Partei in Gänze» (IP 4 u. a. m.). Teilweise als Nachtrag zu den Interviews sprachen rund zwei Drittel aller Befragten in diesem Zusammenhang die zurückliegenden Querelen in der Bundespartei um Parteiführung und Fraktionsvorsitz an. Die Einschätzungen über die Folgen ähnelten sich: Man fürchtet eine akut schädigende Außenwirkung sowie einen nachhaltigen Verlust von Glaubwürdigkeit. Statt einer solidarisch miteinander umgehenden und fair handelnden Parteiorganisation habe man «aggressives öffentliches Mobbing» erlebt (anonym.). Es stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob das Führungspersonal der LINKEN auf Bundesebene mit dieser Art des Umgangs

mit Konflikten nicht auch zur Verschärfung des nach Sarcinelli (2017) wachsenden Misstrauens gegenüber der Politik beigetragen hat.

Auffällig ist, dass sich jede Ortsgruppe und Fraktion der LINKEN in dem angesprochenen Konflikt deutlich positioniert hat: für oder gegen die entsprechenden Führungspersönlichkeiten der Partei. Es gibt fast keine Zwischentöne. Berichten der Gesprächspartner*innen ist zu entnehmen, dass der Richtungsstreit an der Parteispitze im Vorfeld der vergangenen Wahlen für so viel Unmut bei den Stammwähler*innen und Sympathisant*innen gesorgt habe, dass zahlreiche zum Telefon gegriffen hätten, um bei der Ortsgruppe oder beim Kreisverband ihre Abkehr von der LINKEN kundzutun. Noch nie hätte man so heftige Reaktionen erlebt. Diese Empörung und Enttäuschung sei etwas, das aus Sicht der Befragten (unabhängig von ihrer eigenen Positionierung) auf Landes- und Bundesebene massiv unterschätzt würde.

Historisches Erbe als SED-Nachfolgepartei

Bis in die Gegenwart trägt die Historie der LINKEN (und ihrer Etikettierung) als SED-Nachfolgepartei dazu bei, dass aufseiten der politischen Kontrahent*innen und der Bevölkerung, mitunter aber selbst bei Parteimitgliedern Befindlichkeiten und Berührungängste bestehen. Der Grad der (parteiinternen wie öffentlichen) Aufarbeitung und Bewältigung der SED-Vergangenheit und die Anerkennung der LINKEN als etablierte Kraft innerhalb des demokratischen Parteienspektrums auf kommunaler Ebene (und darüber hinaus) werden von den Befragten sehr unterschiedlich eingeschätzt: Manche erklärten, es habe vor Ort seit 1989/90 überhaupt keine Auseinandersetzung mit dem Wandel und den Brüchen in der Parteigeschichte stattgefunden. Manche sahen auch keinen Anlass dazu. Andernorts thematisiert DIE LINKE ihre Vergangenheit seit der Nachwendezeit aktiv, sucht nach Möglichkeiten einer differenzierten Betrachtung und tritt dazu in den Dialog zum Beispiel mit der evangelischen Kirche und der Stadtgesellschaft. Die Bereitschaft zur Aufarbeitung hängt anscheinend damit zusammen, inwieweit sich ab 1990 die Mitgliederstruktur der Ortsgruppen durch die Aufnahme und Integration neuer und jüngerer Mitglieder gewandelt hat.

Besonders deutlich wird das anhaltende Ringen um die Zukunft der Partei vor der Folie ihrer Vergangenheit anhand der Lebensgeschichte eines Mitglieds, das wegen «politischer Hetze» Mitte der 1980er Jahre in der DDR zu drei Jahren politischer Haft verurteilt worden war. Heute ist diese Person ein Fraktionsmitglied der LINKEN. Während seiner Haftzeit sei für ihn «das Gefühl von Solidarität entstanden» und er «habe dann einen Weg gesucht», sich selbst solidarisch in die Gesellschaft einzubringen (anonym.). Aufgrund des in der Nachwendezeit anschließenden Engagements in der Flüchtlingsbetreuung sei der damalige Kreisvorsitzende der PDS an ihn herangetreten und habe ihn zur Mitarbeit in der Partei aufgefordert. Aufgrund des

Einsatzes der LINKEN für sozial benachteiligte Gruppen sei der Parteieintritt für ihn naheliegend gewesen. Aber erst mit Herausbildung der WASG wurde «der erste Schritt in die politische Richtung» unternommen. Mit der Fusion von PDS und WASG zur LINKEN trat die berichtende Person der Partei aufgrund der empfundenen Aufbruchstimmung bei, «obwohl zu dieser Zeit noch viele Genossen aktiv waren, mit denen ich nichts zu tun hatte, weil für mich die Vergangenheit mit der Stasi-Tätigkeit und, und, und doch eine Rolle gespielt hat» (IP 4). Auch die berufliche Degradierung der eigenen Eltern im Zuge seiner Haft habe seine Skepsis befördert: «Es gibt Befindlichkeiten mit dieser Partei, [...] aber wenn ich etwas ändern will», so begründet er sein kommunalpolitisches Engagement, «kann ich nicht einfach davor wegrennen» (ebd.).

Aufgrund von zum Teil offenen Anfeindungen bekannten sich kommunalpolitisch Aktive mitunter lange nicht offen zu ihrer Parteimitgliedschaft bei der PDS bzw. später der LINKEN. Dafür steht folgende Aussage: «Angesichts der erschütternden Situation [...] habe ich mich hier [nach der Wende] für die Partei engagiert, aber im Untergrund [...], denn ich wollte meine Karriere nicht gefährden. [...] Erst 1998 habe ich mich dann erstmals hier zur Wahl für den Stadtrat 1999 gestellt [...] und mich also gegenüber einer größeren Öffentlichkeit geoutet» (IP 18).

Heute ist die Situation anders. Zumindest in den Kommunen mit Bürgermeister*innen der LINKEN gibt es in der Bevölkerung, abgesehen von radikalen und extremen Rechten, kaum mehr grundsätzliche Vorbehalte gegenüber bekennenden LINKEN. Gegenüber der früher häufiger angetroffenen Haltung, «wenn die/der nicht bei den LINKEN wäre, dann hätte ich sie gewählt» (anonym.), wäre heute die häufigere Aussage: «Bei der letzten Wahl habe ich die/den gewählt» (ebd.). Ein solcher Wandel sei insbesondere unter jungen Menschen zu beobachten, die überhaupt keine Berührungängste hätten (auch an Orten, wo rechte Jugendkultur bis vor einigen Jahren der Mainstream war).

Handlungsempfehlungen

Unter Rückgriff auf den Forschungsstand und die empirischen Erkenntnisse aus der Fallstudie zum Themenkomplex «Wähler*innen, Wandel des Parteiensystems und neuer Protest» ergeben sich folgende Handlungsempfehlungen, um linkspolitische Projekte und Ansätze auf kommunaler Ebene zu befördern:

Lokale Wahlanalysetools entwickeln

Die Untersuchung zeigt auf, dass die aktive LINKE in den kleineren Städten und Gemeinden nur über eingeschränkte Möglichkeiten der Auswertung und Aufbereitung von Wahlergebnissen verfügt. Es wird daher empfohlen, ein lokales Wahlanalysetool zu entwickeln, das kommunalpolitisch Engagierte in die Lage versetzt, Wählerbindung, -wanderung und den Wandel des Parteiensystems auf der lokalen Ebene zu analysieren und daraus für die eigene Arbeit Schlüsse zu

ziehen. Ein solches Tool würde die (parteiinternen) Wahlanalysen und die Auswertung der Wahlberichterstattung auf Landes- und Bundesebene ergänzen und bei der Beantwortung folgender Fragen helfen:

- a) Wo hat DIE LINKE besonders gut abgeschnitten (Landesebene/innerhalb der Kommune: bestenfalls Ergebnisse bis zur kleinsten Wahleinheit = Viertel, Straßenzüge)?
- b) Woran liegt das?
- c) Wählerklientel und Wählerwanderung: Haben die Befragten grundsätzlich den Eindruck, ganz gut einschätzen zu können, wer Ihre Wähler*innen sind/wo sie «verloren gehen»? Oder eher nicht?
- d) Wird (vor Ort) eine zunehmende/abnehmende Parteienbindung beobachtet? Wenn ja, gibt es lokal-spezifische Gründe dafür?
- e) Welche Bedeutung haben Freie Wählergemeinschaften, Bürgerbündnisse und Offene Listen auf kommunaler Ebene/vor Ort? Wie wirkt sich ihre Existenz und Arbeit auf DIE LINKE und andere Parteien aus?

Am Prinzip der Personenwahl festhalten und mit Kompetenzen verknüpfen

Während bei der AfD und freien Wählergemeinschaften Bekanntheit und lokale Verankerung der Kandidat*innen keine so große Rolle zu spielen scheinen, sind Kommunalwahlen für die etablierten Parteien nach wie vor Personenwahlen. Deshalb sollte DIE LINKE erwägen, zum Zweck der Profilierung ihren Kandidat*innen und anderen aktiven Parteimitgliedern ihren Interessen und Kompetenzen entsprechende inhaltliche Schwerpunkte und Themenfelder zuzuweisen und diese thematischen Zuständigkeiten nach außen deutlich zu machen (Bogumil/Holtkamp 2013: 157-158; u. a. im Sample: K 1, K6). Zudem sollten die lokale/regionale Verankerung von Kandidat*innen bzw. ihre lokale Expertise (aufgrund des biografischen Hintergrundes oder der Profession) im entsprechenden Bereich im Wahlkampf stärker herausgestellt werden. Gelingt es, die Kandidat*innen als «Sprecher*innen» und «Befürworter*innen» bestimmter (lokaler) Anliegen und Initiativen in der Öffentlichkeit bekannter zu machen, werden ihnen mehr Menschen Vertrauen schenken und eine größere Problemlösungskompetenz zuschreiben.

Horizontale und vertikale Diskursräume schaffen

DIE LINKE sollte bestrebt sein, bei der Reflexion ihres politischen Programms und Agierens verstärkt die verschiedenen Ebenen (kommunal, Bundesländer, Bund, EU) und deren spezifische Anforderungen zu berücksichtigen. Sie sollte danach fragen, welche Formen der Vermittlung der Inhalte und Forderungen (vor Ort) und des Praxistransfers (in Abhängigkeit von den jeweils institutionell verankerten Kompetenzen) auf diesen verschiedenen Ebenen sinnvoll und möglich sind. Eine solche Herangehensweise würde die innerparteiliche Debatte zwischen ehrenamtlich Aktiven an der Basis,

Mandatsträger*innen, Funktionär*innen und Parteispitze intensivieren und zum Teil auch versachlichen.

Alle für diese Untersuchung Befragten wünschen sich konstruktivere innerparteiliche Auseinandersetzungen und mehr Konsens bei zentralen Fragen. Differenzierende, offen und wertschätzend geführte Diskurse können zum Abbau von Dissens beitragen. Räume für einen (Handlungs-)Ebenen und Politikarenen übergreifenden Austausch zu schaffen oder diese zu erweitern, kann sich zugleich positiv auf die Außenwahrnehmung der Partei und ihrer Repräsentant*innen auswirken. Darüber hinaus bietet sich hiermit die Chance, LINKE Kampagnen besser zu planen und abzustimmen und linke Initiativen besser zu integrieren. Dies wiederum könnte dazu beitragen, die Kompetenzen der Partei und ihrer Vertreter*innen (in der öffentlichen Wahrnehmung und kommunalen Praxis) zu schärfen.

Ganzheitliche Politikansätze entlang des innerparteilich geteilten Grundkonsenses entwickeln

Wichtig erscheint, den Grundkonsens darüber, was LINKE Politik ausmacht, zu stärken. Dazu gehört auch, sich über die Kernaufgaben und -anliegen der Partei zu verständigen. Es sollte außerdem der Versuch unternommen werden, diese Anliegen widerspruchsfreier (nach außen) zu vermitteln. Des Weiteren bedarf es ganzheitlicher Politikentwürfe und konsistenter Argumentationsstränge (bspw. zur Verwendung in Beschlussvorlagen für den Rat), um mehr Menschen (nicht nur im Wahlkampf) anzusprechen und zu überzeugen.

Über die organisationalen und administrativen Ebenen hinweg entwickelte Grundpositionen lassen sich aufgrund ihrer Kohärenz nicht nur leichter zielgruppengerecht vermitteln. Sie erlauben aufgrund ihres integrativen Charakters auch die Herausbildung einer von möglichst vielen geteilten Vision, wie von der kommunalen bis zur europäischen bzw. globalen Ebene mit gegenwärtigen Herausforderungen und Krisen umgegangen werden soll. Eine davon ist die «ökologisch-ökonomische Zangenkrise» (Dörre 2019), die etwa mit einer sozial-ökologisch nachhaltigen und demokratisierenden Transformation der Gesellschaft bewältigt werden könnte (vgl. Kapitel 3.4). Nicht zuletzt lassen sich derart Synergien, beispielsweise für den Bereich der PR- und Öffentlichkeitsarbeit, generieren (vgl. Kapitel 3.5) und somit Ressourcen bündeln.

Kernkompetenz als «Kümmerer» für soziale Gerechtigkeit schärfen – Protest integrieren

Die in beiden Bundesländern von den Befragten nahezu einhellig geäußerte Kritik, DIE LINKE habe ihren Status als «Kümmerer-Partei» eingebüßt und leide deswegen bei den sozial Benachteiligten und bei vielen, die sich als ökonomische Verlier*innen sehen, unter einem Glaubwürdigkeitsproblem, ist ernst zu nehmen. Die Partei und ihre Vertreter*innen sollten deswegen strukturell bedingter Armut und sozialer Ungerechtigkeit

(etwa im Bildungssystem) entschieden entgegneten und verdeutlichen, dass der Grad der Teilhabe und Partizipation von Bürger*innen eng mit sozialer Herkunft und Bildung zusammenhängt. Demgemäß heißt es im Entwurf des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung (2021): «Die soziale Spaltung der Gesellschaft spiegelt sich auch in unterschiedlicher politischer Beteiligung.» Dass die Interessen von einkommensarmen Menschen in der Politik deutlich zu wenig berücksichtigt werden, war bereits ein wichtiges Thema des 5. Armuts- und Reichtumsberichts. Auch der Nachfolgeentwurf stellt fest: «Die Wahlbeteiligung ist in allen Bevölkerungsschichten in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland wie in den meisten Industrieländern gesunken. Bei den Wahlberechtigten mit geringem Einkommen war der Rückgang aber überdurchschnittlich stark. Dadurch verstärken sich Risiken des Ausgeschlossen-Seins von politischen und gesellschaftlichen Willensbildungsprozessen.» (Rock 2021)

Politische Teilhabe ist deshalb durch DIE LINKE auch als soziale Frage zu thematisieren. Exemplarisch sei hier das Plädoyer eines befragten Kommunalpolitikers genannt: «Wir müssen wieder anfangen, die sozial Benachteiligten zurück in die Mitte zu holen» (IP 14) und für eine Integration unterschiedlicher Gruppen sorgen, anstatt mit dem «Hervorheben von Grüppchen» (ebd.) zu spalten. Gefordert wird, frühzeitig die Probleme der von (relativer) Armut betroffenen Einwohner*innen aufzugreifen, offensiv zu thematisieren und im Sinne der Betroffenen (kommunal-)politisch Druck aufzubauen. «Warum sollen wir AfD wählen – wir haben doch euch» (IP 14), müsse mit Blick auf DIE LINKE zukünftig (wieder) als Devise sozial Benachteiligter gelten.

Um «die Vergangenheit im Rucksack» wissen

Die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit und der Umgang mit Fragen von Verantwortlichkeiten ehemaliger SED-Mitglieder, die (bis) heute in der Partei DIE LINKE verankert und aktiv sind, kann nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Die Auseinandersetzung mit der Vorgängerpartei und ihren Funktionären (insbesondere dann, wenn sie weiterhin Posten innerhalb der LINKEN bekleiden) sollte – auch unabhängig vom Grad des öffentlichen Interesses – einen festen Platz in den Bildungsangeboten der Partei und auch der Rosa-Luxemburg-Stiftung einnehmen. Zielstellung kann dabei sein, die politischen Grundüberzeugungen der heutigen LINKEN vor der Folie der Geschichte zu reflektieren und zu begründen. DIE LINKE selbst sollte dem gesellschaftlichen Diskurs hier neue Impulse und Betroffenen damit die Möglichkeit geben, den Gesprächsfaden wiederaufzunehmen. Es bleibt innerparteilich zu klären, inwiefern Parteimitglieder, die als Funktionäre der SED (oder der Stasi) Schuld auf sich geladen haben, einen öffentlichen Umgang damit finden möchten, und welche Erwartungshaltungen in der Bevölkerung damit bedient würden. Ein offensiverer und einordnender Umgang mit der Geschichte kann

die Angriffsflächen, die DIE LINKE hier gemäß den Berichten der Befragten bietet, zugleich verringern.

Dort, wo ab Anfang der 1990er Jahre eine sehr offensive Aufarbeitung stattfand und alles transparent gemacht wurde, sei dies der Öffentlichkeit überwiegend «angenehm aufgefallen», erinnert sich eine Zeitzeugin (IP 9). Sie saß damals als neu Zugezogene in der «gefürchteten Kreisparteikontrollkommission, wo alte Genossen entweder rausgeschmissen wurden oder mit Parteistrafen belegt worden sind» (ebd.). Nachdem 1989/90 rund die Hälfte der SED-Mitglieder «das Parteibuch auf den Tisch geworfen» (IP 7) hatte – darunter viele, die in der DDR staatstragend gewesen waren –, ging von den verbliebenen Mitgliedern mit «Täterbiografien» (IP 6) ein Teil sehr öffentlich und offensiv damit um. Vielen würde aber bis heute nicht offen begegnet und nach «unsäglichen BILD-Geschichten» (ebd.) würde ihnen bis in die Gegenwart hinein nicht zugehört. Dies sei bedauerlich, weil sie Erfahrungswissen in die «neue Gesellschaft» mit einbringen und Aufklärungsarbeit leisten wollten. Stattdessen seien die alten Genoss*innen mitunter «unmenschlich verhöhnt» (ebd.) worden.

Die Frage nach der in der DDR «aufgeladenen Schuld» (IP 6) habe heute zwar an Bedeutung verloren, aber die Parteimitglieder stünden häufig noch unter dem Druck, sich für ihre Zugehörigkeit zur LINKEN rechtfertigen zu müssen – vor allem bei Begegnungen mit Menschen aus den alten Bundesländern und in Wirtschaftskreisen (ebd.). Mit dem eigenen Parteieintritt hat sich so manche/r die Vergangenheit der Vorgängerpartei als «Rucksack» (IP 7) bewusst gemacht und damit dem eigenen Selbstverständnis nach auch Verantwortung übernommen. Es bestehe darauf gegründet die Hoffnung, zukünftig gesamtgesellschaftlich sachlicher über die DDR-Vergangenheit miteinander ins Gespräch kommen zu können. Dies werde jedoch noch Zeit in Anspruch nehmen, denn die jetzige Generation sei dafür noch nicht in jedem Fall bereit (ebd.).

3.2 DIE KOMMUNALE EBENE: ZUM ZUSTAND DER KONKORDANZ- DEMOKRATIE

Gemäß Annahmen der lokalen Politik- und Parteienforschung zeichnet sich die kommunale Ebene durch einige institutionelle Besonderheiten aus. So ist zum Beispiel der Grad der Parteipolitisierung dort in der Regel viel niedriger als auf der Bundes- und Landesebene. Dies ist unter anderem deshalb der Fall, weil die Kommunalverfassungen (in denen etwa die Kompetenzen des Bürgermeisteramts und des Rats unterschiedlich ausgestaltet sind) eine konkordante (durch Verhandlungen geprägte) Entscheidungsfindung vorsehen. Auch die Kommunalverfassungen des Freistaates Sachsen und des Landes Brandenburg zielen auf eine solche für die kommunale Ebene charakteristische «Konfliktregelung durch Aushandeln» (Lehmbruch 1967: 14; vgl. Czada 2003: 173; Lehmbruch 1998) ab. Demnach wird

ein*e direkt gewählte*r Bürgermeister*in üblicherweise versuchen, erforderliche politische Mehrheiten über Fraktionsgrenzen hinweg herzustellen. Konkurrenzdemokratisch orientiertes Handeln würde demgegenüber eher dazu führen, dass sich Stadtverordnetenversammlung und Bürgermeister gegenseitig häufiger blockieren und so suboptimale Entscheidungen hervorbringen (Bogumil et al. 2014; Holtkamp 2008). Weil Ratsbeschlüsse deshalb tendenziell einstimmig verabschiedet werden, kann die «Opposition» zum Beispiel Instrumente wie Bürgerbegehren kaum dazu nutzen, sich für zukünftige Wahlen zu profilieren.

Außerdem haben die Parteien auf der kommunalen Ebene kein Wahlvorschlagsmonopol, sondern sind der Konkurrenz von freien Wählergemeinschaften ausgesetzt, die insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern hohe Stimmenanteile erzielen (Holtmann et al. 2012). Ein weiteres Merkmal der kommunalen Ebene ist ein geringerer Professionalisierungsgrad der politischen Akteure, die mehrheitlich ehrenamtlich tätig sind. Das schränkt den Parteienwettbewerb zusätzlich ein. Eine parteipolitische Profilierung wird außerdem dadurch erschwert, dass in kleineren Städten oder auf dem Land aufgrund der Nähe ein «Kleinklima des Vertrauens» (Andersen 1998: 17) vorherrscht und vermutlich Wahlentscheidungen mit beeinflusst. Es dominiert deshalb eine personenbezogene Kommunikation, die tendenziell zur Vermeidung von Konflikten beiträgt, weshalb Parteien wiederum in ihrer Rolle als vermittelnde Akteure weniger benötigt werden.

Diese kommunalen Besonderheiten variieren jedoch, in größeren Kommunen sind sie tendenziell weniger stark ausgeprägt (Tausendpfund/Vetter 2017: 28). Dort gibt es Bogumil und Holtkamp (2013: 148 f.) zufolge aufgrund einer höheren Ausdifferenzierung und Professionalisierung der Entscheidungsstrukturen, komplizierterer Koordinationsaufgaben und eines als höher angenommenen Konfliktniveaus auch mehr Möglichkeiten zur Parteiprofilierung. Politischen Parteien kommt demnach mit steigender Gemeindegröße eine zunehmende Orientierungs- und Repräsentationsfunktion zu.

Angenommen wird in dieser Studie zudem, dass der Wandel des Parteiensystems und die Entstehung neuer gesellschaftlicher Konfliktlinien (vgl. Kapitel 3.4) auch die verhandlungsdemokratisch angelegte Entscheidungsfindung beeinflussen. Vielerorts gelten zudem die kommunalpolitischen Handlungsspielräu-

me aufgrund der desolaten Haushaltslage als eingeschränkt.

DIE LINKE in kommunalen Interessenvertretungen

In zahlreichen Städten und Gemeinden des Untersuchungsgebietes drückt sich in der derzeitigen Zusammensetzung und Stärke der Fraktionen in den Gemeinderäten und Stadtverordnetenversammlungen eine zunehmende Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse zugunsten rechter Parteien und parteiunabhängiger Wählergemeinschaften aus.

DIE LINKE verlor vielerorts Mandate, sodass sie in manche Gemeinderäte nicht mehr in Fraktionsstärke einziehen konnte. In einigen Stadträten bestehen Zusammenschlüsse der LINKEN mit Mandatsträger*innen anderer Parteien oder unabhängiger Wählergemeinschaften. Die Finsterwalder Fraktion ging beispielsweise in der letzten Legislatur ein Bündnis mit einem Mandatsträger von Bündnis 90/Die Grünen ein und kann sich mit ihm seither als zweitstärkste Kraft in der Stadtverordnetenversammlung behaupten. In der Fraktion der LINKEN in Frankfurt (Oder) arbeitet ein «über die Bürgerinitiative Kooptierter» (anonym.) mit. In beiden Fällen, so die Auskunft der Befragten, gebe es erhebliche Überschneidungen bei kommunalpolitischen Anliegen, aber auch bei darüber hinausgehenden Positionen. Diese Beispiele verweisen darauf, dass DIE LINKE auf kommunaler Ebene über ein gewisses Integrationspotenzial im sozial-ökologischen bzw. linksalternativen Spektrum verfügt.

Tabelle XIII gibt einen Überblick zu konkordanten Einstellungen und zum Abstimmungsverhalten der in den Kommunen befragten Mandatsträger*innen der LINKEN. Bei der Interpretation ist zu beachten, dass hier das eigene Selbstverständnis von in der Kommunalpolitik tätigen Mandatsträger*innen hinterfragt wird und somit auch die Erwartungshaltung der Akteure an ideale Voraussetzungen mit Blick auf die Interessenvermittlung und -aushandlung in Stadtrat oder in der Stadtverordnetenversammlung reflektiert wurde. Im Unterschied zum Abstimmungsverhalten beschreiben ihre Antworten zur Konkordanz laut Aussagen der Gesprächspartner*innen nicht unbedingt den Ist-Zustand: Ihr konkordantes Selbstverständnis leite dort nicht mehr ihr kommunalpolitisches Handeln, wo radikale und extremistische, demokratiefeindliche Kräfte in Stadtrat oder Stadtverordnetenversammlung vertreten sind (vgl. auch Exkurs zu «Jungen Radikalen»).

Tabelle XIII: Konkordante Einstellungen und Abstimmungsverhalten

[Anteil der Antworten in % gerundet, n = 15] Stimme zu	Stimme zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme nicht zu
Ohne Parteien gerät Kommunalpolitik leicht zur Kirchturmpolitik ohne Gesamtkonzept.	26,7%	26,7%	26,7%	20,0%
In der SVV / im Gemeinderat sollte die Sacharbeit Vorrang vor der Parteipolitik haben.	73,3%	20,0%	6,7%	-
Ich bin nicht damit einverstanden, wenn eine Partei harte Oppositionsarbeit in der SVV/ im Gemeinderat macht: Ich wünsche mir Einigkeit zwischen allen Kräften.	26,7%	20,0%	20,0%	33,3%
Auf ausgesprochene Parteipolitiker sollte man in der Kommunalpolitik zugunsten von «gestandenen» Persönlichkeiten verzichten.	20,0%	53,3%	13,3%	13,3%
Um SVV-/Gemeinderatsmitglied zu werden, sollte man sich erst in der alltäglichen Parteiarbeit bewähren.	-	-	40,0%	60,0%
Die Mitglieder der LINKEN-Fraktion stimmen in der SVV/ im Gemeinderat fast immer geschlossen ab.	13,3%	13,3%	46,7%	26,7%
Bei der Verabschiedung des Haushaltes wird vom Fraktionsvorstand Einstimmigkeit in der eigenen Fraktion erwartet.	26,7%	-	26,7%	46,7%

SVV: Stadtverordnetenversammlung

Quelle: eigene Erhebung, Fragen basierend auf Ratsbefragung DFG-Projekt 2013 (Holtkamp 2017)

Das Abstimmungsverhalten der Fraktionen wird überwiegend als «häufig einstimmig» beschrieben. Bei den LINKEN bestehe nirgendwo ein Fraktionszwang: Nach dem Austausch von Argumenten im Vorfeld von Abstimmungen «entscheidet jeder für sich. Das machen wir immer so» (IP 2). Der Anteil Parteiloser innerhalb der Linksfraktionen ist nach Einschätzung der Befragten im Verlauf der vergangenen drei Legislaturen konstant geblieben. Während mancherorts die Hälfte der Kommunalpolitiker*innen als Parteilose über die Liste der LINKEN ihr Mandat errungen hat, zogen andernorts ausschließlich Parteimitglieder in die Gremien ein. Wiedergewählte Parteilose haben sich als Mandatsträger*innen innerhalb der Fraktion bewährt und sind vor Ort als bekennende Linke zumeist gut vernetzt, beispielsweise im soziokulturellen Bereich. Viele wirkten als wichtige Integrations- und Identifikationsfiguren. Das Phänomen des mitunter recht hohen Anteils an Parteilosen an den Fraktionen betreffe mittlerweile aber alle etablierten Parteien. Dort, wo die Mitgliederentwicklung bei der LINKEN stagniert oder rückläufig ist, finden sich ausschließlich Parteimitglieder in den kommunalpolitischen Gremien (vgl. Kapitel 3.3).

Der Anteil der Wiedergewählten beträgt bei den LINKEN zwischen 50 und 100 Prozent. Dabei gilt: Je höher die Mitgliederzuwächse und die Offenheit gegenüber jüngeren Mitstreiter*innen und Kandidat*innen, desto größer ist der Anteil neu gewählter LINKER. Im Sample überwogen die Fraktionen, die zu 100 Prozent aus Wiedergewählten bestehen. Die Amtsdauer der Wiedergewählten beträgt zum Teil mehrere Jahrzehnte, einige Mandatsträger*innen sind seit der Nachwendezeit aktiv. Dort, wo auch junge Nachwuchs-LINKE Mandate erringen konnten, wird die besondere Bedeutung eines Wissenstransfers und Erfahrungsaustausches zwischen Jung und Alt hervorgehoben. Zugleich kommt es nach Auskunft der Befragten immer wieder zu intergenerationellen Reibungen, die auf unterschiedlichen

Vorstellungen sowohl von organisationalen Verfahrensweisen als auch auf inhaltlichen Differenzen basieren (u. a. IP 2, IP 14; vgl. auch Kapitel 3.3: Mitgliederentwicklung und den Exkurs zu «Jungen Radikalen»).

Die Fraktionssitzungen finden in aller Regel öffentlich statt, wobei die Termine in der Regel aber nicht explizit beworben werden. Dort, wo DIE LINKE den Oberbürgermeister bzw. die Oberbürgermeisterin stellt, nimmt dieser bzw. diese an den Fraktionssitzungen teil. Gelegentlich bis regelmäßig werden externe Expert*innen eingeladen, etwa eine Stadtsoziologin (um sich über die Sozialverträglichkeit der Wohnraumentwicklung ein Bild zu machen), ein Ingenieur (um sich über Möglichkeiten der energieeffizienten Gebäudesanierung informieren zu lassen) oder Vertreter*innen von Zielgruppen, die von bestimmten Politikentscheidungen besonders betroffen sind. Das können die Elternsprecher*innen der örtlichen Grundschule sein (um sich über die Erfordernisse von Barrierefreiheit in der lokalen Bildungslandschaft auszutauschen) oder Mitglieder lokaler Umweltgruppen (um über Klimaschutzkonzepte oder Initiativen für den Radwegeausbau zu beraten).

Allianzen und Kooperationsblockaden

In Frankfurt (Oder) traten LINKE und Bündnis 90/Die Grünen 2018 zur Oberbürgermeisterwahl als Kooperationsbündnis an. Seither setzt das gemeinsame Wahlkampfteam seine Zusammenarbeit in der Stadtverordnetenversammlung fort. Versuche in den vergangenen Jahren, auch Rot-Rot-Grün vor Ort zu beleben, waren aufgrund des Mangels an inhaltlichen Übereinstimmungen noch nicht erfolgreich: «Es scheitert [bislang] an der SPD» (anonym.). Aus einer sächsischen Kommune wird berichtet, dass mit der dort lokal «sehr linkslastigen CDU» (IP 9) streckenweise eine gute Zusammenarbeit möglich sei. In Borna, wo DIE LINKE die Oberbürgermeisterin stellt, lässt sich eine enge Zu-

sammenarbeit mit den anderen Fraktionen punktuell realisieren, unter anderem hat die Linksfraktion dort gemeinsam mit der SPD eine Initiative für mehr Biodiversität auf den Weg gebracht. Andernorts wird punktuell mit den GRÜNEN kooperiert.

Teilweise ergeben sich aus dem Wandel des Parteiensystems auch Chancen für die Herausbildung neuer Allianzen. In Reinsberg hat sich die Zusammensetzung des Gemeinderats mit dem Einzug der Wählergruppe «Verein für gerechte Kommunalabgaben» (fünf Sitze) so verändert, dass die CDU nicht länger über die absolute Mehrheit verfügt. Im Verbund mit diesem neuen Akteur ist es der LINKEN deshalb möglich, nun insbesondere im sozialen, kulturellen oder bildungspolitischen Bereich manchmal die CDU (acht Sitze) zu überstimmen «was durch[zukriegen, weil die teilweise schon auch auf der linken [Seite] sind und soziale Positionen vertreten» (anonym.). Und es bestehen in einigen Kommunen durchaus auch (noch) «interfraktionelle Runden» (IP 4), im Rahmen derer sich die Fraktionsvorsitzenden zugunsten einer gemeinwohlorientierten Kommunalentwicklung überparteilich verständigen.

Andernorts, wo GRÜNE den Einzug ins Rathaus nicht geschafft haben und die Stimmanteile von SPD und LINKEN stark «abgeschmolzen» (IP 13) sind, bleibe «kaum progressives Potenzial übrig» (ebd.) für ein kooperatives Miteinander in den Gremien. Die Zusammenarbeit mit den Wählergemeinschaften im Stadtrat bzw. in der Stadtverordnetenversammlung oder Gemeindevertretung gestalte sich mitunter schwierig. Manche der Befragten berichten von den Freien Wählern, dass kein konstruktives Miteinander möglich sei: «Die, die von denen [Freien Wählern] in den Stadtrat gewählt wurden, waren nicht zu genießen. Die waren einfach gegen alles!» (IP 11) Sie würden häufig keine diskutablen Vorschläge einbringen, sondern «überwiegend Ablehnung – zu allem» (IP 4, auch: IP 9) artikulieren. Häufig agierten die Freien Wähler «wie die AfD – ohne eigene Ideen» (IP 3).

Geht es darum, der AfD oder anderen rechten und rechtsextremen Fraktionen und Mandatsträger*innen entgegenzuwirken, würde in den Kreistagen und Kommunen von der LINKEN bewusst eine konkurrenzdemokratische Haltung eingenommen, um sich deutlich von ihnen abzugrenzen. Die daraus resultierenden, mitunter sehr harschen Auseinandersetzungen werden zum Teil als belastend erlebt und führen zu Einschätzungen wie der, es könne von Vorteil sein, bei Kommunalwahlen künftig vollständig auf eine Parteizugehörigkeit der Kandidat*innen zu verzichten: «Dann wäre es wesentlich einfacher, Kommunalpolitik zu machen, denn es gibt immer [mindestens zwei] Lager: Oh, das kommt von den LINKEN, das muss sofort abgelehnt werden!» (IP 12)

Veto-Position: Die Bürgermeister*innen

Die Direktwahl des Oberbürgermeisters/der Oberbürgermeisterin (OB) wird als Aufwertung dieses Amtes gegenüber dem Stadtrat bzw. der Stadtverordneten-

versammlung empfunden und genauso positiv bewertet wie die Wahl von «starken Persönlichkeit[en]» (IP 5). Zugleich besteht die Erwartungshaltung, ein «Bürgermeister [sollte] parteipolitisch neutral sein» (IP 4), damit es vor Ort mit der Vermittlung und Verständigung funktioniert. Was die tatsächliche Einflussnahme der OB in den Gremien angeht, variieren die Einschätzungen. Manche Befragte behaupten, es habe keine eindeutige Machtverschiebung zugunsten der nunmehr durch die Bevölkerung direkt legitimierten Stadtoberhäupter stattgefunden. Andere halten die politische Ausrichtung des OB jedoch für maßgebend. Sie entscheide über die grundsätzliche Ausrichtung der kommunalen Politik. Deswegen ist der Anspruch, den OB durch die kommunalen Interessenvertretungen zu kontrollieren, vielerorts stark ausgeprägt, nicht zuletzt, um den in der Vergangenheit erlebten «Absolutismus» (IP 4) einzuhegen. Das Verhältnis zu ihren Bürgermeister*innen, insbesondere zu konservativen, beschreiben manche Linksfaktionen als sehr konfrontativ. Eine*r der Befragten bezeichnet es sogar als «recht schlecht, denn wir führen den härtesten Kampf mit ihm von allen Fraktionen [...] wir sind nicht sanft im Umgang und man äußert in den Sitzungen auch Unmut über unsere Presseartikel, in denen wir für die Einwohner*innen die Missstände transparent machen» (IP 15).

Dagegen scheinen OB der LINKEN ihren Handlungsspielraum im Sinne verhandlungsdemokratischer Prinzipien zu nutzen, das heißt, sie versuchen konsensorientierte, auf einvernehmlichem Verhandeln basierende Beschlussfassungen überparteilich und interfraktionell herbeizuführen. So sorgte in Frankfurt (Oder) die Neuaufstellung der Verwaltungsspitze nach der durch René Wilke für DIE LINKE gewonnenen OB-Wahl 2018 für eine «deutlich positivere Grundstimmung» (anonym.) in der Stadtverordnetenversammlung. In dieser gelinge es seitdem, das breite demokratische Spektrum der Stadt interfraktionell abzubilden und damit eine klare Haltung gegenüber der AfD-Fraktion zu zeigen.

Im Stadtrat von Geyer sei seit Übernahme des Bürgermeisteramts durch Harald Wendler (DIE LINKE) eine gute Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen an der Tagesordnung. Man treffe «fast 100 Prozent» (anonym.) aller Entscheidungen einstimmig. Dies hänge zunächst damit zusammen, dass der LINKE Bürgermeister (als Verwaltungsspitze) die Beschlussvorlagen für die Stadtrats- und Ausschusssitzungen höchstpersönlich sehr gut vorbereite. Zugleich liegt aber auch ein explizit positives Bekenntnis der LINKEN Geyers zu einem verhandlungsdemokratischen Politikstil vor. Obwohl die Partei im Stadtrat keine Mehrheit hat, hat sich dieser Ansatz aufgrund der kooperativen Haltung der anderen kommunalpolitischen Akteure in der Praxis als tauglich erwiesen. Solange die «CDU am Ruder war, wurden wesentlich mehr Entscheidungen kontrovers diskutiert und unterschiedlich abgestimmt» (anonym.). Politikerfolge der LINKEN als solche herauszustellen und damit Parteienprofilierung auf der kommunalen Ebene zu betreiben, gelinge allerdings kaum: Es provo-

ziere «sofort gegenläufige Darstellungen der anderen Parteien» (ebd.).

Veto-Position: Die Verwaltung

Verluste der etablierten Parteien auf kommunaler Ebene führen einige der Befragten des Samples auch darauf zurück, dass deren Fraktionen überwiegend lediglich reaktiv agierten: Es gebe kaum Bemühungen, mit kommunalen Herausforderungen proaktiv umzugehen, etwa Wahlversprechen konsequent umzusetzen, Reformen anzustoßen oder auf die (verbliebenen) Wähler*innen oder zivilgesellschaftlich engagierten Gruppen aktiv zuzugehen.

Viele Akteure agierten (trotz erstarkender Konkurrenz durch AfD und unabhängige Wählergemeinschaften) gemäß dem Motto «Weiter so», was seinen Ausdruck etwa im «Durchwinken von Vorlagen der Verwaltung» (IP 14) finde. Dies trage bei Wähler*innen wiederum zu der Wahrnehmung bei, dass «viele [Fraktionen] keine eigene Stoßrichtung haben, in Bezug auf die Politikfelder» (ebd.), die es kommunalpolitisch zu gestalten und zu verhandeln gelte.

Begünstigt werden Politikblockaden vonseiten der Verwaltung, wenn dort das Aufbrechen verkrusteter Strukturen nicht gelingt. Als Beispiel dafür wurde in einem der Interviews die Blockadehaltung gegenüber dem Rat (im Verbund mit dem Bürgermeister als Verwaltungschef) genannt, die auf persönlichen und politischen Befindlichkeiten basiere und über Jahrzehnte gewachsen sei (vgl. Kapitel 3.1 und 3.2). Mitunter wird die gewählte kommunale Interessenvertretung ihrer Funktion als Kontrollorgan der Verwaltung nicht mehr gerecht, weil die Verwaltung über ungleich mehr Ressourcen (Budget, Personal, Wissen) verfügt. Ehrenamtlich agierende Mandatsträger*innen können ihr deshalb kaum auf Augenhöhe begegnen.

Basierend auf den Erkenntnissen der vorliegenden Fallstudien darf allerdings davon ausgegangen werden, dass die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und mandatierter Interessenvertretung dann als zufriedenstellend erlebt wird, wenn ein konkordanzdemokratischer Politikstil greift und Nachteilsausgleiche im Bereich des Wissenstransfers geschaffen werden. Dies ist aus LINKER Perspektive vor allem dann gegeben, wenn DIE LINKE den Bürgermeisterposten innehat. In diesen Fällen beschleunige und verstetige sich der Informationsfluss zwischen Verwaltung und Fraktion(en). Außerdem habe sich ein Miteinander auf Augenhöhe herstellen lassen – unterstützt durch Verwaltungsreformen der LINKEN Verwaltungschef*innen und durch die seit Übernahme des Bürgermeisteramts vermehrt nutzbaren «kurzen Wege».

Veto-Position: Bürgerbeteiligung

Um Bürger*innen über Wahlen hinaus an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen, verfügen Städte und Gemeinden über kommunalrechtlich vorgesehene Instrumente und freiwillig geschaffene Partizi-

pationsstrukturen, darunter neben direkten Verfahren (Bürgerbegehren und -entscheide) auch kooperativ angelegte, zum Teil dauerhaft etablierte Partizipationsformate (Beiräte, Bürgerforen etc.).

Neben satzungsgemäß vorgesehenen Senior*innen- und Migrationsbeirat*innen verfügen manche Kommunen außerdem über einen Kinder- und Jugendbeirat sowie über Beiräte für in öffentlicher Hand befindliche Einrichtungen der Daseinsvorsorge (Stadtwerke) und Wohnungsbaugenossenschaften. Mancherorts seien bestimmte Gremien jedoch bereits wenige Jahre nach ihrer Einsetzung oder Einrichtung schon wieder «eingeschlafen» oder nicht mehr besetzt worden. Zurückzuführen sei dies weniger auf eine geringe Partizipationsbereitschaft der Einwohner*innen. Vielmehr habe es unter den Mandatsträger*innen Unstimmigkeiten über Verfahrensfragen der Berufung der Beiräte gegeben oder auch Vorbehalte gegenüber der Beteiligung von Bürger*innen seitens der OB, weil sowohl «Kunzeleien» als auch «Partizipationssimulationen» (IP 2) befürchtet werden.

In rund der Hälfte der untersuchten Kommunen wurde mittlerweile ein Bürgerhaushalt eingerichtet. Der Anstoß dazu ging zumeist von den OB aus, in zwei der betrachteten Kommunen durch DIE LINKE. In einer der untersuchten Städte forderte die Linksfraktion ab 2013 einen «gläsernen Haushalt» (IP 4) und verknüpfte dieses Anliegen mit dem Vorschlag, ein Bürgerbudget einzurichten, das seit 2020 als zusätzlicher Posten zum Haushalt besteht. Von einigen der Befragten wird eine solche Institution (für die sich die Partei generell ausspricht) mit der Befürchtung abgelehnt, sie sei von Partikularinteressen geleitet und könne deshalb kaum dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Skepsis besteht innerhalb LINKER Fraktionen auch aufgrund der zusätzlich benötigten zeitlichen Ressourcen der Mandatsträger*innen und der Verwaltung für die mit einem Bürgerbudget verbundenen Aushandlungs- und Kommunikationsprozesse (IP 1, IP 9).

Demgegenüber werden auch in kleineren Kommunen mittlerweile regelmäßig Stadtteilkonferenzen (Bürgerforen) abgehalten und als geeignetes Format betrachtet, um Politikvorhaben zu begleiten und über die rechtlich vorgegebenen Maßnahmen hinaus Bürger*innen zu informieren und Planungen zur Diskussion zu stellen. Dies geschieht insbesondere im Vorfeld umfangreicherer Stadtumbauprojekte. Aber auch lokale Klimakonzepte wurden, initiiert durch DIE LINKE vor Ort, in den Kommunen bereits mit großer Bürgerbeteiligung und über mehrere Monate hinweg erarbeitet, unter anderem im Rahmen von Zukunftswerkstätten (vgl. Best Practice I).

Bürger- oder Einwohnerversammlungen sind ebenfalls fester Bestandteil des beteiligungsorientierten Repertoires auf kommunaler Ebene. Ein Beispiel dafür sind die regelmäßig stattfindenden «Stadtgespräche» der Bornaer OB. Allerorten wurden sie außerdem während der Flüchtlingszuwanderung 2015/16 durchgeführt: Es habe ein «großes Aufbäumen während der

Flüchtlingskrise» (IP 16) gegeben und auch in kleinen Gemeinden, wo nur ein halbes Dutzend Geflüchteter eintraf, war «bei der Einwohnerversammlung der Saal gerammelt voll» (IP 3). Thematisiert und diskutiert wurden insbesondere Fragen der Unterbringung der Geflüchteten (zentral oder dezentral), ihre Herkunft und (vermutete) Fluchtursachen, die mögliche Dauer ihres Aufenthaltes und dessen Auswirkungen auf das Gemeinwesen oder Ansätze zur Unterstützung der Zugewanderten durch zivilgesellschaftliches Engagement (Angebot von Deutschkursen, Einrichtung einer Kleiderkammer etc.).

Angebote wie die Bürgerfragestunde würden angenommen, im Allgemeinen bestehe aber kein größeres Interesse der Bevölkerung an der Arbeit vom Gemeinde- oder Stadtrat. Einen generellen Anstieg oder eine generelle Abnahme der Bereitschaft, sich einzubringen oder mehr Partizipationsoptionen einzufordern, können viele der Befragten nicht erkennen, wohl aber die verstärkte Orientierung an Themen, bei denen eine individuelle Betroffenheit besteht. Die Bürger*innen betrachteten sich (unter Rekurs auf Richard David Precht) «verstärkt als [Steuern zahlende] Kunden» (IP 7) und entwickelten eine auf die eigenen Bedürfnisse zugeschnittene Anspruchshaltung: Hundebesitzer*innen sei beispielsweise die Erwartungshaltung eigen, dass für sie Hundespielplätze eingerichtet werden müssten, da sie aufgrund der durch sie an die Kommune abgeführten Hundesteuer darauf quasi ein (ihren Partikularinteressen entsprechendes) Anrecht erworben hätten.

Außerdem würden punktuelle Formate bevorzugt. Dies liegt unter anderem auch darin begründet, dass insbesondere junge Leute ein dauerhaftes parteipolitisches Engagement eher ablehnen würden. Dennoch sei trotz der sinkenden Bereitschaft, sich parteipolitisch zu engagieren, das allgemeine politische Interesse zuletzt gewachsen. In einem Teil der Gemeinden, die für diese Studie betrachtet wurden, gilt dies allerdings ausschließlich für die Migrations- und Corona-Politik, und das «nicht im positiven Sinne» (IP 2).

Best Practice I

Kinder- und Jugendbeteiligung in Borna und Frankfurt (Oder)

In **Borna** gibt es seit 2007 ein städtisches Kinder- und Jugendparlament (KiJuPa). Die Geschäftsordnung als Arbeitsgrundlage des KiJuPa basiert auf der vom Stadtrat verabschiedeten «Satzung für das Kinder- und Jugendparlament Borna».

Geschaffen wurde das Gremium mit der Zielstellung, das Leben in der Stadt Borna kinder- und jugendfreundlicher zu gestalten. Es wird betreut durch den städtischen Jugendreferenten, der mit jungen Politikinteressierten die Durchführung von «Wahlen» an Schulen organisiert. Hier treten Schüler*innen und junge Erwachsene mit eigens für sie erstellten Wahlplakaten als Kandidat*innen an.

Das KiJuPa umfasst rund ein Dutzend Kinder und Jugendliche im Alter zwischen zehn und 21 Jahren. Diese treffen sich regelmäßig zu offenen Sitzungen, um gemeinsam die Realisierungschancen von Ideen und Vorschlägen zu diskutieren und die Stadtratssitzungen auszuwerten, an denen sie teilgenommen haben. Sie verfügen dort außerdem über Rederecht und entsenden Vertreter*innen in den Stadtrat, um eigene Anträge einzubringen. Zuletzt fanden ihre Beschlussvorlagen für die Errichtung von Trinkbrunnen in der Stadt und für das Hissen der Pride-Flagge vor dem Rathaus eine Mehrheit. Damit hat ihr Engagement bereits deutliche Spuren im Stadtbild hinterlassen.

In **Frankfurt (Oder)** wurde die Beteiligung von Jugendlichen vor einigen Jahren auf Initiative der LINKEN und der GRÜNEN wiederbelebt. Hier entscheiden diese selbst, wie sie sich einbringen wollen. Beraten und unterstützt werden sie dabei von einer ehrenamtlich tätigen, sehr engagierten Kinderbeauftragten. Im Mai 2021 hat die Stadtverordnetenversammlung Leitlinien der Kinder- und Jugendbeteiligung beschlossen, die über den rechtlich gesetzten Rahmen hinausgehen. In jüngerer Vergangenheit wurden vor allem Zukunftswerkstätten abgehalten, um herauszufinden, wie die Kinder- und Jugendbeteiligung gestärkt werden kann.

KiJuPa Borna: www.jupa-borna.de/

Kinder- und Jugendbeteiligung in der Stadt Frankfurt (Oder): www.frankfurt-oder.de/Angebote-Beteiligungen/Beteiligungen/Kinder-und-Jugendbeteiligung/

Veto-Position: Der kommunale Haushalt

Die in die Untersuchung einbezogenen Kommunen variieren stark in Bezug auf ihre Haushaltslage. Einige sind sehr stark verschuldet, andere weisen ausgeglichene Bilanzen auf und haben aus Sicht der Befragten erfreulich große finanzielle Spielräume, die zur Erfüllung freiwilliger kommunaler Aufgaben genutzt werden können. Dazu gehören die Unterhaltung von Bildungs- und Begegnungsstätten, die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Vereinen oder die Subventionierung von Eintrittsgeldern für Freizeiteinrichtungen am Ort für sozial Schwache.

In finanziell gut aufgestellten Kommunen setzt sich DIE LINKE für einen Ausbau solcher kommunalen Leistungen und eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ein. So befürwortet sie zum Beispiel, die Bürgerbeteiligung und Demokratisierung der kommunalen Strukturen auszubauen (und entsprechende Investitionen) sowie die klimaverträgliche Sanierung kommunaler Einrichtungen. In finanziell schlechter aufgestellten Kommunen kritisiert DIE LINKE, dass keine wirtschaftliche Betätigung in kommunalen Unternehmen angestrebt und stattdessen der Ausverkauf kommunaler Infrastrukturen und Flächen durch politische Kontrahent*innen vorangetrieben wird, während die wenigen verfügbaren Investitionsmittel überwiegend in den Wirtschaftsstandort fließen – nicht aber zum Erhalt sozialer und kultureller Einrichtungen aufgewendet werden.

Eine desolote kommunale Haushaltslage steht nach Auffassung vieler Befragter der Entfaltung und Umsetzung linkspolitischer Ansätze entgegen, weil diese zumeist auf eine investive Politik und den Erhalt bzw. die Ausweitung der freiwilligen kommunalen Aufgaben abstellen. Bestehen massive Investitionsbedarfe trotz eines großen Schuldenbergs, wird dies als belastend empfunden. Gestaltungsspielräume würden mit zunehmender Gemeindegröße auf ein Minimum schrumpfen. «Und das ist natürlich eine riesen-große Scheiße, um es mal ganz freundlich zu sagen. Es ist furchtbar! Und diese Sitzungen, wenn wir das dann durchgehen, was gemacht werden müsste, und dann auf das herunterstreichen, was gemacht werden kann – das schmerzt schon. Weil man ja auch Schuld auf sich lädt, wenn man dann durch die Stadt geht und sieht, hier haben wir [Gelder] gestrichen und da auch» (IP 6).

Das Beispiel der kommunalen Haushaltssanierung der Stadt Geyer verdeutlicht den ambivalenten Spagat, der zur Austarierung der beiden linkspolitischen Prämissen einer Ausfinanzierung freiwilliger Aufgaben und der Vermeidung der Privatisierung kommunaler Gemeingüter bisweilen erforderlich ist. Trotz einschneidender Mittelkürzungen zulasten der lokalen Vereins- und Verbändelandschaft im Zuge des langjährigen Entschuldungskurses ist es der lokalen LINKEN dort gelungen, auf Erfolgskurs zu bleiben. Ihre Repräsentant*innen führen dies auf eine geglückte Kommunikationsstrategie zurück, wobei die Herstellung von Transparenz über den kommunalen Haushalt und die umfassende Information der Bevölkerung über das Vorgehen bei der Haushaltssanierung als erfolgskritische Variablen benannt werden.

Das Städtchen im Erzgebirge wurde von 1990 bis 2011 von der CDU regiert. «Am Ende dieser Regentschaft war Geyer pleite» (anonym.). Mit einer der höchsten Verschuldungsraten im Kreis unterlag es lange Jahre einem Haushaltssicherungskonzept. Die Ausgaben mussten stark eingeschränkt werden, die Landesregierung drängte Geyer zum Verkauf des kommunalen Waldes. Der stellvertretende Bürgermeister der LINKEN, Harald Wendler, übernahm, als der CDU-Bürgermeister erkrankte, zunächst kommissarisch das Amt des Verwaltungschefs. Bei der Bürgermeisterwahl 2011 wurde er als OB bestätigt. Dann habe sich «die Finanzpolitik gedreht» (ebd.), wobei dies den Bürger*innen [vorab] deutlich kommuniziert wurde – denn es wurde ihnen «viel abverlangt». Es gab «kein Geld, um überhaupt noch irgendwelche freiwilligen Aufgaben zu realisieren [...] und wir haben einfach nichts mehr investiert [...], finanzielle Unterstützungen für Vereine sind rigoros runtergefahren worden. Die mussten sich selber etwas überlegen» (ebd.).

In ihrer Zeit in der «Opposition» hatte DIE LINKE Geyers eingefordert, nicht nur auf die Aufgabenseite zu achten, sondern den Fokus auf die Erhöhung der kommunalen Einnahmen zu legen. Diesen Ansatz habe man seit Beginn der 2010er Jahre dann schließ-

lich umgesetzt: «Wir haben Gebühren erhoben für allen möglichen Quatsch, wir haben die Gewerbesteuer erhöht – viele unpopuläre Maßnahmen gemacht und überall Fördermittel eingeworben, wo es ging. [...] Und seit 2015 sind wir faktisch schuldenfrei. In weniger als zehn Jahren hatten wir die zehn Millionen Euro Schulden abgebaut. Und wir haben jetzt zwei Millionen Euro Guthaben. Wir investieren jetzt in Kindergarten, Schule, Straßen, Turnhalle, Feuerwehr und die Freizeitparks, sind zurück auf einer schwarzen Null» (ebd.). Der Wald musste nicht verkauft werden.

Liegt ein genehmigungsfähiger Haushalt vor, ist es zumeist auch möglich, alle freiwilligen Aufgaben zu stemmen. Unter dieser Voraussetzung wird vielerorts (zugunsten der Entfaltung linkspolitischer Initiativen) außerdem auch in fraktionsübergreifendem Einvernehmen «nirgendwo gekürzt» (IP 1). In den Städten und Gemeinden, in denen die Haushaltslage ausgleichlich ist und/oder sich positiv entwickelt, sei es keine Seltenheit, dass das Budget für freiwillige Aufgaben unabhängig von den politischen Mehrheitsverhältnissen kontinuierlich erhöht wird (K2, K7, K8).

Von hoher Relevanz für haushalterische Spielräume sind die Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sind sie in öffentlicher Hand, tragen beispielsweise Stadtwerke verlässlich zum kommunalen Haushalt bei, so zum Beispiel in Borna. Dort sind sie zu 67 Prozent im Eigentum der Kommune und von den regelmäßig erzielten Gewinnen wird ein vertraglich fixierter Anteil an den kommunalen Haushalt ausgeschüttet.

Mit Blick auf die nahe Zukunft seien die Kommunen mit Ausgaben- und insbesondere Investitionsplanungen absehbar allerdings sehr zurückhaltend. Die durch die Corona-Pandemie bedingten Ausfälle der Gewerbesteureinnahmen werden sich voraussichtlich erst ab 2023 in den Haushalten niederschlagen. Als größere Bedrohung wird allerdings gegenwärtig der Rechtsruck betrachtet: Aufgrund der sich wandelnden Kräfteverhältnisse könnten Beschlüsse über Ausgaben für freiwillige Aufgaben zukünftig häufiger zuungunsten solcher Akteure in der Vereins- und Verbändelandschaft ausfallen, die sich für demokratische und anti-rassistische Bildung und in Bereichen engagieren, die als links assoziiert werden.¹⁴

«Kleinklima des Vertrauens» ...

Ein «Kleinklima des Vertrauens» kann nicht überall vorausgesetzt werden. Die Einschätzungen der Befragten dazu fallen sehr differenziert aus. Es gibt Kommunen, da «kommen die Leute auch mit ihren Problemen [auf

¹⁴ Ein Beispiel für diese Entwicklung ist der Umgang mit dem Bornaer Verein Bon Courage e. V. Er wirkte bislang in den Bereichen Integration und Demokratisierung (Beratung, Sprachkurse, politische Bildung). Zuletzt hat die Landesregierung dessen Antrag auf Fördermittel für beide Personalstellen abgelehnt. Die Vereinsarbeit steht deshalb auf der Kippe. Der regionale Kreisjugendring ist aufgrund eines ausstehenden Haushaltsbeschlusses auf Landesebene handlungsunfähig. Vermutet wird, dass häufig auch aufgrund mangelnden politischen Willens auf Kreis- und Landesebene entsprechende Fördermittel nicht mehr bewilligt werden «und damit kippen unheimlich viele soziale Projekte jetzt hier in Sachsen hinten rüber» (IP 1, auch: IP 22). Einrichtungen, die in den Bereichen Integration, Antirassismus und Demokratisierung tätig sind, seien absehbar besonders betroffen.

Fraktionsmitglieder zu] – beim Einkaufen kann man eine Stunde plus rechnen» (IP 3). «Man grüßt sich» (IP 5) auf der Straße und auch politisch gegensätzliche Grundhaltungen überschatten nicht die Zusammenarbeit in den kommunalen Interessenvertretungen. Andernorts dominiere gegenseitiges Misstrauen die kommunalpolitische Gremienarbeit, weil sich ein Klima des Vertrauens (aufgrund eines hohen Konfliktniveaus und/oder eingefahrener, konkurrierender Strukturen) nach den Umbrüchen 1989/90 nie ausgebildet hat oder weil es durch den Einzug extremer oder sehr erfolgreicher rechter Kräfte – wie der NPD und nunmehr der AfD – erschüttert wurde.

... nur partiell ausgebildet

Nach den Reformen der Nachwendezeit konnte aufgrund der Zerwürfnisse und der Neukonstituierung des Parteiensystems in Ostdeutschland nicht davon ausgegangen werden, dass auf kommunaler Ebene ein «Kleinklima des Vertrauens» vorherrschen würde. Es musste zugunsten verhandlungsdemokratischer Entscheidungsfindung auf kommunaler Ebene zunächst ausgebildet werden.

Während in den ersten beiden Jahrzehnten der Nachwendezeit die Fronten in den Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen eher verhärtet waren, weil die sich im Osten neu etablierten Volksparteien CDU und SPD von der SED-Nachfolgepartei PDS deutlich abgrenzten, gelang im Zeitverlauf eine Annäherung: DIE LINKE wurde in zahlreichen Städten und Gemeinden schließlich als kommunalpolitischer Akteur anerkannt, mit dem auf Augenhöhe zusammengearbeitet wird. Es waren allerdings langjährige Anstrengungen aufseiten lokalpolitischer Akteure notwendig, um dieses Vertrauensverhältnis aufzubauen.

Doch längst nicht überall hat eine Annäherung zugunsten eines kooperativen Miteinanders zwischen den parteipolitisch etablierten Kräften stattgefunden. Bis Anfang der 2000er Jahre seien Aussagen zu den LINKEN wie «da sitzen die Stasi-Spitzel» (IP 4) (in zitiertem Beispiel vonseiten eines CDU-Bürgermeisters in einer Mittelstadt) durchaus üblich gewesen. So etwas würde man heute nicht mehr so häufig hören, aber weiterhin machten politische Kontrahenten auch noch «aus Prinzip» (IP 9 u.a.m.) gegen Anträge der LINKEN mobil. «Auf den Fluren» (IP 3) begründeten sie ihre Blockadehaltung dann mit Bezug auf Geschlecht, Herkunft und Parteizugehörigkeit der Antragsstellenden: «Eine Frau, kommt aus dem Westen und ist auch noch bei den LINKEN – das geht nicht!» (ebd.).

Linke Ideen würden mancherorts nach wie vor «eigentlich immer abgeschmettert, dadurch dass die CDU hier die absolute Mehrheit hat und schon über Generationen hatte» (IP 16). Würde ihm in Diskussionen inhaltlich widersprochen, sei der CDU-Bürgermeister sehr nachtragend, was die Entscheidungsfindungen massiv blockiere und «einfach nur belastend» (ebd.) sei. Gütliches Einvernehmen in der Sache kom-

me deshalb oft nicht zustande. Einzig bei der Entscheidungsfindung in sozialen Fragen sei die Kommune «dahingehend gesegnet, dass bislang immer auch gemeinsam mit der CDU Konsens bei Beschlüssen erzielt werden konnte» (ebd.).

... unter Druck oder erschüttert

Im Mittelzentrum in einer Strukturwandelregion ist die AfD in der Stadtverordnetenversammlung mit einer gleich starken Fraktion wie DIE LINKE vertreten. Seither arbeiteten alle Parteien überwiegend gegeneinander, anstelle fraktionsübergreifend konstruktiv im Sinne des Gemeinwohls tätig zu sein (IP 4).

Aus einer Kommune, in der bis zur vorletzten Wahl die CDU im Verbund mit zwei NPDlern die Mehrheit innehatte, wird berichtet, man habe Anträge der LINKEN und der anderen Fraktionen nur noch dann verhandeln und erfolgreich beschließen können, wenn nicht alle Mandatsträger*innen der CDU oder NPD anwesend sein konnten. Umgekehrt habe die CDU ohne die Stimmen der NPD ihre Vorschläge zumeist nicht mehr durchbringen können. Der eigentliche Sieger sei aufgrund des unkritischen Umgangs Einzelner – beispielsweise auch eines Beigeordneten, der sich mit Stimmen der «Nazis» hat wählen lassen – deshalb die NPD gewesen (IP 13).

Insgesamt gestalte sich die Arbeit in den kommunalpolitischen Interessenvertretungen seit dem Einzug der AfD schwieriger, sie sei aufreibender geworden. AfD und unabhängige Wähler würden «stacheln und keilen» (IP 4). Und damit es innerhalb der Vereins- und Verbändelandschaft nicht verbal eskaliere, «darf man nicht ständig diskutieren – die jetzigen Themen zerstören jede Gemeinschaft» (IP 18). «Sie wissen ja, wie hier die Ergebnisse zur Bundestagswahl aussehen» (anonym.), gibt ein Fraktionsmitglied aus einer Region zu bedenken, wo die AfD über 30 Prozent der Wählerstimmen erhielt. Dort komme es vor, dass «Diskussionen so brutal werden, dass man seine eigene humanistische Meinung nicht mehr rüberbringen kann. Ich breche dann die Diskussion ab, sobald das menschenverachtend wird. Oder wenn Lügen erzählt werden. Das ist gerade eine sehr schwere Situation» (ebd.).

Diese deutlich im Zusammenhang mit den oben genannten Konfliktlinien (Zustimmung zur Demokratie vs. Autoritarismus und Glaubwürdigkeit vs. Misstrauen in die etablierte Politik) stehenden Diskursverschiebungen werden auch andernorts beobachtet. Sie gehen einher mit öffentlich geäußerten Bekenntnissen zur radikalen Rechten: «Mittlerweile, so seit zwei Jahren, wird offiziell darüber geredet und die stehen dazu. Also, es ist gesellschaftsfähig geworden, ganz extrem im ländlichen Raum» (IP 17).

Handlungsempfehlungen

Nachfolgende Handlungsempfehlungen dienen der Erweiterung der Gestaltungsspielräume LINKER Akteure auf kommunaler Ebene innerhalb des verhandlungsdemokratisch angelegten Institutionendesigns. Dabei wurden die oben beschriebenen Veto-Positio-

nen und Politikblockaden als Folge der veränderten politischen Kräfteverhältnisse und das vielerorts wenig ausgeprägte «Kleinklima des Vertrauens» berücksichtigt. Um sie für einen innerparteilichen Strategiebildungsprozess und eine allgemeine Parteiprofilierung zu nutzen, bedarf es einer Reflexion der kommunalpolitischen Interessenvermittlung, die schon länger unter einer Glaubwürdigkeitskrise und zunehmendem Vertrauensverlust leidet.

Verhandlungsdemokratische Optionen gegen konkurrierende Blockadehaltung abwägen

An manchen Orten ist mit dem Erstarken rechter, extremer Kräfte und diffuser Wählerbündnisse das (mitunter über Jahrzehnte) hergestellte «Kleinklima des Vertrauens» nachhaltig erschüttert worden. In diesem Zusammenhang ist schließlich zu eruieren, inwiefern Politikblockaden auch dem Schutz des auf kommunaler Ebene grundsätzlichlich verhandlungsorientiert ausgerichteten demokratischen Systems dienen können. Angepasst an die lokalen Mehrheitsverhältnisse sind vonseiten der Partei DIE LINKE Strategien zu entwickeln und ist darüber zu entscheiden, welche neuen Kräfte integriert werden können bzw. gegen welche man sich (strikt) abgrenzen will. Wo bestehen Chancen für neue Allianzen und in welchen Fällen ist harte Opposition vonnöten und muss konsequent gegen menschenverachtende Propaganda und demokratiefeindliche Kräfte vorgegangen werden, auch um selbst nicht an Glaubwürdigkeit einzubüßen?

Pragmatismus in der Sache mit dem Ziel einer konsensualen und ergebnisorientierten Entscheidungsfindung zur Förderung der Gemeindeentwicklung ist nach wie vor hoch zu gewichten. Gerade in kleineren Orten «zählt jeder Mensch als Mensch» (IP 15) – unabhängig von seiner Parteizugehörigkeit oder Mitgliedschaft in dem einen oder anderen Verein oder Interessenverband. An Bedeutung gewinnt aber ebenso die deutliche Distanzierung von demokratiefeindlich agierenden politischen Kräften, die – solange die Mehrheitsverhältnisse dies zulassen – in Stadt- oder Gemeinderäten bzw. Stadtverordnetenversammlungen isoliert werden sollten.

Reform durch Transparenzoffensiven und Information der Öffentlichkeit

Informationen zur Verfügung zu stellen und die Schaffung von Transparenz sind nach Einschätzung eines Interviewpartners «der Schlüssel, um etwas zu bewegen, und ein unfassbar effektives Mittel» (IP 18). Mit entsprechender Offenheit gelinge es zudem, dem Misstrauen gegenüber Klüngel in Politik und Verwaltung entgegenzutreten (IP 7).

Agiert DIE LINKE in der Kommune eher konkurrenzdemokratisch und in Opposition zur Bürgermeisterin/zum Bürgermeister, tragen Transparenzoffensiven und öffentliches «Blaming and Shaming» (mit dem Ziel, verkrustete Verwaltungsstrukturen aufzubrechen und/oder Verwaltungshandeln transparent und damit nachvoll-

ziehbar zu machen) bei der Implementierung von Politikentscheidungen dann zu Wahlerfolgen der LINKEN bei, wenn es ihr gelingt, Veränderungsdruck aufzubauen, indem sie die lokale Öffentlichkeit für diese Anliegen einnimmt (IP 6).

Auch dann, wenn linke Initiativen nicht mehrheitsfähig sind oder (aus Sicht linker Initiativen) gegen die Interessen der Bürger*innen agiert wird, kann es für LINKE Akteure durchaus lohnenswert sein, sich innerhalb der politischen Interessenvertretung für den größtmöglichen Kompromiss einzusetzen, um linke Perspektiven in den Aushandlungsprozess einzuspeisen und Forderungen so zumindest partiell durchzusetzen. So wurde in einem Interview beispielsweise über eine Intervention der LINKEN vor Ort im zweiten Abschnitt einer Bauleitplanung berichtet: «Wo alles plattgemacht werden sollte, haben wir erwirkt, dass Einwohner*innen mit uns nochmal das Gelände betreten dürfen, um einen Teil der Pflanzen umzusiedeln» (IP 15). Bei einem anderen Projekt, dem Neubau eines Schulcampus, gelang es der Linksfraktion, den Erhalt einer ehemaligen Obstbauplantage und die Errichtung eines Schulgartens darin durchzusetzen sowie die Öffnung der Schulmensa für die Allgemeinheit. Damit haben die nicht unbeträchtlichen Investitionen in den Schulneubau einen deutlich größeren Mehrwert sowohl für die Schüler*innen als auch für die lokale Bevölkerung insgesamt.

Mitunter werden Missstände in der Verwaltung aufgedeckt, fragwürdige Verfahren transparent gemacht und unbequeme Fragen gestellt, was zunächst Unmut stiftet. Bei einem umstrittenen Bauvorhaben etwa stellten LINKE Kommunalpolitiker*innen wiederholt fest, dass Bauauflagen nicht eingehalten wurden. Diese Verstöße wurden mit Unterstützung von Anwohner*innen gesammelt, dokumentiert und öffentlich gemacht. Dabei sei die Einbindung von Nicht-Parteimitgliedern, also von (direkt) Betroffenen und Sympathisant*innen, für die eigene Glaubwürdigkeit sehr wichtig gewesen. Dies habe «teilweise sogar noch stärker unterstützend» (IP 14) gewirkt. Die anschließenden Wahlerfolge für DIE LINKE in dem Ort hätten ihnen Recht gegeben (IP 15).

Niedrigschwellige Beteiligungsangebote schaffen

Dort, wo der Politikstil vor Ort eher konkurrenzdemokratisch ausgerichtet ist, werden Bürger*innen weniger als potenzielle Veto-Player wahrgenommen. Das führt dazu, dass lokale Parteien hier etwa bei Verwaltungsreformen stärker auf die Mobilisierung der Einwohner*innen setzen, die Gründung sogenannter Vorfeldorganisationen in Betracht ziehen oder sich der Anstrengung von Bürgerbegehren stellen (vgl. Kapitel 3.4).

DIE LINKE als Partei, die eine Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft zu ihren zentralen politischen Anliegen zählt, sollte aber unabhängig davon die größere Nähe zwischen den Menschen und Institutionen in kleineren Städten und Gemeinden als besondere Chance betrachten, um Demokratieverständnis und

Demokratisierungsprozesse aktiv zu befördern. Dies gelingt, wenn sie die Menschen in den «Schulen der Demokratie» aktiv zur Beteiligung ermutigt und Möglichkeiten der Mitgestaltung «vor der eigenen Haustür» schafft – auch damit Bürger*innen «einfach mal ihre Meinung sagen» (IP 2) können. Diese Angebote dürfen niedrigschwellig, aber – insbesondere dann, wenn sie vom Rathaus oder vom Gemeinderat ausgehen – nicht dem Verdacht ausgesetzt sein, dass es sich bei ihnen um «Partizipationssimulationen» handelt.

Die Anstrengungen, den Bürger*innen die allgemein breite Beteiligungspalette für lokalpolitisches Engagement näherzubringen, können verstärkt werden. Dazu gehört eine Wissensvermittlung und offensivere Werbung für die Beteiligung bspw. in Beiräten (Orts- oder Bürgerbeiräten sowie Kundenbeiräten) oder als sachkundige Einwohner*innen in kommunalen Gremien. Darüber hinaus sollten zivilgesellschaftliche Initiativen, die Transparenz über die politische Entscheidungsfindung oder Verwaltungsvorgänge herzustellen suchen, von LINKER Seite stets Unterstützung finden, um Aushandlungsprozesse und die Funktionsweisen des demokratischen wie bürokratischen Systems nachvollziehbar(er) zu machen – gleich, ob es sich um ein Anliegen von Bürger*innen, lokalen Medienmacher*innen oder linken Sympathisant*innen handelt. Bereits die Erweiterung des Informationszugangs trägt zu mehr Glaubwürdigkeit von lokaler Politik und infolgedessen zur Erhöhung der Akzeptanz von Vorhaben bei, die das Gemeinwesen betreffen. Hürden und Blockaden, die dem Anliegen der Bevölkerung, sich zu informieren oder sich im Rahmen der dafür vorgesehenen Verfahren zu beteiligen, entgegenstehen, sollten öffentlichkeitswirksam kritisiert werden.

Kommunale Haushalte nachhaltig sanieren

Wenngleich häufig postuliert wird, dass «gerade klassische linke Politik [...] sehr von dem Geld, was für freiwillige Leistungen zur Verfügung steht, abhängig» (IP 13) ist, scheint innerhalb des Samples kein Zusammenhang zwischen Wahlergebnissen der LINKEN und der jeweiligen kommunalen Haushaltslage zu bestehen. Aus Sicht der Befragten kann DIE LINKE auf der lokalen Ebene unabhängig von der Finanzlage sinnvolle Projekte auf den Weg bringen oder Angebote machen, beispielsweise im Bereich der lokalen Wirtschaftsentwicklung oder Bebauung.

Allen betrachteten Kommunen mit OB der LINKEN ist es gelungen, Schulden abzubauen – zum Teil ohne Darlehen aufnehmen zu müssen: «Wir sind jetzt [seit Übernahme des Oberbürgermeisteramts] eigentlich fast schuldenfrei» (anonym.), weil Fördermittel eingeworben und nachhaltig investiert wurden, um unter anderem Objekte (Schulen etc.) so zu sanieren, dass sich seither Betriebskosten (beispielsweise durch Wärmeisolierung) einsparen lassen.

Initiativen von der LINKEN zur Sanierung des kommunalen Haushalts, etwa über den Einstieg der Ge-

meinde in die regenerative Energieerzeugung, führten allerdings auch schon zu «großen Aufständen» (anonym.), darunter ein Bürgerbegehren gegen die Erneuerung zweier bereits seit mehreren Jahren in Betrieb befindlicher Windräder. Ein Gedanke wie «wir machen es genossenschaftlich, wir machen es selber – ist überhaupt nicht vermittelbar. Und zu gucken: Wo wollen wir denn überhaupt hin als Gemeinde? Keine Chance! Also, wenn man das vorbringt im Gemeinderat oder bei den Bürgern, da wird man gesteinigt» (ebd.).

Trotz (oder gerade wegen) solcher Rückschläge sollte DIE LINKE ihre haushalterischen Ansätze und Haushaltssanierungskonzepte zugunsten einer am Gemeinwohl orientierten kommunalen Finanzpolitik schärfen. Damit würde auch dazu beigetragen, die offene Flanke zu schließen, dass Wähler*innen DER LINKEN bislang keine Kompetenzen in den Bereichen Wirtschaft und Steuerpolitik zuschreiben (Kahrs 2021: 18).

Best Practice II

Reinsberg: Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung trotz desolater Haushaltslage

Das Reinsberger Schloss diente in DDR-Zeiten als Ferienerholungsheim des Kombinats «Schwarze Pumpe» und wurde in den 1990er Jahren an einen spanischen Privatinvestor veräußert, der es 2019 wieder auf den Markt brachte. Einstimmig fasste der Reinsberger Gemeinderat damals den Beschluss, vom Vorkaufsrecht der Gemeinde Gebrauch zu machen und damit den Verkauf des Schlosses an die Identitäre Bewegung zu verhindern.

Warum diese Investition in Höhe von rund einer halben Million Euro trotz der bereits angespannten Haushaltslage vor Ort möglich war, können sich die Reinsberger heute selbst kaum mehr erklären. Durch den Kauf ist die Kommune gegenwärtig so stark verschuldet, dass die Schlossherren und -damen eine Eingemeindung in eine der angrenzenden Kommunen anstreben und dringend einen neuen Investor für das Schloss suchen. Der Verkauf ist das K.-o.-Kriterium: Findet sich kein Investor, ist Reinsberg endgültig pleite – und keine Nachbarkommune zur Eingemeindung bereit.

Bislang verwaltet sich Reinsberg mit seinen rund 3.000 Einwohner*innen noch selbst. Aber sämtliche Liquiditätsreserven sind aufgebraucht und die Ausgabenlast wächst. Die kleine Verwaltung mit sechs Personalstellen ist überlastet, es war zum Zeitpunkt der Recherche (im Frühjahr 2021) noch kein Haushalt für das kommende Jahr beschlossen und selbst den hauptamtlichen Bürgermeister können sich die Reinsberger eigentlich finanziell gar nicht mehr leisten.

Aber die Not machte die Reinsberger*innen in der jüngsten Vergangenheit erfinderisch und so beschritten sie neue Wege der kommunalen Selbstverwaltung. Weil auch eine beschlossene Erhöhung der Aufwandsentschädigungen für die Ortsbeiräte der Kommune fi-

nanziell über den Kopf zu wachsen drohte (eine Landtagsreform sah vor, sie von 500 auf 1.000 Euro zu verdoppeln), strukturierte man diese Institution kurzerhand um und schuf eine neue Beteiligungsstruktur. Seither sind mehrere Hundert Reinsberger*innen ehrenamtlich für ihre Gemeinde aktiv. Nach dem Wegfall der Ortsbeiräte wurden Ortschaftsräte geschaffen, denen die nun eingesparten Mittel vom Gemeinderat als Bürgerbudget zur Verfügung gestellt werden, etwa um den Dorfplatz zu bebauen oder eine Grünfläche anzulegen.

Dazu wurde ein «Dachverein für Ortsangelegenheiten» gegründet und es gibt mehrere Untervereine, die jeweils an die Ortschaften angegliedert sind und auf das Bürgerbudget Zugriff haben. Außerdem gibt es einen Beirat, in dem unter anderem der Rockerverein (der Konzerte organisiert) oder der Verein der Ortschaft Biberstein (führt Kinder- und Kulturveranstaltungen durch) vertreten sind. In dem Verein, der das Waldbad verwaltet (es hätte als kommunales Freibad ebenfalls aufgrund der desolaten Haushaltslage nicht mehr durch die Gemeinde finanziert werden können), engagieren sich über 100 Reinsberger*innen, um den Betrieb aufrechtzuerhalten. Diese ehrenamtlich organisierte Vereinslandschaft bildet heute auch ein Gegengewicht zu eher konservativen Vereinen wie der Feuerwehr. In dem Maße, wie die Strukturen linke sozialpolitische und gemeinwohlorientierte Tendenzen aufweisen, werden sie für DIE LINKE vor Ort anchlussfähig.

3.3 MITGLIEDERBASIS, PARTEIOSE UND SYMPATHISANT*INNEN

Zahlreiche (vormals) große Mitgliederorganisationen sind davon betroffen, dass ihre Mitgliederbasis schrumpft. Das Phänomen lässt sich sowohl bei Kirchen als auch bei Gewerkschaften und Parteien beobachten (Statista 2020, 2021a u. 2021b). Auch die Partei DIE LINKE ist davon betroffen, wengleich aus dem Zusammenschluss von WASG und PDS zunächst eine Stärkung der Mitgliederbasis resultierte und in den Jahren 2016 und 2017 die Flüchtlingszuwanderung zu einer kleinen Eintrittswelle in die Partei geführt hat (Statista 2021c). Jedoch setzte damit keine Trendumkehr ein.

Zurückgeführt wird die rückläufige Mitgliederentwicklung bei (ehemaligen) Großorganisationen auf ihre schwindende Integrations- und Bindungskraft (Brenke/Kritikos 2017). Betrachtet man demgegenüber die Organisationen, die Mitgliederzuwächse verbuchen, verweist dies einerseits auf die neuen Cleavages und andererseits auf neue Akteure im Feld der Interessenartikulation und -vermittlung. Zulauf haben unter den Parteien Bündnis 90/Die Grünen und die AfD sowie auf kommunaler Ebene die unabhängigen Wählergemeinschaften oder Bürgerbündnisse. Bei den zivilgesellschaftlichen Initiativen erfreuen sich vor allem solche Organisationen einer wachsenden Mitgliederbasis, die in den Bereichen des Natur- und Klimaschutzes aktiv

sind. Außerdem verzeichnen Interessengruppen wie Attac einen Zuwachs an Beitrag zahlenden oder ehrenamtlich aktiven Mitgliedern.

Mitgliederentwicklung

In den untersuchten Kommunen, wo DIE LINKE überdurchschnittliche Wahlergebnisse erzielt, ist die Mitgliederentwicklung nicht rückläufig, zum Teil können Zuwächse verbucht werden. Vor allem junge Leute haben dort begonnen, sich in den Ortsgruppen und in den Fraktionen auf kommunaler oder Kreisebene zu engagieren. Liegen die Wahlergebnisse im Trend oder stagnieren sie, ist die Mitgliederentwicklung bei der LINKEN eher rückläufig und geprägt vom demografischen Wandel und von einem zunehmenden Altersdurchschnitt der Aktiven. Abseits der Metropolen ist auch die Jugendorganisation der Partei [‘solid] häufig nicht (mehr) vertreten, nach Schul- oder Ausbildungsabschluss zieht es den Nachwuchs zumeist in die Großstädte, um zu studieren bzw. zu arbeiten.

Zur Veranschaulichung sei exemplarisch die Mitgliedschaftsentwicklung der LINKEN eines Mittelzentrums dargestellt: Nachdem 1995 noch 278 Mitglieder gezählt wurden, sind es heute (2021) nur noch 54. Sechs von ihnen wohnen allerdings mittlerweile außerhalb der Stadt, drei befinden sich im Pflegeheim und für 2022 ist bereits ein weiterer Austritt angekündigt. Von den 54 Mitgliedern sind sieben über 90, 20 über 80 und acht über 70 Jahre alt: «Dann bleiben noch zehn als Reserve» (IP 8) für das aktive Engagement in Ortsgruppe, Fraktion und nach außen. Andernorts singen die Jüngeren ein «Hoch auf unsere Alten!» (IP 6), denn es gebe sehr viele über 80-Jährige, «die [über ihren relevanten Mitgliedsbeitrag hinaus] so lange noch für die Partei aktiv sein wollen, wie sie noch laufen können» (ebd.). Viele von ihnen hätten im ersten Jahr der Corona-Pandemie den Umgang mit Videokonferenzsoftware erlernt, um weiter aktiv mitmischen zu können. Weniger optimistisch sind die LINKEN einer Strukturwandelregion: Innerhalb des gesamten Kreises gebe es gegenwärtig «nur noch rund 180 bis 190 Mitglieder [...], aktive Mitglieder vielleicht noch 20 – der Rest kann sich altersbedingt nicht mehr einbringen [...] und Beschlussvorlagen nicht mehr verstehen» (IP 5).

Die Alterskohorten der 40- bis 65-Jährigen sind fast überall stark unterrepräsentiert, die Mitgliederstruktur ist gegenwärtig von einem starken Überhang alter Menschen und dem Zugang einiger Jüngerer geprägt. Die daraus erwachsende «Generationenlücke» wird von vielen Ortsgruppen sowohl hinsichtlich gelingender Kommunikation (eine gemeinsame Sprache finden) als auch aus organisationaler Perspektive (Hierarchien, Status, Kompetenzen) als große Herausforderung betrachtet.

Wenn 25-Jährige sich in den Gremien vor Ort mit über 70-jährigen Parteimitgliedern zusammensetzen, dann «wissen alle, dass wir einander brauchen, um es zu schaffen, wieder wahrnehmbar zu sein» (IP 4).

Aber für die Älteren sei es mitunter schwer, Aufgaben und Verantwortlichkeiten abzugeben und sich auf den häufig als «rebellisch» beschriebenen Kurs der jungen Leute einzulassen. Ab Anfang der 1990er Jahre gab es allenthalben eine große personelle und inhaltliche Kontinuität, aber seit Mitte der 2000er Jahre verstärkte sich der Generationenwandel zunehmend. Teilweise wird er in den Interviews als Bruch zwischen alten und jungen Genoss*innen bezeichnet.

Es bestünden Unterschiede in Mentalität und Herangehensweise. Diese manifestierten sich mitunter darin, dass durch Neumitglieder die innerparteiliche (Organisations-)Struktur infrage gestellt würde. Während Konflikte bislang eher «unter den Teppich gekehrt» (IP 14) wurden, verfolge der Nachwuchs streckenweise einen eher konfrontativen Ansatz. Für ihn sei mehr Transparenz wichtig und er tendiere dazu, interne wie externe Missstände zu skandalisieren (ebd.) und Konflikte öffentlich zu machen, damit Entscheidungen leichter nachvollziehbar seien. Darüber hinaus stellten jüngere Mitglieder immer wieder den politischen Gesamtkurs der Partei infrage. Grundpositionen der LINKEN würden thematisch anders gewichtet und um neue inhaltliche Aspekte ergänzt.

Indem sie ihre Positionen in die innerparteilichen Diskurse hineinbringen, erweitern junge Mitglieder das Meinungsspektrum innerhalb der LINKEN. In den kommunalen Interessenvertretungen werden die Nachwuchskräfte mit ihren radikaleren Positionen deshalb von ihren Kolleg*innen als eher konkurrenzdemokratisch agierend wahrgenommen – was nicht zuletzt auch ihrem eigenen Selbstverständnis entspreche (IP 2, IP 14, Wurzen).

Ebenso werden auf Kreisebene zunehmend ideologisch verhärtete Fronten beobachtet, sowohl innerhalb der LINKEN als auch zwischen den Parteien. Es komme immer häufiger zu Debatten, bei denen sich Pro- und Contra-Positionen unversöhnlich gegenüberstünden. So gebe es zum Beispiel häufiger Auseinandersetzungen zwischen den «jungen Radikalen» und Corona-Leugner*innen unter den Parteimitgliedern, aber auch zwischen Mandatsträger*innen der Partei mit denen anderer Fraktionen. Verbreitet sei in den Reihen des LINKEN Nachwuchses bisweilen auch die «Akzeptanz des Schwarzen Blocks» (IP 3). «Da kommt man da eben nie zusammen, wenn man so etwas Gewaltverherrlichendes vertritt. Da ist die Schneide. Da vertreten viele ältere Linke, dass man da nicht mit Gewalt rangeht. Die Jungen suchen eher etwas Aufregendes» (ebd.). Diese Beispiele verweisen auf eine anscheinend zunehmende Wirksamkeit von Cleavages rund um Fragen der Glaubwürdigkeit und von Vertrauen und auf eine sich radikalisierende Haltung zur Abwehr autoritärer Strömungen bzw. zugunsten des Erhalts demokratischer Strukturen.

Betrachtet man die Politikfelder, die im Rahmen des innerparteilichen Generationenkonflikts auf der lokalen Ebene zusätzlich zu Kontroversen führen, dann fällt auf: Diese sind identisch mit denen, die auch die öf-

fentlichkeitswirksamen Grundsatzdebatten in der Parteispitze der LINKEN in den vergangenen Jahren bestimmt haben, nämlich Krieg und Frieden sowie soziale Gerechtigkeit (vgl. Kapitel 3.1: Wahrnehmung der Parteispitzen).

Insgesamt wirken sich die ausgedünnte Mitgliederstruktur der Partei und die damit verringerten Kapazitäten zur Vermittlung ihrer Inhalte negativ auf ihre öffentliche Sichtbarkeit aus. Mit zunehmender Alterung der aktiven Parteianhänger*innen nimmt auch der Vernetzungsgrad ab und in der Folge die Verankerung vor Ort. Zahlreiche Aktive sind aufgrund ihres Alters weniger mobil und die zeitlichen Kapazitäten der Jüngeren sind wegen ihrer Vollzeitjobs und familialer Verpflichtungen begrenzt. Die «Communities» sind vielerorts so klein, dass es an personellen Ressourcen fehlt, um etwa ein Straßenfest oder eine Nachbarschaftsveranstaltung zu organisieren.

Exkurs

Junge Radikale verstärken konkurrierenden Politikstil

Die personelle Zusammensetzung zahlreicher Gemeindevertretungen und Stadträte wandelt sich aufgrund der Erfolge rechter Parteien oder freier Wählervereinigungen. Folgen sind ein allgemeiner Rechtsruck sowie eine verstärkte Polarisierung der Debatten. Dort, wo die etablierten Parteien oder die «neuen» Kräfte den Dialog verweigern, nehmen Politikblockaden zu, da keine Mehrheiten mehr herstellbar sind. Schließen sich zum Zweck der Mehrheitsbildung in die eine oder andere Richtung neue Allianzen zusammen, kann dies wiederum die Konflikthaftigkeit erhöhen, weil damit häufig eine weitere Polarisierung einhergeht.

Ein parteiinterner Faktor, der die verhandlungsdemokratisch angelegten Entscheidungsfindungsprozesse auf kommunaler Ebene tendenziell schwächt, hat mit dem innerhalb der LINKEN stattfindenden Generationenwechsel zu tun (vgl. Kapitel 3.3). Das auf Interessenausgleich zugunsten der Sacharbeit ausgelegte konkordante Politikverständnis, das in der LINKEN auf kommunaler Ebene lange Zeit vorherrschte, wird von den jüngeren Mitgliedern und Mandatsträger*innen immer weniger geteilt. Etlichen Gesprächspartner*innen zufolge vertreten jüngere Parteimitglieder tendenziell radikalere Standpunkte als die älteren Genoss*innen und sind weniger bereit, Kompromisse einzugehen – vor allem gegenüber der erstarkenden Rechten oder gegenüber Corona-Leugner*innen. Dies kann wiederum als Reaktion auf den Wandel des Parteiensystems verstanden werden und vor dem Hintergrund eingeordnet werden, dass bestimmte gesellschaftliche Konfliktlinien (Demokratisierung vs. Autoritarismus und Glaubwürdigkeit vs. Misstrauen) an Bedeutung gewinnen.

Politische Polarisierungsprozesse und der Generationenkonflikt in der LINKEN begünstigen also eine Verschiebung hin zu einem eher konkurrenzdemokra-

tischen Politikstil auf kommunaler Ebene. LINKE Akteure erachten es in der Regel als Notwendigkeit, «rote Linien» aufzuzeigen, um einer weiteren Diskursverschiebung nach rechts entgegenzuwirken. Mit Blick auf den Generationenkonflikt wird hier angenommen, dass es nach einer Phase der konstatierten «Politik(er)verdrossenheit» den jüngeren unter den aktiv Engagierten ein Anliegen ist, sich klarer von solchen politischen Kräften (etablierten wie diffusen und rechten) abzugrenzen, deren Politik als zu einvernehmlich, lediglich reaktiv oder den Status quo verteidigend wahrgenommen wird oder gar (das betrifft insbesondere eindeutig rechte Gruppierungen) als menschenverachtend und demokratiefeindlich (u. a. K1, K6).

Dass es im Zuge dieser Entwicklungen in den Fraktionen und Parteien seltener zu einem einheitlichen Abstimmungsverhalten kommt, wird von Teilen der kommunalpolitischen LINKEN als eine Zwangsläufigkeit akzeptiert, von anderen für die Politikentwicklung und die eigene Partei als abträglich eingestuft.

Mitgliederpflege und -gewinnung

Die Mitgliederpflege erfolgt überwiegend über eine direkte Ansprache der Mitglieder. Mancherorts werden sie zu den Versammlungen der Basisorganisation alle persönlich eingeladen, entweder digital oder auf dem Postweg. Auch zu Anlässen wie dem Internationalen Frauentag oder Weihnachten werden fast überall (personalisierte) Grußkarten und Rundbriefe versandt. Zu den Geburtstagen und in Trauerfällen versenden Kreisvorstand oder Kreisgeschäftsstelle persönliche Grüße oder Kondolenzkarten. Die Ortsverbände nehmen Ehrungen zu runden Geburtstagen vor. In einigen Kommunen und Kreisen finden neben jährlichen Mitgliedertreffen alle zwei Jahre Neumitgliedertreffen statt. Es wird dazu persönlich eingeladen.

Da in vielen Ortsgruppen der Altersdurchschnitt recht hoch ist, fanden seit Beginn der COVID-19-Pandemie vielerorts keine Treffen mehr statt. Die Nutzung von digitalen Kommunikationsformaten (Video-Konferenzsoftware) war für viele Ältere (trotz etlicher Ausnahmen) in der Regel nicht realisierbar, weil es an technischem Know-how und zum Teil auch an der benötigten technischen Ausstattung fehlte.

Die seit dem Frühjahr 2020 geltenden Kontaktbeschränkungen dürften sich auch erschwerend auf die Neugewinnung von Mitgliedern ausgewirkt haben. Denn die Aktivierung und Einbindung von Sympathisant*innen und solchen Menschen, die bereits aufgeschlossen gegenüber linkspolitischen Ansätzen sind, gelingt nach Auskunft der Befragten dann am besten, wenn man mit ihnen direkt ins Gespräch kommt. Maßgeblich seien persönliche Kontakte und Netzwerke. Grundsätzlich hänge die erfolgreiche Aktivierung von Menschen für ein linkes Engagement in der Kommune vom Grad der lokalen Verankerung der Partei, ihrer Wahrnehmbarkeit (als «Kümmerer» mit Problemlösungskompetenz) und der Anschlussfähigkeit ihrer Ansätze und Initiativen ab.

Ein Ergebnis der Befragung ist, dass es (mit einer Ausnahme) in allen untersuchten Orten an Strategien fehlt, um Menschen für eine aktive Mitarbeit in der Partei zu gewinnen und Aktive zu binden. Ein Austausch über den Erhalt oder den Ausbau der Mitgliederbasis findet in den Orts- und Kreisverbänden nur sehr selten statt. Es würden zwar (in kleinem Kreis) Überlegungen zu diesen Fragen angestellt, jedoch ohne Auswirkungen auf die Praxis. Aus einem der untersuchten Kreise wird berichtet, man beschäftige sich schon seit Langem mit diesen virulenten Fragestellungen und es habe auch einen Mitgliederbeauftragten gegeben. Aber man habe erkannt, dass es die «eierlegende Wollmilchsau» (IP 7) nicht gebe. Stattdessen seien zielgruppenspezifische Ansätze zu entwickeln, zugeschnitten auf die Ressourcen vor Ort. Andere Interviewpartner*innen können sich nicht daran erinnern, dass es jemals Bemühungen gab, Parteieintritte gezielt zu fördern oder langjährig aktive Sympathisant*innen darauf anzusprechen, warum sie nicht Mitglied der LINKEN werden (u. a. IP 2, IP 9). Vermutet wird, dass sich parteilos Engagierte zwar mit den kommunalpolitischen Aktivitäten der LINKEN vor Ort identifizieren, nicht aber mit der Bundespartei im Ganzen.

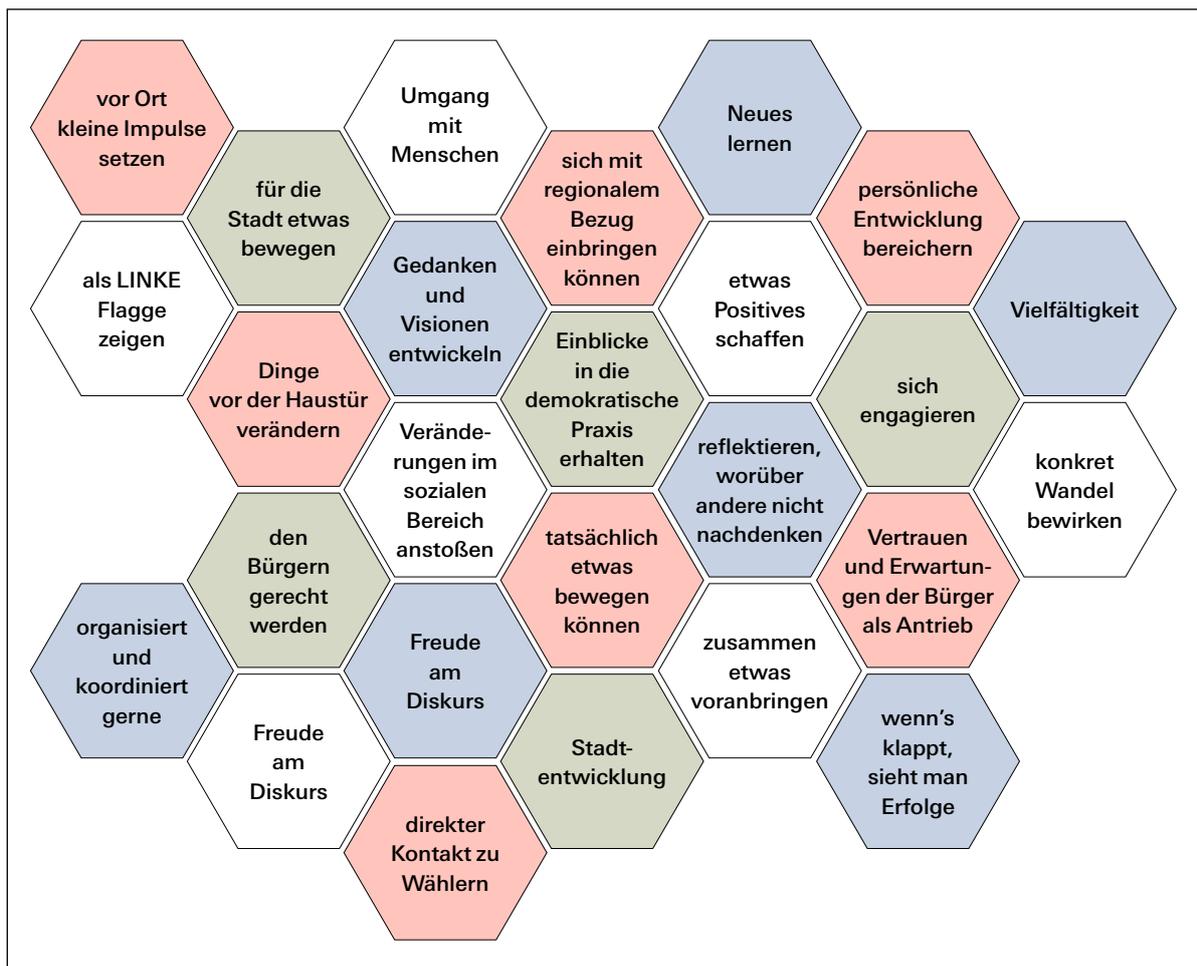
An manchen Orten gründen Ortsgruppen und Kreisverbände Vereine, um zum Beispiel mit Aktivitäten wie «Fußball gegen Rassismus» gerade unter jungen Leuten das Interesse für politisches Engagement zu wecken. Dies geschieht unter anderem aus der Überlegung heraus, dass allein der monatliche Austausch mit überwiegend älteren Parteigenoss*innen für die meisten jungen Menschen wenig attraktiv erscheint. In einer der untersuchten Gemeinden «kamen die letzten jungen fünf, sechs Menschen alle von alleine» zur Partei (IP 10). Dies scheint jedoch die absolute Ausnahme zu sein. Generell besteht Konsens darüber, dass das proaktive Zugehen auf Menschen wichtig ist, um neue Mitstreiter*innen und Mitglieder zu gewinnen (K1–K8).

Motivation für kommunales Engagement und Frustrationserfahrungen

Für das kommunalpolitische Engagement bei der LINKEN werden ganz unterschiedliche Motivationen angeführt. Häufig hat der biografische oder professionelle Hintergrund eine ausschlaggebende Bedeutung. Abbildung I veranschaulicht die Gründe, die in den Interviews genannt wurden.

Unter den Interviewpartner*innen gibt es den Rentner, der dazu beitragen wollte, dass «wir als LINKE hier irgendwann wieder den Bürgermeister stellen können, nachdem die SED nach der Wende auf vier Prozent geschrumpft war (anonym.)». Es gibt den Punk, der zunächst als «Alleinkämpfer» zur Gemeinderatswahl antrat, um dem Rechtsruck etwas entgegenzusetzen. Auch für einen ehemaligen Antifa-Aktivisten war der Aufschwung rechtsextremer Kräfte ausschlaggebend für sein kommunalpolitisches Engagement. Anderen LINKEN wurde es «in die Wiege gelegt» (u. a. IP 2, IP 4), ihre Eltern und Großeltern waren bereits linkspolitisch

Abbildung I: Motivationen für kommunalpolitisches Engagement in der LINKEN



Quelle: Auswertung der Interviews, eigene Darstellung IMU-Institut

aktiv. Eine «Westdeutsche» mit «grünem Background» engagierte sich zunächst in lokalen Betreuungs- und Bildungseinrichtungen und ist heute parteilos «auf LINKEM-Ticket» im Gemeinderat aktiv, um kleine sozial-ökologische Impulse zu setzen. Manche waren schlicht zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort: Ausschlaggebend für die erste Kommunalwahlkandidatur war in einem Fall die Suche der LINKEN vor Ort «nach einem jungen Gesicht für das Wahlplakat» (anonym.). Alle Befragten eint ihre enge Verbundenheit und hohe Identifizierung mit der Kommune, in der sie leben und sich engagieren, obwohl es sich bei rund einem Drittel der Aktiven um Zugezogene handelt. Man sei «sehr heimatverbunden – das ‹böse› Wort» (IP 5), wird augenzwinkernd erklärt (vgl. Kapitel 3.2: «Kleinklima des Vertrauens»).

Als besonders frustrierend wird die Umsetzung von Gesetzen erlebt, «für die man nichts kann – wie jetzt zu Corona-Zeiten» (IP 2). Außerdem frustriert die jahrelange Verzögerung der Umsetzung von Projekten aufgrund überbordender Bürokratie. Man benötige einen langen Atem, so die einhellige Überzeugung der Befragten des Samples. Und um langfristig motiviert dabeizubleiben, brauche es eine sehr hohe Frustrati-

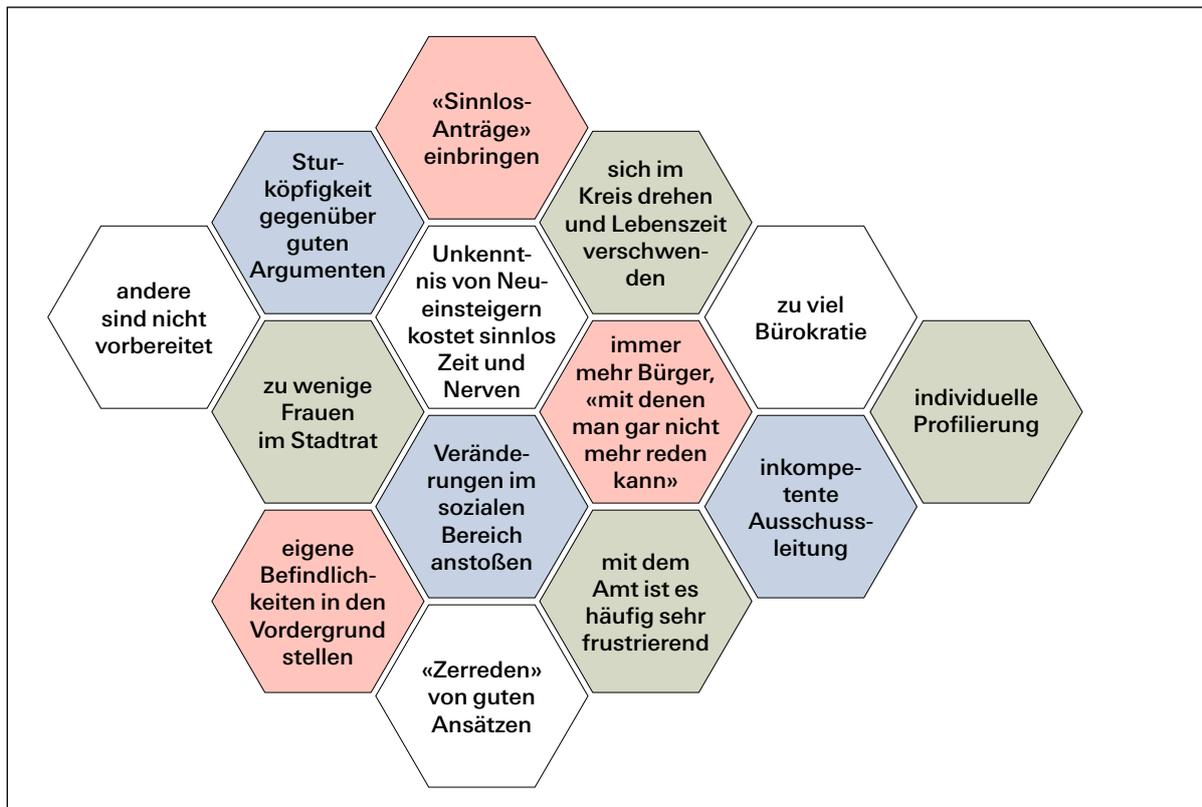
onstoleranz, denn oftmals könnten nur «ganz, ganz kleine Impulse» (IP 16) gesetzt werden und der anstoßbare Wandel reiche zumeist nicht über die Mikroebene hinaus.

Beruflich stammen die im Rahmen dieser Untersuchung befragten Engagierten überwiegend aus dem sozialen Bereich. Etliche nahmen im Anschluss an ihr Studium eine Tätigkeit innerhalb der Parteistrukturen auf (vgl. Abbildung III). Eine erwerbsmäßige Beschäftigung bei der LINKEN hat aus Sicht der Befragten zum Beispiel den Vorteil, über größere zeitliche Ressourcen und mehr Flexibilität zu verfügen, um politisches Engagement mit Lohnarbeit verbinden zu können. Auch der stetere Kommunikationsfluss zwischen den Organisationsebenen wird als positiv hervorgehoben. Als nachteilig könne sich eine hauptamtliche Tätigkeit dann erweisen, wenn sie nach dem Motto «Wes Brot ich ess’, des Lied ich sing’» (IP 4) die gestalterische Neuerungskraft der Mitglieder ausbremse.

Gründe für den Parteibeitritt

Auch die Gründe für den Beitritt zur Partei DIE LINKE variieren. Von jenen, die sich für den Beitritt entschieden, wird dafür ein «hoher Gebrauchswert der Partei

Abbildung II: Frustrationen im kommunalpolitischen Engagement in der LINKEN

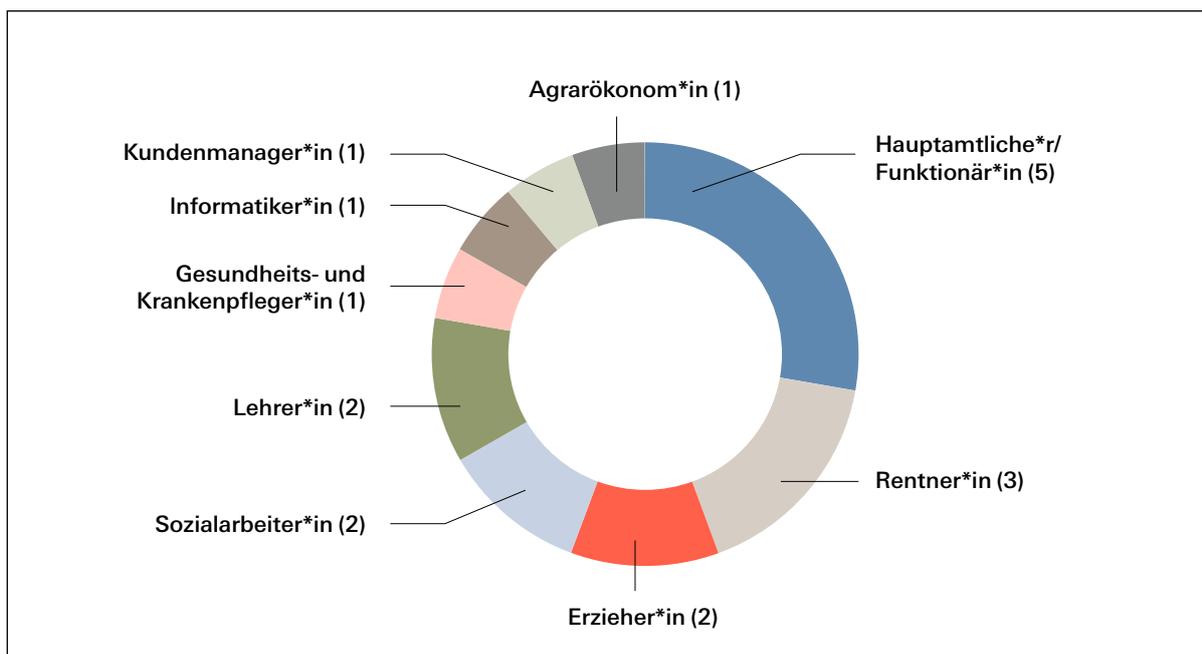


Quelle: Auswertung der Interviews, eigene Darstellung IMU-Institut

im Alltag» (IP 14) angegeben. Ältere erzählen, von Anfang an dabei gewesen zu sein. Typisch dafür ist die folgende Aussage: «Ich war bereits in der FDJ und später dann in der SED tätig und bin dann dabei geblieben» (anonym.). Im Mittelzentrum einer Strukturwandlungsregion ist ein Mitte 30-jähriger «Rückkehrer» der Partei beigetreten: Er war lange schon Sympathisant und wollte sich nun vor Ort engagieren. In einer Indus-

triebranche (anonym.). Im Mittelzentrum einer Strukturwandlungsregion ist ein Mitte 30-jähriger «Rückkehrer» der Partei beigetreten: Er war lange schon Sympathisant und wollte sich nun vor Ort engagieren. In einer Indus-

Abbildung III: Beruflicher Hintergrund der Interviewpartner*innen



Quelle: eigene Darstellung IMU-Institut

triestadt fand ein heutiger Stadtverordneter seinen Weg zur LINKEN über die Initiative für ein Waldbad. Andere kamen über ihr Engagement im kulturellen Bereich oder in der Jugend- und Bildungsarbeit zur Partei. Auch der Wunsch, einen Jugendclub aufzubauen, um «vor Ort konkret was zu verbessern», kann bei jungen Menschen den Ausschlag geben. Nachdem die betreffende Person zunächst als sachkundige Einwohnerin aktiv geworden war, trat sie schließlich der Partei bei, weil deren wohnungspolitische Standpunkte sie überzeugten. Andere begründen ihre Mitgliedschaft damit, innerhalb einer Subkultur links sozialisiert worden zu sein und sich für sozial benachteiligte Gruppen einsetzen zu wollen. Als Beitrittsgrund angegeben wird auch, Anliegen wie «Barrierefreiheit, Tier- und Naturschutz und Frieden» (IP 15) mehr Nachdruck verleihen zu wollen.

Ein größerer «Schub jüngerer Leute» (IP 8) kam in den vergangenen Jahren im Zuge der Zuwanderungsdebatten und der Auseinandersetzungen um die Flüchtlingspolitik 2015/16 sowie angesichts des gesellschaftlichen Rechtsrucks zur LINKEN (vgl. Exkurs «Junge Radikale»).

Frauen in der Kommunalpolitik

Die Frage der Stärkung von Frauen in der (Kommunal-) Politik würde vornehmlich auf der Bundesebene reflektiert. Explizit auf die Aktivierung von Frauen zu fokussieren, wird aufgrund der ausgedünnten Mitgliederbasis eher als «Luxusproblem» (IP 9) betrachtet. Es gilt als Konsens unter den meisten Befragten, dass bei der Mitgliedergewinnung eine geschlechtsunabhängige Ansprache vorherrsche.

Allerdings ist allen Befragten bewusst, dass das kommunalpolitische Ehrenamt im Allgemeinen zu nicht gerade familienfreundlichen Zeiten gestemmt werden muss. Dies erschwere eine «Aktivierung» von Frauen, da sie neben ihrer Berufstätigkeit zumeist den größeren Anteil der Care-Arbeit übernehmen. Vereinzelt wird das spezifische Engagement von Frauen insofern reflektiert, als dass überlegt wird, wer von den Mitgliedern und Kandidat*innen am besten für welche Themen und Inhalte zuständig sein soll und diese am erfolgreichsten vertreten (und verhandeln) kann.

Grundsätzlich gilt für die Wahllisten der LINKEN, dass sie paritätisch besetzt werden sollen, um eine gleichberechtigte politische Teilhabe der Geschlechter zu befördern. In den untersuchten Städten und Gemeinden war dies überall dort der Fall, wo der Frauenanteil unter den Kandidat*innen dafür ausreichte. Insofern der Fraktionsvorsitz weiblich besetzt ist, erhält die Fraktionsvorsitzende den ersten Listenplatz. In einigen Städten und Gemeinden ist die Erstellung einer paritätisch besetzten Liste «wirklich überhaupt gar kein Problem, hier sind's sogar eher mehr Frauen als Männer» (IP 2). Manchen Ortsverbänden war es bei den vergangenen Kommunalwahlen allerdings nicht mehr möglich, eine ausgeglichene Liste aufzustellen, weil sich zu wenige Frauen zu einer Kandidatur bereiterklärt

hatten und grundsätzlich sehr wenige Frauen in den LINKEN Strukturen vertreten sind.

Generell aber würden «alle gebraucht» (IP 6) – auch LGBTQ*: Je diverser die Listen und die Mitgliedschaft seien, desto mehr Perspektiven könnten eingebracht werden. Dies sei auch wichtig, um «möglichst ganz viele Denkmodelle zu haben» (ebd.) und dementsprechend ganz unterschiedliche Bevölkerungsgruppen (als Wähler*innen) erreichen zu können.

Arbeitsaufwand

Der weit überwiegende Teil der kommunalpolitisch aktiv engagierten LINKEN und parteilosen Mandatsträger*innen und Sympathisant*innen (im Schnitt ein Drittel aller Mitglieder vor Ort) nimmt mehrere Ehrenämter und Funktionen parallel wahr. Aber, so einer der Befragten: «Es macht Spaß und so wie ich es mache, schaffe ich es ja – ich komme dann eben mal eine halbe Stunde zu spät» (IP 2). Zusätzlich zum Engagement für DIE LINKE sind zahlreiche Interviewpartner*innen auch noch in lokalen Vereinen und Verbänden aktiv, zum Beispiel als Vorsitzender eines Jugendclubs oder als Leiterin des Schwimmunterrichts der Geflüchteten-Initiative.

Andere jedoch sprechen von einem Zeit- und Ressourcenproblem: Die Tätigkeit in Gemeinde- oder Stadtrat an sich sei bereits «ein Job neben dem Job, den man Vollzeit ausfüllen kann – man muss wissen, wofür man es macht» (IP 15). Termine, Antragsvorbereitungen oder Recherchen für Beschlussvorlagen seien «ein großer Kraftakt, der nur mit viel Selbstdisziplin und Überzeugung dafür, dass man das Richtige macht» (ebd.), gemeistert werden könne. Die Arbeitsbelastung schwankt über das Jahr, auch in Abhängigkeit von den zu bearbeitenden Themen. Phasenweise sei sie extrem hoch, sodass häufig die späten Abendstunden oder die Wochenenden dafür erhalten müssten. Nur aufgrund der Unterstützung durch Familienangehörige und des Freundeskreises sei das Engagement leistbar. Über das Jahr betrachtet entspreche ihr kommunalpolitisches Ehrenamt in etwa dem Umfang einer halben Stelle, schätzen die Interviewpartner*innen (übereinstimmend). Besonders wichtig sei es darum, innerhalb der Teams vor Ort aufeinander zu achten und einander zu entlasten (durch Delegation von Aufgaben etc.), wenn Mitglieder phasenweise anderweitig eingebunden sind (Job, Familie etc.).

Belastungserfahrungen

Viele engagierte Linke werden im Zusammenhang mit ihrem Engagement zur Zielscheibe von verbalen und streckenweise auch tätlichen Angriffen, die als sehr belastend erlebt werden, darunter «Schmutzkampagnen» (IP 14) und Anwürfe vonseiten der politischen Gegner. In Wahlkampfzeiten würden diese an Intensität und Quantität zunehmen. Berichtet wurde beispielsweise von einer «Schmutzkampagne gegen zwei junge Leute» (IP 5), die mit 18 Jahren als Parteilose zur Kommunalwahl für DIE LINKE antraten und aufgrund

öffentlicher, massiv durch die CDU betriebener Diskreditierung medial demontiert worden seien. Als relativ junge Phänomene werden (Social-Media-)Trolle und Fake-News-Vorwürfe (in einem Fall vonseiten der SPD und der GRÜNEN) eingeordnet.

In Städten und Gemeinden, wo es bis vor einigen Jahren massive Auseinandersetzungen mit der rechten Szene gab, waren zerstoche Reifen und direkte Bedrohungen gegenüber Menschen, die der LINKEN zugeordnet wurden, keine Seltenheit (u. a. IP 2). Und während Post von Reichsbürgern im privaten Briefkasten als vergleichsweise harmlos eingestuft wird, muss sich ein Teil der Befragten auch heute noch vor der als weiterhin hoch eingestuften Gewaltbereitschaft lokaler Neonazigruppen in Acht nehmen. Engagement in der LINKEN wird aufgrund der Angst vor Übergriffen mitunter gänzlich verschwiegen. Manche Parteimitglieder sowie Sympathisant*innen agieren deswegen überwiegend nur noch außerhalb der Öffentlichkeit. Versammlungen der Basisorganisation werden nicht (mehr) öffentlich annonciert und Treffen finden sicherheitshalber in privaten Räumlichkeiten statt (IP 16).

Auch deshalb, weil mancherorts nach wie vor die Gefahr bestehe, «auf die Schnauze zu kriegen» (IP 12), wenn man sich als links bekennt, habe es DIE LINKE auf dem Lande schwerer, Kandidat*innen zu finden. Menschen zogen ihre Kandidatur zurück, nachdem sie bedroht worden waren. Es wurde mehrfach berichtet, dass Sympathisant*innen ein offenes Engagement ablehnten oder bereits Engagierte einen Parteieintritt aufgrund des Risikos scheuen, mit einem öffentlichen Bekenntnis zur Partei zur Zielscheibe von «Troll-Armeen» und rechten oder gar rechtsextremen Kräften zu werden.

Handlungsempfehlungen

Den folgenden Vorschlägen, wie die Mitgliederbindung und -gewinnung auf der lokalen Ebene gestärkt werden kann, liegt die Überlegung zugrunde, dass es sich bei den überwiegend ehrenamtlich in den Kommunen tätigen LINKEN um die Basis der Partei und damit um ihr «Aushängeschild» handelt. DIE LINKE in den Städten und Gemeinden fungiert als erste Ansprechpartnerin für die Bürger*innen und stellt für sie die (häufig einzige) direkte Verbindung zu Politik und Politiker*innen her. Die überwiegende Mehrheit der Befragten fühlt sich in dieser Rolle vonseiten der Parteiorganisation und -spitze nicht ausreichend wertgeschätzt und hat diverse Unterstützungsbedarfe artikuliert: Sie reichen von der Erreichbarkeit parteipolitischer Gremien und Weiterbildungsstätten über die Vermittlung zwischen den Generationen und divergierenden politischen Positionen bis hin zur Forderung, Schutz- und Begegnungsräume für von rechter Gewalt und Bedrohungen Betroffene zu schaffen.

Gremienstruktur regional und lokal erhalten

Über den Kreisverband würde mancherorts seit Langem darauf hingewiesen, dass sie vor Ort mehr Unterstützung über die Geschäftsstellen von Landtagsab-

geordneten hinaus (IP 4) bräuchten. Überlegungen, Gremieneinzugsgebiete zu erweitern, wird mit Skepsis begegnet: Viele der Kreise sind bereits sehr groß. Würden beispielsweise Gremientreffen dann noch zentralisierter durchgeführt, werden «große Probleme [erwartet], was die Parteiarbeit vor Ort angeht» (IP 8), auch wegen der aufgrund der Altersstruktur abnehmenden Mobilität. «Wir sehen ja schon, dass es bei Kreis-Mitgliederversammlungen immer weniger wird. [...] [Aber] wenn wir sichtbar sein wollen, dann können wir das nur an der Basis sein – und nicht woanders» (ebd.).

Mitgliederbindung durch Wertschätzung und Aufwertung der Basisarbeit

Verbreitet ist die Wahrnehmung, dass es auf Landesebene «geföhlt gar keinen Wunsch gibt, Kommunalpolitik überhaupt noch vorkommen zu lassen» (IP 14). Es gebe etwa keine «Kaderperspektivplanung» (ebd.), um erfahrene Kommunalpolitiker*innen in den Landesvorstand zu holen. Gewünscht wird eine innerparteilich stärkere Anerkennung der kommunalpolitisch engagierten Parteimitglieder: Bislang erfahre die Arbeit der Aktiven in den Kommunen und Kreisen keine ausreichende Würdigung. Und es besteht darüber hinaus vielerorts der Wunsch, dass «einfach häufiger mal nachgefragt wird» (IP 4).

Weiterhin sollten die Parteistrukturen eine stärkere finanzielle Unterstützung sicherstellen, «um Flyer nicht aus eigener Tasche finanzieren zu müssen und nicht bei jeder Broschüre, die wir drucken, ein Jahr lang wegen 500 Euro den Kreisvorstand überzeugen, betteln und hinterherrennen und innerparteiliche Auseinandersetzungen führen» zu müssen (IP 14). «Das ist eine der schlimmsten Sachen: Da innerparteilich immer eher keine Förderung zu bekommen. Manchmal [werden] einem sogar Steine in den Weg gelegt [...], weil Leute davon nicht überzeugt sind, die es gar nicht beurteilen können. Nur wir vor Ort wissen, ob wir jetzt gerade diese Broschüre oder diesen Flyer brauchen. Das weiß keiner, der im Nachbarort sitzt» (IP 18). Es solle nicht der Eindruck entstehen, dass es mehr Kraft kostet, den eigenen Genoss*innen zu vermitteln, was warum passieren soll, als den Bürger*innen.

(Intergenerationeller) Diskurs zu Kontroversen über Grundpositionen der LINKEN

Zudem erscheint es mit Blick auf die zukünftige Mitgliederentwicklung als zentral, die Verständigung zwischen den Generationen zu verbessern, indem für den innerparteilichen Diskurs «Brücken gebaut» sowie Wissens- und Erfahrungstransfers gefördert werden. Für diesen intergenerationellen Austausch bedarf es moderierter Diskussionen und entsprechender Räume. Um das gegenseitige Verständnis zu stärken, erscheint es sinnvoll, dass die verschiedenen Gruppen nachvollziehen können, wie die inhaltlich zum Teil recht konträren Überzeugungen und Grundhaltungen zu maßgeblichen Konflikten unserer Zeit zustande kommen. Dafür sind die unterschiedlichen sozialen und histori-

schen Prägungen sowie Erfahrungen zu berücksichtigen. Häufig scheitern Vermittlungsversuche zwischen verschiedenen Grundpositionen auch an dem Fehlen einer gemeinsamen Sprache. Die hier benötigten «Übersetzungsleistungen» könnten unter Umständen von einer externen Moderation im Rahmen mediativer Prozesse erbracht werden.

Um die Zugänge und Motive des (älteren und jüngeren, radikaleren oder gemäßigeren) Gegenübers besser zu verstehen und innerparteilichen Dissens in fruchtbare Auseinandersetzungen zu überführen, könnte ein Format wie das der Wochenzeitung *Die Zeit*, «Deutschland spricht», zielführend sein. Es wurde 2018 mit dem Grimme Online Award ausgezeichnet und ist als Reaktion auf die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung und diverse Diskursverschiebungen entwickelt worden. In der Begründung der Jury hieß es dazu: «Mit ihrer Aktion «Deutschland spricht» hat sich die Redaktion von «Zeit Online» über die Grenzen des Journalismus hinaus mitten in die Gesellschaft hineingewagt. In einer Zeit, in der politische Diskussionen zunehmend von Gereiztheit, Ab- und Ausgrenzung geprägt sind, war diese Kontaktbörse gegensätzlicher Standpunkte durchaus ein Wagnis. Viele der mehreren Hundert von der Redaktion vermittelten Gespräche sind im Verborgenen geblieben und manche wurden wohl auch abgebrochen. Doch die dokumentierten Dialoge illustrieren eine oft anrührende Bereitschaft zuzuhören, zu argumentieren und die eigene Position zumindest in einen gemeinsamen Raum der Optionen zu stellen. [...] Insgesamt beweist das Experiment, dass das Gespräch mit Andersdenkenden zwar Mut erfordert, aber möglich und oft auch fruchtbar ist.» Das Format diene «der Demokratie [...] durch die Bereitstellung einer exemplarischen Plattform für einen offenen, zivilgesellschaftlichen Diskurs» (Grimme Online Award 2019).

Für das Format wurden Menschen, die sich vorher nicht kannten, mittels eines Algorithmus ermittelt und für ein Gespräch zusammengebracht. Die Teilnehmer*innen beantworteten vorab fünf (kontroverse) Fragen und wurden jeweils mit einer Person aus ihrer Nähe gematcht, deren Antwortmuster dem eigenen möglichst diametral entgegenstand. Anschließend fanden Online- oder Offlinetreffen statt, bei denen die Beteiligten Gelegenheit hatten, sich über ihre Standpunkte auszutauschen und inhaltliche Annäherungspunkte zu eruieren. Vorstellbar wäre eine Erweiterung eines solchen Formats etwa um die Kategorie Alter oder seine Übertragung auf Gruppen im Rahmen angeleiteter Workshops.

Mitgliedergewinnung

DIE LINKE hat viele Sympathisant*innen, die aus verschiedenen Gründen jedoch kein Parteimitglied sind. Diese könnten häufiger, als dies bisher der Fall ist, «direkt und scherzhaft» (IP 3) angesprochen werden, ob für sie ein Parteieintritt infrage kommt. Eine aktive Mitgliederwerbung gelingt besser, wenn themenspezifisch

Angebote geschaffen werden, die den Gebrauchswert der Partei verdeutlichen. Dort, wo Gentrifizierung und Verdrängung drohen, sollte DIE LINKE zum Beispiel Mieterinitiativen unterstützen. Vor allem, wenn die GRÜNEN vor Ort nicht präsent sind, kann die Vernetzung mit einem lokalen Umweltnetzwerk lohnen.

Ausschlaggebend ist die Präsenz LINKER in Initiativen und Vereinen, um Anknüpfungspunkte für linkes Engagement aufzuzeigen oder sie aktiv zu schaffen. So ließen sich Aktionsradien und die Anschlussfähigkeit linker Ideen und Projekte für möglichst viele Interessierte vergrößern. Auch die Wege für linkes Engagement und Ehrenamt in der Kommunalpolitik könnten klarer aufgezeigt werden.

Die Befragten erkannten Potenziale für die Mobilisierung von Sympathisant*innen auf ganz verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Strukturen, die weit über die Parteiorganisation hinausreichen. Schließlich sei «links sein ja eine Weltanschauung, eine Haltung, die insbesondere einige sehr humanistische Positionen umfasst» (IP 18). Diese ließe sich quer durch alle Lebensbereiche finden:

- im örtlichen Parteibüro der LINKEN, im Kreisverband oder innerhalb des sehr aktiven Ortsverbands;
- in selbstverwalteten Zentren mit Infoläden und bei linksalternativen Gruppen;
- unter Initiator*innen solidarischer Wohn- oder Gartenbauprojekte;
- in Sportvereinen, Kulturstätten, Frauenzentren oder Repair-Cafés;
- bei Bündnissen und Netzwerken gegen Fremdenfeindlichkeit und für Demokratie;
- in christlichen Gemeinden und unter Gewerkschafter*innen.

Bildung und Weiterbildung

Nahezu alle Befragten nutzen die Bildungs- und Weiterbildungsangebote der Partei, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Kommunalpolitischen Foren, wo sie häufig auch Mitglied sind. Die Bildungsangebote werden überwiegend als nützlich erachtet. Vor allem zur Zeit der Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik seien die Kommunalpolitischen Foren als Ratgeber sehr hilfreich gewesen (IP 2, IP 3 u.a.m.). Auch wenn sich in der Bauordnung etwas geändert hatte oder als die Kita-Gesetze neu geschrieben wurden, seien von den Kommunalpolitischen Foren gute Weiterbildungsangebote unterbreitet worden. Viele Fraktionsvorsitzende nutzten das Angebot der mehrwöchigen Fortbildung der Kommunalpolitischen Foren, um ihre Rollen besser ausfüllen zu können.

Vielen erscheint das Angebot insgesamt zu umfangreich und schwer zu sondieren, es besteht der Wunsch nach stärkerer Fokussierung. Die Teilnahme an Veranstaltungen zentraler Weiterbildungsstandorte der LINKEN (wie etwa Landeshauptstadt Potsdam) sei zudem unter der Woche nach Feierabend oder an den Wochenenden für viele Aktive (insbesondere Frauen) kaum einzurichten. Die Wege seien zu weit.

Als zielführend wird erachtet, Ansprechpartner*innen für Schulungen etc. vor Ort zu haben (beispielsweise beim Kreisverband) und über sie je nach Bedarf verschiedene Bildungsformate in den Kommunen anbieten zu können. Begrüßt werden vermehrt barrierearme Angebote. Die Teilnahmequote der ehrenamtlich Aktiven LINKEN ließe sich gezielt erhöhen, indem Angebote vor Ort gestärkt und um (zentrale) digitale Lösungen und Weiterbildungsangebote in Bereichen wie effektives Zeitmanagement oder Medienkompetenzen ergänzt würden.

Unterstützungsstrukturen für Betroffene von Bedrohungen und Gewalt schaffen

Es wird empfohlen, solche Kommunen, in denen linke Politiker*innen und humanistisch überzeugte Unterstützer*innen massiven Bedrohungen durch (gewaltbereite) Rechtsextreme ausgesetzt sind, mit unbürokratischen Maßnahmen zu unterstützen. Insbesondere die direkt Betroffenen bedürfen konkreter Hilfen. Vorstellbar sind die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle und die Schaltung einer Hotline, um psychologischen und juristischen Beistand zu leisten.

Zur Entfaltung linker Ansätze ist in Kommunen, in denen bereits ein «rechter Mainstream» vorherrscht, nicht allein und vielleicht nicht einmal in erster Linie die Wahrnehmbarkeit der LINKEN ausschlaggebend. Stattdessen könnte zunächst die Aufrechterhaltung oder Schaffung linker Infrastrukturen, wie einer Begegnungsstätte, im Fokus stehen. Damit humanistische Überzeugungen und linke Positionen in den lokalen Diskussionen (überhaupt) vorkommen, könnten (insofern ein offenes Agieren ausgeschlossen wird) Taktiken des «Guerilla-Marketing» (bspw. im Rahmen überraschender oder künstlerischer Straßenaktionen, ggf. in Kooperation mit Künstler*innen oder Aktivist*innen) zur Anwendung gelangen. Außerdem kann ein Akteurs-Mapping dabei helfen, in den Kommunen Verbündete für den Kampf gegen Gewalt und Hass zu identifizieren. Lässt sich eine «Allianz gegen rechts» oder ein «Bündnis für Demokratie» schmieden, können gemeinsame Angebote zur Sensibilisierung der Bürger*innen für die Werte von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit unterbreitet werden.

Die Partei, die Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie weitere potenziell unterstützende Institutionen und Einzelpersonen sind gefordert, aktive LINKE im Falle der Behinderung ihrer Arbeit oder gar von direkten Bedrohungen oder Angriffen zu unterstützen. Bereits entwickelte Ansätze und Strategien sollten auf ihre Wahrnehmbarkeit hin geprüft werden, da sie von den Befragten nicht zitiert und dementsprechend (noch nicht) in Anspruch genommen wurden. Gegebenenfalls ist hierfür ein gesondert ausgewiesenes Budget erforderlich. Dafür sollten personelle wie finanzielle Ressourcen gebündelt werden. Darüber hinaus erscheint es sinnvoll, dass sich die Partei ein flächendeckendes Lagebild verschafft. Es sollten Bedrohungen und Angriffe gegen LINKE sowie parteilos Aktive und

Sympathisant*innen in den Kommunen im Rahmen einer Befragung erfasst und Hotspots identifiziert werden. Außerdem sollten Übergriffe und Bedrohungen und deren Entwicklungen systematischer dokumentiert werden. Als Kooperationspartner für ein solches (bundesweit anzulegendes) Unterfangen kommen Einrichtungen wie der Weiße Ring oder das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin (apabiz) infrage.

3.4 THEMENSPEKTRUM UND POLITISCHES AGENDA SETTING

Sich zivilgesellschaftlich formierende (Protest-)Initiativen, «Stammtischgespräche» in der Kneipe, «Tratsch und Klatsch» beim Friseur, die lokalen Medien und die Vereins- und Verbändelandschaft dominierende Themen sowie die Anliegen, mit denen sich Bürger*innen an Mandatsträger*innen wenden, geben Hinweise und Anregungen für das politische Agenda Setting auf kommunaler Ebene. Es gilt, diese Anliegen aufzugreifen und adäquat zu adressieren. Über Themen wie «gerechte Kita-Beiträge» oder «gerechte Mieten» vermittelt sich jungen Alleinerziehenden oder von Gentrifizierung betroffenen Senior*innen, wofür DIE LINKE steht. Dies gelingt über die Präsenz von LINKEN in politischen Vertretungen wie dem Gemeinderat und Kreistag und über eine darüber hinausreichende gute Vernetzung sowie Verankerung in zivilgesellschaftlichen Verbänden und Initiativen. Um mehrheitsfähig zu werden und linkspolitische Ansätze umsetzen zu können, bedarf es wiederum kooperativen Handelns und inhaltlicher Anschlussfähigkeit.

Themenfindung

Ideengeber für politische Initiativen der LINKEN auf kommunaler Ebene sind häufig die Fraktionsmitglieder. Vielerorts finden die Versammlungen der Basisorganisationen der Partei monatlich bis quartalsweise statt. Dort werden Themen eingebracht und zur Diskussion gestellt. Der interne Kommunikationsfluss ist zumeist über die räumliche Nähe und die Mehrfachfunktionen, die aktive LINKE auf kommunaler und auf Kreisebene innehaben, sichergestellt (vgl. Kapitel 3.3: Mitgliederentwicklung und Arbeitsaufwand). So ist zum Beispiel in einer Kommune der LINKE Stadtrat zugleich Vorsitzender des LINKEN Ortsverbandes und an den Treffen der Ortsgruppe nehmen auch weitere Stadtratsabgeordnete teil. Das vereinfacht den Austausch zwischen Fraktion und Partei vor Ort. Ein weiteres Beispiel: Die Bornaer OB ist zugleich Fraktionsvorsitzende im Kreistag, darüber hinaus sind zwei der Stadträtinnen im Kreisvorstand engagiert. Ähnlich ist es beim Fraktionsvorsitzenden der LINKEN aus Finsterwalde: Auch er ist Mitglied im dortigen Kreisvorstand und kommissarischer Kreisgeschäftsführer. Die Verbindung von lokaler und regionaler Politikebene bringt weitere inhaltliche Anforderungen mit sich. Im Kreistag «sind's ganz andere Themen» (IP3), sodass der Wissenstransfer auf kommunaler Ebene häufig mit

Übersetzungsleistungen einhergehen muss, weil «jede Stadt andere, spezifische Probleme hat» (ebd.). Stellt DIE LINKE eine*n OB, erfolgt über die Basisorganisation hinaus eine Rückkopplung mit der Fraktion über geplante Anträge oder Projekte.

In einem Fall erstellt der Fraktionsvorsitzende des Kreistages zusätzlich regelmäßig einen Newsletter, um die dem Kreis zugehörigen Ortsgruppen auf dem Laufenden zu halten. Teilweise sind WhatsApp-Gruppen eingerichtet, um den direkten Kommunikationsfluss sicherzustellen. Es bestehen fraktionsinterne Gruppen und Kommunikationskanäle für Sympathisant*innen sowie die Parteibasis. Darüber hinaus bemühen sich einige Kreisvorsitzende, die AG Kommunalpolitik überörtlich wiederzubeleben und so ein regional einheitlicheres Vorgehen für das Agenda Setting zu organisieren. Bedarf besteht zum Beispiel, sich zwischen der Kreisebene und den Kommunen über den Umgang mit AfD-Anträgen auszutauschen. Verwiesen wird in diesem Zusammenhang auf die bestehende Kommunaldatenbank der LINKEN, in die bundesweit (Muster-)Anträge eingespeist werden können. Eine «zentrale Sammelstelle» zu haben sei gut – allerdings würde die Plattform bislang kaum genutzt (IP 15).

Themenpalette

Die Palette (links-)politisch relevanter Themen auf kommunaler Ebene ist breit gefächert. Inhaltliche Akzentuierungen spiegeln häufig auch regionale Spezifika der Städte und Gemeinden, sind also eng verknüpft mit der Lage und Größe einer Kommune. Ausschlaggebend sind darüber hinaus vor Ort wirkende Dynamiken wie der demografische Wandel, die wirtschaftliche Standortstruktur oder auch das kulturelle Erbe. Die Kommunen sind teilweise durch gegensätzliche Entwicklungen gekennzeichnet, was bedeutet, dass sich Zugänge und Perspektiven auf ein Thema ebenso voneinander unterscheiden wie die zu ihrer Bearbeitung gewählten Ansätze. Die Antworten auf die in den Interviews gestellte Frage nach derzeit die Kommunalpolitik bestimmenden Themen geben Hinweise auf die aktuellen Herausforderungen, vor denen die Partei DIE LINKE und ihre Vertreter*innen stehen.

Deutlich wurde im Rahmen der Erhebungen für die vorliegende Studie ein insgesamt verstärkter Fokus auf die Themenfelder Jugend und Soziales. Der Fokus auf Soziales scheint häufig auch vor dem biografischen Hintergrund der Mandatsträger*innen zu bestehen: beruflich oder durch selbst erprobte Diskriminierung oder Bedrohungen. Im Bereich der Zuwanderung und Flüchtlingsaufnahme beschreiben sich viele LINKE als kommunalpolitische «Vorreiter» (IP 1). In vielen Kommunen sind die Barrierefreiheit im Zuge von Sanierungs- und Stadtumbaumaßnahmen und (anstehende) Gemeindegebietsreformen außerdem zunehmend relevante Themen, mit denen sich Mandatsträger*innen der LINKEN befassen.

Originär kommunalpolitische Konzepte identifizieren

Bei der Daseinsvorsorge und Demokratisierung handelt es sich um originär kommunale Aufgaben: Dies kommt im Konzept der kommunalen Selbstverwaltung und der Vorstellung der Kommunen als «Schulen der Demokratie» (Bogumil/Holtkamp 2006: 5) zum Ausdruck. Bemerkenswert ist, dass die Befragten diese Konzepte und Begriffe kaum nutzen und auch nicht in einen Zusammenhang mit den von ihnen initiierten (spezifisch) linken Initiativen, Projekten oder Ansätzen (zur Mobilisierung) bringen. Nur in Ausnahmen wird argumentativ überhaupt darauf Bezug genommen (vgl. Abbildung V: Politikerfolge der LINKEN auf kommunaler Ebene).

Dies verwundert mit Blick auf den Begriff der Daseinsvorsorge deshalb, weil die Interviewten auf die Frage nach dem Wesenskern der LINKEN mehrheitlich kapitalismuskritisch antworteten. Sie gaben an, die zentrale Aufgabe der LINKEN bestehe in Reformen der kapitalistischen Wirtschaftsweise und dem Einsatz für die gleichberechtigte Teilhabe sozial Benachteiligter. Was jedoch weitgehend ausbleibt, ist, daraus Bezüge zu konkreten Auseinandersetzungen in den Betrieben herzustellen oder zu Forderungen nach mehr demokratischer Kontrolle der Preisgestaltung bei Wohnen, Wärme, Strom und Wasser oder dem Thema des gleichberechtigten Zugangs zu Informationen (Stichwort: digitale Infrastruktur) mit Blick auf kommunale Unternehmungen oder eine bessere Gesundheitsversorgung für alle (z. B. durch die Förderung von Polikliniken).

Obwohl die Frage demokratischer Konsolidierung häufig dem Markenkern der Partei DIE LINKE zugeordnet wird, kam das Thema Demokratisierung in den Interviews, wenn es um die Mobilisierung und die Herstellung von Mehrheiten für linke Politik ging, kaum zur Sprache. Stattdessen überwiegt bei den Befragten eine skeptische Haltung gegenüber den Möglichkeiten, die demokratische Teilhabe von Bürger*innen auszuweiten, unter anderem mit Bezugnahme auf die anstehende Reform der brandenburgischen Kommunalverfassung und unter Verweis auf die zeitlich zusätzlich aufzubringenden Ressourcen – es werden stattdessen unter anderem mögliche Verzögerungen in Aushandlungsprozessen befürchtet (vgl. Kapitel 3.2).

Transfer LINKER Grundpositionen auf die kommunale Ebene

Generell messen die Interviewten den inhaltlichen Diskursen der LINKEN auf Landes- und Bundesebene eine eher geringe Relevanz für die politische Themensetzung oder Strategiebildung der kommunalen Basisorganisationen und Fraktionen bei. Eine Aussage wie die, dass landes- und bundespolitische Trends «überhaupt keine Rolle [spielen], das ist hier völlig fern» (IP 17), verweist darauf, dass von einer kohärenten, vertikal wie horizontal integrierten Politikentwicklung innerhalb der LINKEN nicht allorten ausgegangen werden kann: «Es kommt hier wenig an! [...] Die

Informationen, was im Landtag passiert, was wir den Bürgern hier verkaufen könnten – kommt nicht an» (IP 4). Demgegenüber besteht in einigen Kommunen der Anspruch, argumentativ an globale Themen (Globalisierung des Wirtschaftens, Energiewende, Digitalisierung, demografischer Wandel etc.) anzudocken und sie entlang linker Grundpositionen kommunalpolitisch aufzubereiten – «und das verstehen die Leute dann natürlich auch» (IP 3).

Gefragt nach den drei wichtigsten Konfliktlinien unserer Zeit, benannten die Gesprächspartner*innen

am häufigsten Migration, den Klimawandel und den Rechtsruck, häufig subsumiert unter den Extremen Krieg und Frieden (vgl. Abbildung IV). Für die sich vergrößernde Schere zwischen Arm und Reich sowie die zunehmende Vulnerabilität der demokratischen Systeme wird das als ungerecht empfundene kapitalistische Wirtschaftssystem als ursächlich erachtet. Die kapitalistischen Strukturen gefährden nach Ansicht der Befragten den sozialen Frieden und die globale Sicherheitsarchitektur. Die Corona-Pandemie würde die bestehenden Konfliktlinien weiter vertiefen.

Abbildung IV: Die wichtigsten Konfliktlinien unserer Zeit



Quelle: eigene Darstellung IMU-Institut

Während die Befragten überwiegend die Einschätzung teilen, dass die von ihnen benannten Themen in der Programmatik der LINKEN angemessen behandelt werden, äußerten sie sich skeptischer in Bezug auf die Außenwahrnehmung. So würden der LINKEN ihrer Auffassung nach häufig bestimmte inhaltliche Kompetenzen etwa im Bereich der Ökologie abgesprochen. Zwar würde sie weiterhin als Partei für soziale Gerechtigkeit wahrgenommen – den Status als «Kümmerer» aber habe DIE LINKE (zumindest in Ostdeutschland) mittlerweile eingebüßt (vgl. Kapitel 3.1 und 3.2). Befragt nach ihrer Einschätzung, ob sich die von ihnen aufgezählten globalen Konflikte auf kommunaler Ebene vermitteln und bearbeiten lassen, wurden zwei Positionen deutlich: Rund die Hälfte der Interviewten verneinte beides, die andere Hälfte bejahte beides und konnte sofort Beispiele aus der Praxis anführen.

Der überwiegende Anteil der Befragten war der Ansicht, die Reflexion der betreffenden Themen auf der EU-, der Bundes- oder Landesebene spiele für die kommunalpolitische Themenfindung keine oder eine nur sehr untergeordnete Rolle und die dort entwickel-

ten Problemlösungsstrategien würden dementsprechend kaum Anknüpfungspunkte für ihre Arbeit bieten: «Große Themen spiegeln sich aus meiner Sicht eher weniger in der Kommunalpolitik» (anonym.), die Handlungs- und Gestaltungsspielräume seien unterhalb der Landes- und Bundesebene immer begrenzt. Besonders deutlich habe dies zuletzt die Corona-Pandemie gemacht. Die Kommunalpolitik sei im Wesentlichen darauf beschränkt gewesen, die Beschlüsse des Landes und Bundes umzusetzen und kommunikativ zu vermitteln. Es wurden jedoch auch einige lokale Maßnahmen genannt, die zur Reduzierung von Unsicherheit und zum Erhalt von Vertrauen in die Institutionen beigetragen haben dürften, darunter die Erstellung verständlicher Kurzfassungen von Verordnungen und ihre Verbreitung via Amtsblatt und kommunaler Social-Media-Kanäle. Von ebenso großer Bedeutung für die Bürger*innen war während der Lockdowns die Bereitschaft, den Menschen einfach zuzuhören und praktisch zu helfen: «Wir saßen mit heulenden Leuten hier im Rathaus, die ihre erkrankten Verwandten in einem anderen Bundesland nicht besuchen konnten» (IP 3).

Daraufhin sei die gesamte Verwaltung in Bewegung gesetzt worden, um eine Reise zu ermöglichen.

Programm und Programmatik der LINKEN treffen bei den Befragten allgemein auf eine hohe Zustimmung. DIE LINKE verfüge über viele gute Vorschläge, wie die gegenwärtig gesellschaftlich dominanten Konfliktlinien bearbeitet werden könnten. Das gelte zum Beispiel für den Klimawandel, aber auch für die Migrationspolitik. Allerdings würde DIE LINKE nur selten mit Themen des Natur- und Umweltschutzes oder nachhaltiger Landwirtschaft in Verbindung gebracht. Ähnlich sei es bei Initiativen der LINKEN, die für eine Demokratisierung des politischen Systems und der Gesellschaft eintreten. Nur selten gelinge es der Partei, sich auf diesem Feld zu profilieren, obwohl sie sich programmatisch starkmache für die Schaffung von weiterreichenden Beteiligungsstrukturen (Bürgerbudgets etc.) und für den Erhalt von demokratische Grundwerte vermittelnden Bildungseinrichtungen und Vereinen.

Andere Positionen seien wiederum noch nicht ganz ausgereift – aber in ihrer Bedeutung angemessen erfasst und adäquat berücksichtigt, heißt es mit Blick auf die «grünen Themen». Dies treffe etwa auf die im Zuge der Energiewende eingeleitete Dekarbonisierung zu: «Wir haben seit vielen Jahren versucht klarzumachen, dass die Klimafrage eine soziale Frage und die soziale Frage eine ökologische Frage ist und dass sich das nicht voneinander trennen lässt – das eine ist ohne das andere nicht zu denken und lässt sich nicht bewerkstelligen» (IP 15). Zugleich werde deutlich, dass sich diese Position der LINKEN kaum vermitteln lasse, wenn in Bergbauregionen die soziale Frage im Rahmen der Kampagnenplanung unberücksichtigt bleibe: «Alles sofort weg, das können wir hier in der Region gar nicht. Das geht nicht. [...] Also, wenn die hier so ein Plakat [für eine möglichst schnelle Schließung der Tagebaue] aufhängen würden – damit hilft uns keiner» (IP 2). Wichtiger sei stattdessen, die Forderung nach dem Erhalt von Arbeitsplätzen in der öffentlichen Auseinandersetzung starkzumachen und die Tradition der Bergleute ernst zu nehmen.

Mit Blick auf die außen- und sicherheitspolitische Positionierung ist für die Befragten überwiegend keine klare parteipolitische Linie erkennbar, außerdem würden Dichotomien – pro Russland vs. pro Ukraine oder pro Israel vs. pro Palästina – einer differenzierenden Auseinandersetzung entgegenstehen. Man mache «sich da manche Sachen zu einfach. Zum Beispiel in der heutigen Zeit zu sagen: Wir wollen die NATO nicht. Da fehlt mir manchmal das Fingerspitzengefühl. Wir wollen keinen Krieg. Aber wir haben ja nicht die Macht in der Bundesrepublik. Und wir müssen [deshalb] mit manchen Sachen richtig umgehen lernen» (IP 5).

Handlungsempfehlungen

Den komplexen globalen Herausforderungen lässt sich auf kommunaler Ebene «vor der Haustür» begegnen, wenn sie den Handlungsspielräumen von Städten und Gemeinden entsprechend «übersetzt» und somit ange-

messen bearbeitbar werden. Dies kann auch dazu beitragen, Wahrnehmungen des «In-die-Welt-Geworfen-Seins» etwas entgegenzusetzen und die Kommunen als Orte der Selbstverwaltung zu revitalisieren. Aber: Wie funktioniert LINKER Klimaschutz in der Kommune? Was bedeutet die Mobilitätswende aus Sicht LINKER für Städte und Gemeinden? Wie funktioniert Wirtschaftsdemokratie in kommunalen Unternehmungen? Und welche Herausforderungen ergeben sich auf kommunaler Ebene aus dem Gebot zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse?

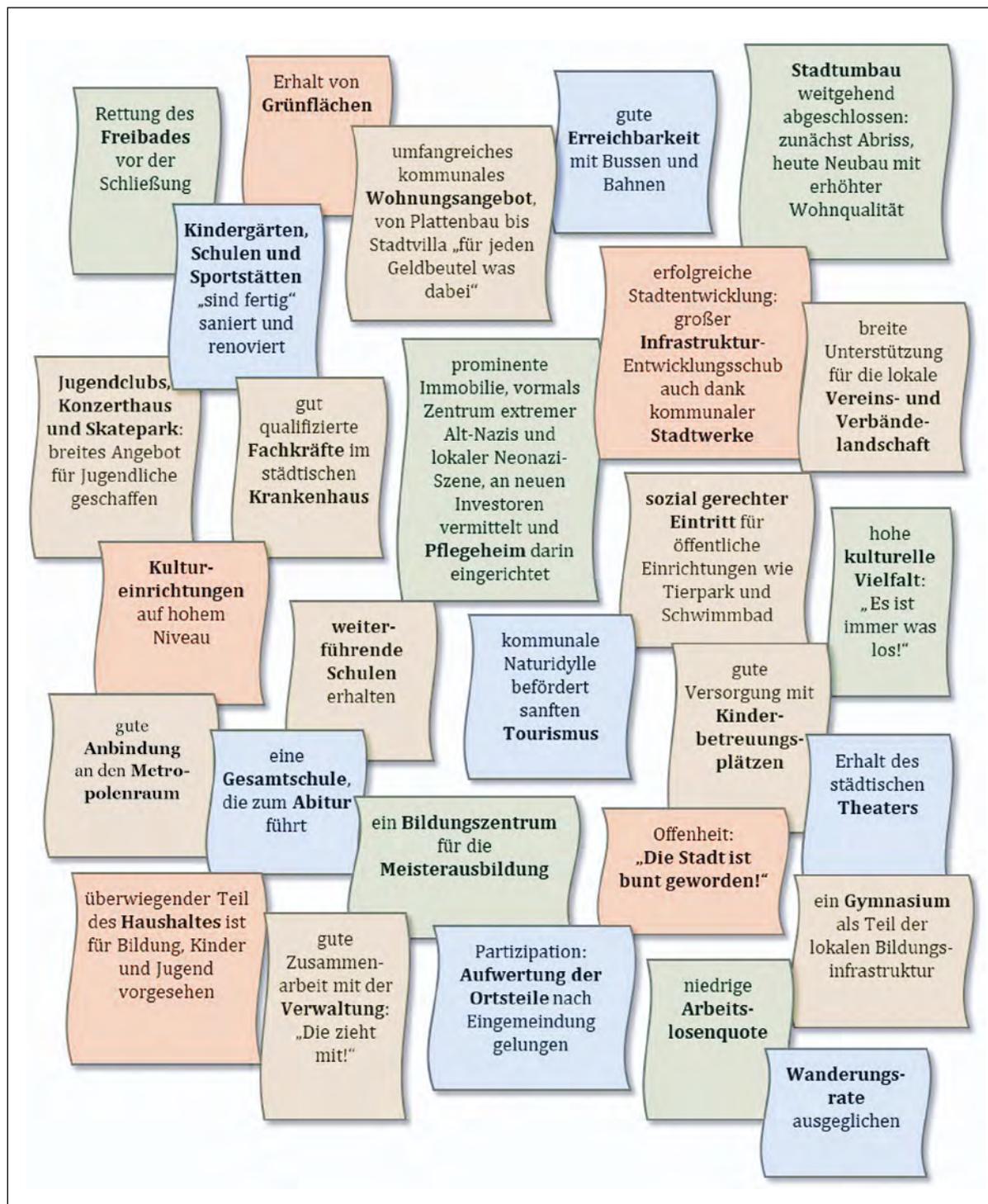
«Übersetzung» und Anschlussfähigkeit komplexer Herausforderungen

Welche Hilfestellungen materieller oder ideeller Art durch die Landesverbände und den Bundesverband der Partei dabei benötigt werden, um die großen gesellschaftlichen Diskussions- und Konfliktlinien auf kommunale Ebene herunterzubrechen und somit bearbeitbar zu machen, wird von Fall zu Fall durch die Akteure selbst zu entscheiden sein. Jede Kommune ist zwar regionalstrukturell typisierbar, in ihrer sozialstrukturellen und -räumlichen Ausprägung jedoch einzigartig – allein aufgrund dessen, weil jede Stadt und Gemeinde über ihre ganz eigene ortsspezifische Vergangenheit verfügt.

Auch die Zusammensetzung der Gemeindevertretung oder des Stadtrats variiert von Ort zu Ort. Ausschlaggebend sind nicht nur Stärke und Anzahl der jeweiligen Fraktionen. Es sind vor allem die Persönlichkeiten der Mandatsträger*innen, die den lokalen Politikstil und seine Verhandlungsmodi prägen. Neben formalen Unterschieden (so unterscheiden sich von Bundesland zu Bundesland etwa die Kommunalverfassungen, von Kommune zu Kommune die Hauptsatzungen oder die Verwaltungsorganisation in ihren Zuständigkeiten) wirken informelle Gepflogenheiten. Es kann deshalb keine «Blaupausen» oder ein «Rezeptbuch» für die erfolgreiche Entfaltung linker Politiken, Initiativen und Projekte geben.

LINKE Ansätze, Projekte und Initiativen müssen jedoch so konzipiert sein, dass sie neben den Parteimitgliedern sowohl die «Mosaiklinke» (Urban 2019) als auch unentschlossene Wähler*innen ansprechen und überzeugen. Wirkliche Anknüpfungs- und Bezugspunkte für diese verschiedenen Zielgruppen mit ihren jeweiligen Interessen und Ein-Punkt-Bewegungen werden sich nur dann ergeben, wenn linke Politik eine gewisse Kohärenz und Integrationsfähigkeit aufweist. Um dies zu gewährleisten und damit unter Berücksichtigung lokaler Besonderheiten (Traditionen, Befindlichkeiten, Bedürfnisse, Zugriffe und Perspektiven) LINKE Ansätze auf kommunaler Ebene Wirkung entfalten können, sollte deshalb verlässlich von den Grundpositionen der LINKEN (rund um einen normativen Nachhaltigkeitskern) ausgegangen werden. Nur so kann vertikale wie horizontale Anschlussfähigkeit hergestellt werden.

Abbildung V: Politikerfolge der LINKEN auf kommunaler Ebene



Quelle: Auswertung der Interviews, eigene Darstellung IMU-Institut

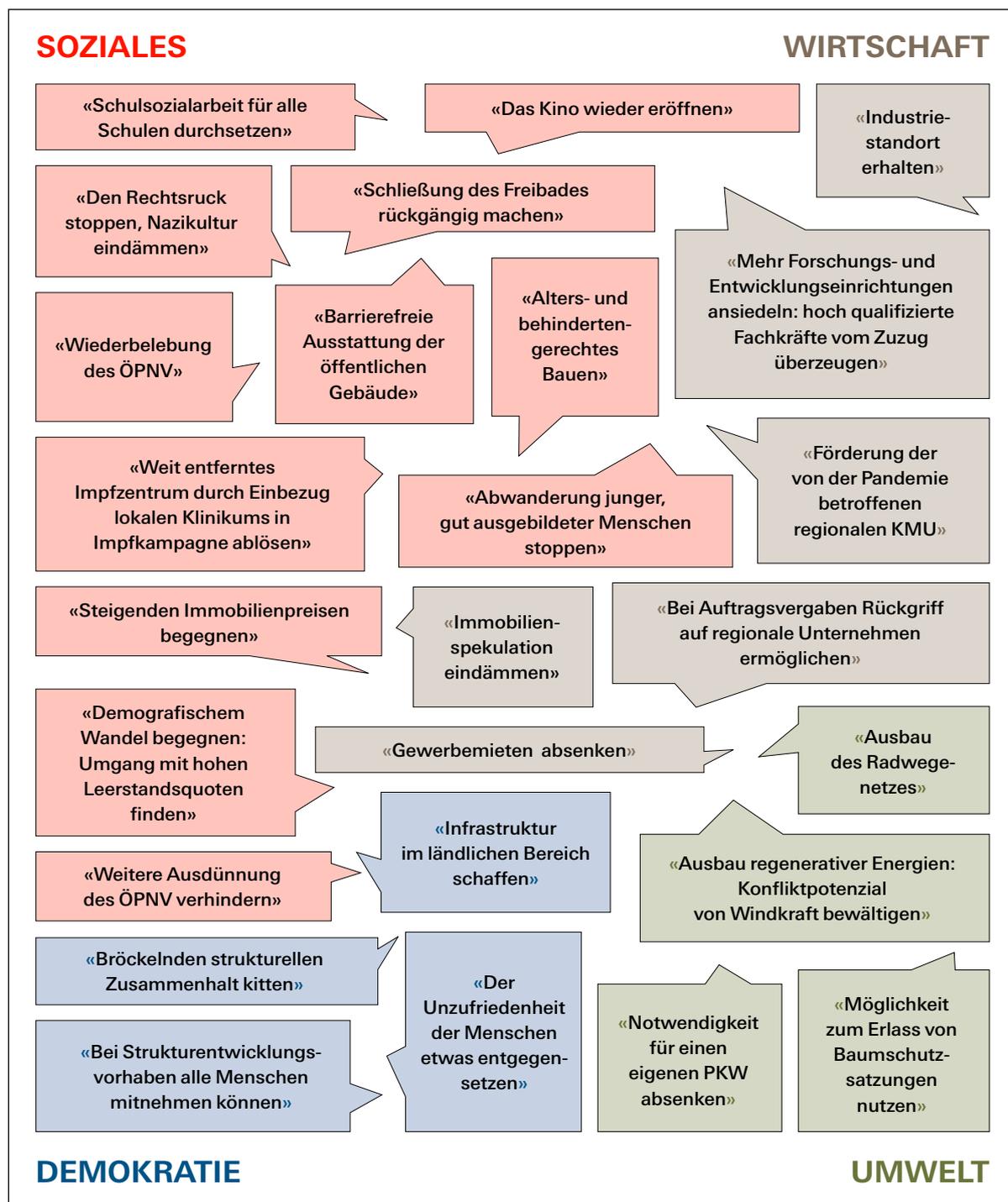
Kommune als relevante Politikarena wahrnehmen

Häufig wird der Handlungsspielraum auf kommunaler Ebene durch seine Wahrnehmung «als Appendix von Landes- und Bundespolitik» (anonym.) durch Vertreter*innen aus Landes- und Bundespolitik negiert, so die Wahrnehmung der befragten kommunalen Akteure. Ein Blick auf die lokalen Politikagenden der LINKEN in den Städten und Gemeinden verdeutlicht

jedoch, dass wenig Grund für diese negative Einschätzung besteht. Aus Sicht der Befragten ist die Liste der errungenen kommunalen Politikerfolge lang.

Die Übersicht zu den Politikzielen LINKER Akteure in den Kommunen (Abbildung VI) verdeutlicht überdies, in welche Richtung sich das parteipolitische Agenda Setting in den kommenden Jahren weiterentwickeln könnte.

Abbildung VI: Politikziele der LINKEN auf kommunaler Ebene



Quelle: Auswertung der Interviews, eigene Darstellung IMU-Institut

Zielstellung sollte sein, LINKE Ansätze als solche vor Ort sichtbar zu machen und das Agenda Setting vor Ort durch Aufwertung der kommunalen Ebene bei der Politikentwicklung voranzutreiben.

Bedarfsgerechte und spezifisch linke Politikangebote in den Kommunen

Es sind die lokalen LINKEN Akteure, die orientiert an klar definierten Zielsetzungen (vgl. Kapitel 3.1) auf der

regionalen und lokalen Ebene eigene Ansätze entwickeln und umsetzen müssen. Nur sie wissen um die örtlichen Befindlichkeiten, die lokalen Eigenarten und das historische Erbe bestimmter Regionen und sind deswegen in der Lage, die Mentalität der lokalen Bevölkerung ebenso wie die Erwartungen, Hoffnungen und Wünsche der Einwohner*innen richtig einzuschätzen. Sie sind es, die am besten die legislativen und administrativen Rahmenbedingungen kennen (sollten)

und daraus Entwicklungsperspektiven für den jeweiligen Kultur-, Sozial- und Wirtschaftsraum innerhalb des Landkreises, der Region usw. ableiten können.

So erhält DIE LINKE in einer im erweiterten Berliner Speckgürtel liegenden Gemeinde derzeit zum Beispiel viel Zustimmung für ihre Forderungen und Initiativen für den Erhalt des kommunalen Wohnungsbestands und eine Regulierung von Zuzug und Verdichtung. Agenda Setting gelingt der LINKEN hier, indem sie für bezahlbaren Wohnraum und für eine Mietpreisbremse mobilisiert. In Strukturwandelregionen wie der Lausitz wird mit Blick auf die Wohnungs- und Baupolitik demgegenüber um Ansätze gerungen, wie man Menschen zu einem Zu- bzw. Rückzug in die Region bewegen kann und wie Rückbaumaßnahmen von leer stehenden Wohnblocks so gestaltet werden können, dass der für die lokale Bevölkerung identitätsstiftende «Innenstadtcharakter» von Orten erhalten bleibt.

Auch der Umgang mit dem im Zuge von Energie- und Mobilitätswende stattfindenden Strukturwandel kann stark differieren: Während für LINKE Akteure aus industriell geprägten oder in Bergbauregionen gelegenen Kommunen der Erhalt und die Schaffung von Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten oder die Verbesserung der lokalen Infrastruktur die relevanteren politischen Fragestellungen sind, stehen andernorts der lokale Klimaschutzplan, die innerstädtische Verkehrswende und dementsprechend der Ausbau des Radwegenetzes oder die autofreie Innenstadt ganz oben auf der Agenda.

Originär kommunalpolitische Handlungsfelder gestalten

Die Bedeutung von Einrichtungen und Infrastrukturen der kommunalen Daseinsvorsorge – sowohl als lohnendes unternehmerisches Tätigkeitsfeld für Kommunen als auch mit Blick auf Aspekte der demokratischen Kontrolle und Souveränität der öffentlichen Hand – sollte von LINKEN Akteuren stärker als bisher herausgestellt und öffentlich kommuniziert werden. Dafür bieten die Fallstudien eine Reihe positiver Beispiele. So berichtet eine*r der befragten Kommunalpolitiker*innen: «Hätten wir die Stadtwerke damals verschertelt, dann wären wir wahrscheinlich heute nicht in der Lage, so viele freiwillige Aufgaben zu finanzieren» (IP 4). Die Stadt verfüge heute mit den Stadtwerken über einen eigenen Glasfaseranschluss-Anbieter, weshalb flächendeckend eine schnelle Internetversorgung gewährleistet sei. DIE LINKE habe Anfang der 2000er Jahre erfolgreich Widerstand gegen die Pläne des CDU-Bürgermeisters mobilisiert, die kommunalen Einrichtungen zu privatisieren.

Insgesamt hat das Thema Infrastrukturen der Daseinsvorsorge für LINKE hohes Potenzial und bietet zahlreiche Möglichkeiten, hier wirksame Initiativen zu ergreifen, die einem Großteil der lokalen Bevölkerung zugutekommen. Dies geschieht auch aufgrund der diesem Politikfeld inhärenten Aspekte der demokratischen Kontrolle (Stichworte: kommunale Selbstver-

waltung und Demokratisierung der Wirtschaft) und der bestehenden Möglichkeiten zur Preisgestaltung und Umverteilung erwirtschafteter Gewinne (Stichworte: Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse, Sicherung einer Grundversorgung auch für sozial Benachteiligte sowie Ausweitung des Leistungsspektrums freiwilliger kommunaler Aufgaben). Darüber hinaus bieten sich hier Anreize für eine intensivere interkommunale Zusammenarbeit: Eigene Ver- und Entsorgungswerke lohnen sich zumeist erst ab einer gewissen Gemeindegröße oder im Verbund mit anliegenden Kommunen. Eine übergreifende Zusammenarbeit besteht traditionell bislang zumeist nur im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung.

«Werkzeugkasten Kommunalpolitik»

Für die nachfolgend als Kernbestandteil eines «Werkzeugkastens Kommunalpolitik» skizzierten Ideen wird zurückgegriffen auf den Praxistransfer-Ansatz rund um das «strategische Quadrat» und die «strategischen Kreise» der LINKEN in der Gemeinde Wustermark. Sie hat erstmals 2018 dieses Konzept zur Entfaltung linker Initiativen in ihrer Basisorganisation und Fraktion praktisch erprobt. Die ursprünglich von Tobias Bank entwickelten Überlegungen und Instrumente wurden bereits auf Weiterbildungsveranstaltungen des brandenburgischen Kommunalpolitischen Forums als Modul «Den Erfolg in der Kommunalpolitik erhöhen» parteiintern vorgestellt. Hier soll der Ansatz in einer weiter bearbeiteten Fassung einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Der vorgeschlagene «Werkzeugkasten Kommunalpolitik» sollte sich aus folgenden Elementen zusammensetzen: ein Mehr-Ebenen-Diskursformat (vgl. Kapitel 3.1), ein lokales Wahlanalysetool (vgl. Kapitel 3.2) und ein Media-Kit (vgl. Kapitel 3.5) sowie eine zentrale Anlaufstelle für Menschen, die unter akuter Belastung oder Bedrohung leiden (vgl. Kapitel 3.3). Aus ihm könnten sich LINKE Akteure entsprechend bedienen, um linke Anliegen erfolgreich in politische Debatten und Aushandlungsprozesse einzubringen, dabei integrativ zu wirken und auf die Bedürfnisse ihrer Wähler*innen, Sympathisant*innen und der lokalen Bevölkerung einzugehen.

Strategisches Quadrat und strategische Kreise

Das «strategische Quadrat» besteht zu gleichen Teilen aus den vier Politikfeldern Demokratie, Soziales, Wirtschaft und Umwelt. Sie bilden die «Eckpfeiler» für die Erarbeitung linkspolitischer Ansätze (vgl. Abbildung VII). An diesen vier Feldern werden alle Überlegungen für mögliche politische Initiativen ausgerichtet, wobei sich jede beliebige politische Fragestellung innerhalb des Quadrates verorten lässt, je nach Fokus oder Umsetzungsperspektive.

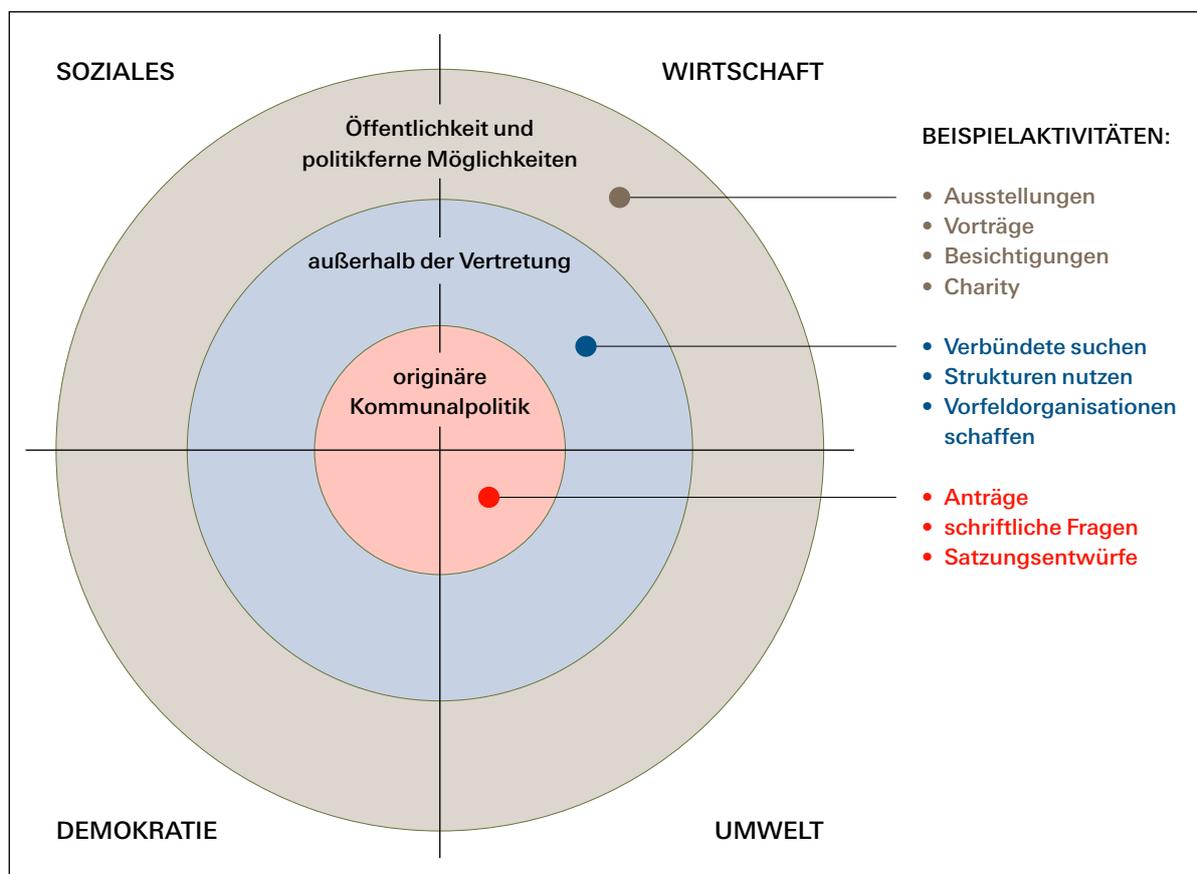
Soll das Thema Mobilität beispielsweise aus einer Umweltperspektive bearbeitet werden, so kommen innerhalb dieses Politikfeldes verschiedene Projekte für die Verkehrswende in Innenstädten in Betracht (eine

engere ÖPNV-Taktung, Smart Connectivity, die Einrichtung von verkehrsberuhigten Zonen, die Begrünung von Mittelstreifen etc.). Im Politikfeld Demokratie kann überlegt werden, welche Rolle kommunalen Unternehmen oder vor Ort ansässigen Betrieben bei der mitbestimmten Förderung von nachhaltiger Mobilität zukommen könnte. Sozialpolitisch kann Mobilität mit der Forderung nach gleichberechtigter Teilhabe und Initiativen für die Einführung eines Seniorentickets oder mehr Barrierefreiheit im ÖPNV verknüpft werden, während im Bereich der Wirtschaft um kostendeckende Mobilitätslösungen oder tarifgebundene Auftragsvergerungen werden kann. Zu fragen wäre außer-

dem, wie die in den kommunalen Haushalt fließenden Gewinne zugunsten der Verkehrswende verwendet werden könnten.

Über das «strategische Quadrat» legt das Modell drei Kreise. Sie symbolisieren den Aktionsradius der aktiven LINKEN auf kommunaler Ebene. Vom kleinsten Kreis im Inneren ausgehend, der stellvertretend für den durch die Kommunalverfassung abgesteckten Rahmen und die Position der Partei innerhalb der Gemeindevertretung oder des Stadtrates steht, wird sukzessive über den mittleren bis hin zum äußersten Kreis ausgegriffen, um linke Politikansätze zu entfalten, zu vermitteln und zu implementieren.

Abbildung VII: Strategisches Quadrat und strategische Kreise



Quelle: eigene Darstellung IMU-Institut nach einem Entwurf von Tobias Bank

Verdeutlichen lässt sich das Vorgehen wiederum anhand der Mobilitätsthematik im Politikfeld Umwelt: Der innerste erste Kreis bezieht sich auf den originären Handlungsspielraum von Kommunalpolitiker*innen, zu einem Thema aktiv zu werden. Er umfasst sämtliche Aufgabenbereiche von Mandatsträger*innen in Städten und Gemeinden sowie auf Kreisebene, wie das Stellen von Anträgen, die Formulierung schriftlicher Nachfragen etc. Das Bestreben kann sich daran orientieren, unterstützt durch Basisorganisation und Sympatisant*innen «alle Möglichkeiten [zu] nutzen, die die Kommunalverfassung hergibt», erläutert der LINKE Kommunalpolitiker Tobias Bank das Prinzip.

Der mittlere zweite Kreis stellt eine Erweiterung des Aktionsradius dar, um politisch zum Thema aktiv zu werden und sich dabei zusätzlicher «Sprachrohre» zu bedienen. Lokal engagierte LINKE werden beispielsweise in Netzwerken und Initiativen oder Beiräten aktiv, schmieden neue Allianzen und gewinnen außerhalb der kommunalpolitischen Gremien Bündnispartner, die als Multiplikatoren für ein bestimmtes Vorhaben (bspw. Antrag) wirken. Unter der Voraussetzung, dass ausreichend Kapazitäten vorhanden sind, können weitere Aktivitäten im «außerparlamentarischen Raum» in Betracht gezogen werden. Hier können linke Akteure gegebenenfalls selbst den Anstoß für die Gründung

einer Vorfeldorganisation geben, etwa in Form eines Umweltvereins oder einer Nachhaltigkeitsinitiative mit entsprechendem thematischen Fokus. Der Handlungsdruck erhöht sich für Entscheidungsträger*innen in dem Maße, wie das Problembewusstsein innerhalb der Bevölkerung für ein Anliegen wächst und je mehr Aktive als Multiplikator*innen wirken.

Mit dem äußersten dritten Kreis wird der Aktionsradius über den politischen Bereich hinaus ausgedehnt. Politische Anliegen werden «über Bande gespielt» zu künstlerischen, kulturellen oder eben gesamtgesellschaftlichen Anliegen. Zu fragen ist also, wie über die Politik hinaus im Themenfeld agiert und Einwohner*innen ein Angebot zur Mitgestaltung gemacht werden kann. «Wir wollen nicht nur darüber mitentscheiden, ob der Turm schwarz oder rot gestrichen wird. Sondern wir wollen darüber entscheiden, ob er gebaut wird. Und das machen wir eben [auch] außerhalb der Politik», formuliert Tobias Bank den Anspruch der LINKEN in Wustermark. Dies könne in der Praxis bedeuten, dass sich das Agenda Setting für eine verkehrsberuhigte Innenstadt am landesweiten Aktionstag «Fahrradinfrastruktur» in Veranstaltungen rund um das Thema Fahrradnutzung niederschlägt: vom Mitmach-Parcours bis hin zu einer offenen Werkstatt oder Kunstaktion. Zur Beteiligung werden frühzeitig alle mobilisierbaren Kooperationspartner und die Lokalpresse eingeladen.

Mit dem «strategischen Quadrat» und dem «Kreismodell» enthält der Werkzeugkasten somit zwei universell einsetzbare Instrumente, mit denen Schritt für Schritt und angepasst an die vorhandenen Ressourcen darüber reflektiert werden kann, wie wirksames Agenda Setting zur Entfaltung linkspolitischer Initiativen und Projekte aussehen kann.

Best Practices III

Support für Geflüchtete und demokratische Allianz in Wurzen

In der Zeit der verstärkten Fluchtbewegungen nach Deutschland ab 2015 gelang es der Partei in vielen Städten und Gemeinden, linke migrationspolitische Ansätze im Verbund mit der Kommunalpolitik und Verwaltung sowie sozialen, kirchlichen und anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen zu entfalten und umzusetzen. LINKE Grundpositionen und LINKES Engagement zeitigten damit sichtbare Auswirkungen vor Ort. Mit ihnen ließen sich sowohl die Friedensfrage als auch Fragen sozialer Gerechtigkeit und Solidarität adressieren.

In Wurzen gelang die Gründung einer Vorfeldorganisation, die in der demokratischen Bildungs- und Antirassismus-Arbeit tätig ist, ebenso wie die Etablierung eines starken Bündnisses gegen Fremdenfeindlichkeit. Seit November 2019 besteht ein Runder Tisch für Demokratie, Toleranz und Rechtsstaatlichkeit. Die Initiator*innen treten für ein respektvolles Miteinander und einen sachlichen Meinungsaustausch ein. Hass, Hetze und Gewalt sowie extremistische Umtriebe sol-

len in Wurzen nicht länger hingenommen werden. Oberbürgermeister Jörg Röglin, Politiker*innen von CDU, SPD, GRÜNEN und der LINKEN, Vertreter*innen der Kirchen, Bildungseinrichtungen, der Schulsozialarbeit, Vereine und Wohlfahrtsverbände, die Feuerwehr, einige Unternehmen und der Sächsische Richterverein beteiligen sich.

Alarmiert waren die Akteure vor allem durch eine Vielzahl gewalttätiger Übergriffe, Bedrohungen und verbaler Attacken auf Andersaussehende oder Andersdenkende, die einen eindeutig rechtsextremistischen Hintergrund hatten. Der Umgang im Stadtrat ist seit dem Einzug von AfD und Neues Forum für Wurzen deutlich rauer geworden. Ein «Riss» zieht sich durch die städtische Gesellschaft. Deshalb sind sich alle am Runden Tisch Beteiligten einig, dass es gelingen müsse, wieder zu mehr Respekt und Achtung zurückzufinden, damit Menschenwürde und Sicherheit für alle gewährleistet sind.

Für einen Praxistransfer in diesem Sinne ist das Netzwerk für Demokratische Kultur, mitgegründet von Jens Kretschmar, dem Kreisvorsitzenden der LINKEN in Westsachsen und dem Fraktionsvorsitzenden in Wurzen, von großer Bedeutung. Der Verein leistet in Wurzen einen wichtigen Beitrag zur demokratischen Bildung und zur Verständigung zwischen der schon länger ansässigen lokalen Bevölkerung und den nun im Ort lebenden Geflüchteten. Mit Unterstützung zahlreicher Bürger*innen gelingt es seit 2015, eine Kleiderkammer zu betreiben sowie Schwimmkurse und Unterstützung bei der Wohnungssuche für Migrant*innen anzubieten und eine dezentrale Unterbringung Asylsuchender in kommunalen Wohnungen sicherzustellen.¹⁵

Sozial-ökologische Transformation in Frankfurt (Oder) und Borna

Die Klimafrage spielt genauso wie die soziale Frage auf der kommunalen Ebene zunehmend eine wichtige Rolle. Städte wie Frankfurt (Oder) und Borna haben eine lokale Agenda zur Bekämpfung des Klimawandels verabschiedet, schaffen autofreie oder verkehrsberuhigte Zonen in Innenstädten und treiben den Radwegeausbau voran. Sie erhalten Grünanlagen oder werben Fördermittel für die energetische Gebäudesanierung ein. Gelingt es damit, den Feinstaubausstoß in verkehrsintensiven Zonen zu verringern und die Lebens- und Wohnqualität dadurch anzuheben, sind damit auch Aspekte der sozialen Frage berührt.

Vorfeldorganisation Mieterinitiative in Wustermark

Um 2010 erfolgte in Wustermark die Veräußerung der historischen Eisenbahnersiedlung aus dem Bundeseisenbahnvermögen an das Unternehmen Deutsche Wohnen. Seit 2015 steigen die Mietpreise dort konti-

¹⁵ Mehr Informationen finden sich im *Wurzener Extrablatt* unter: www.ndk-wurzen.de/downloads/wxb-2020-web.pdf.

nuierlich an, auch weil viele Wohnungen seitdem aus der Belegungs- und Förderbindung gefallen sind.

DIE LINKE brachte deshalb den Stein für den Aufbau einer Mieterinitiative für eine sozial gerechte Wohnungspolitik und eine Mietpreisbremse ins Rollen. Dazu Tobias Bank mit Blick auf das Modell des «strategischen Quadrats» und der «strategischen Kreise»: «Immer wenn irgendwo ein Problem war und wir gemerkt haben, wir kommen in der Gemeindevertretung nicht weiter, haben wir den größeren Kreis gewählt und [...] quasi außerparlamentarisch eine Vorfeldorganisation gegründet oder eine bestehende Initiative innerhalb unterstützt, um eben das Ziel mit außerparlamentarischen Mitteln zu erreichen.»

Sozialen Wohnraum zu sichern ist hier – innerhalb des Berliner Speckgürtels, wo viele Orte und Stadtteile ohnehin einem hohen Gentrifizierungsdruck ausgesetzt sind – eines der kommunalpolitischen Hauptthemen. Insbesondere auch deshalb, weil die Altersarmut überdurchschnittlich hoch ist und insgesamt ein Mangel an kleineren Wohnungen besteht: «Wenn unsere kommunal beschäftigten Erzieherinnen und Busfahrer oder der Friseurmeister sich hier keine Wohnungen mehr leisten können, dann stimmt irgendwas nicht.»

Um ihrer Forderung für den Erhalt und die Schaffung mehr sozialen Wohnraums Nachdruck zu verleihen, organisiert die Partei in Wustermark auch kulturelle Veranstaltungen, beispielsweise Lesungen mit externen Gästen.

3.5 VERMITTLUNG UND WAHRNEHMBARKEIT LINKER INITIATIVEN

Damit linke Initiativen und Ideen vermittelt und linkspolitische Ansätze erfolgreich entfaltet werden können, braucht es eine breite Vernetzung und stabile Verankerung in den Kommunen, genauso wie die Herstellung von Anknüpfungspunkten, eine Beteiligung an Debatten der lokalen Öffentlichkeit und die Wahrnehmbarkeit kommunaler Akteure der Partei als verlässliche Ansprechpartner*innen mit Problemlösungskompetenz. Die kommunalpolitisch aktive LINKE nutzt dafür neben der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen auch zahlreiche Instrumente der PR- und Öffentlichkeitsarbeit.

Vernetzung und Verankerung vor Ort

Um sich über neue Ideen und Pläne für linke Initiativen und Interventionen persönlich auszutauschen, werden häufig bereits bestehende Verbindungen genutzt. Zu Menschenrechtsvereinen und solchen, die der Demokratieförderung dienen, zu Frauenzentren, zur lokalen «Tafel» und zur Volkssolidarität besteht zumeist auch aufgrund personeller Überschneidungen ein «guter Draht». Hier fällt es meist leicht, für linke Anliegen zu sensibilisieren. Darüber hinaus arbeitet DIE LINKE in vielen Städten und Gemeinden mit lokalen Bündnissen gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit oder Initiativen gegen Kinderarmut zusammen. vielerorts be-

steht außerdem ein intensiver Kontakt zu den lokalen Jugendclubs und -zentren sowie zu Sportvereinen, wengleich DIE LINKE von den Letzteren nicht unbedingt als «natürlicher Partner» (IP 12) wahrgenommen werde: «Aber man kommt ins Gespräch und tauscht sich über bestimmte Beschlussvorlagen aus» (ebd.). Gemeinsam mit zahlreichen zivilgesellschaftlichen Vereinen und Initiativen engagieren sich LINKE gegenwärtig in vier von acht Kommunen für ein Waldbad (K1, K3, K4, K7). Mit den Gewerkschaften wird fast überall zur Ausrichtung der Feierlichkeiten am 1. Mai, teilweise auch darüber hinausgehend kooperiert (K1, K3, K4).

Vermehrt bestehen nach Auskunft der Befragten Mobilisierungspotenziale vor allem dann, wenn vor Ort neue Themen aufkommen: von der Erarbeitung eines städtischen Klimaschutz- oder Nutzungskonzepts für die neu errichtete Stadthalle über den (kommunalen) Betrieb von Windkraftanlagen bis hin zu Fragen der Fachkräftesicherung im Gesundheits- und Pflegebereich. Diese würden dann aufgegriffen und es würde Kontakt zu ehrenamtlich Engagierten im betreffenden Bereich gesucht: «Man spricht die Leute an und dann macht man was» (IP 2). Mit Blick auf den Strukturwandel und Überlegungen einer sozialökologischen Transformation könne zum Beispiel versucht werden, mehr Arbeiter*innen für die Mitarbeit in der LINKEN zu gewinnen. Allerdings hätten viele der Gewerkschafter*innen bereits ein «anderes Parteibuch» (IP 6, IP 9). Dennoch würde man eine Reihe von Zielen teilen, was gemeinsame Aktivitäten begünstigen würde.

Auch das Engagement im Technischen Hilfswerk oder bei der Freiwilligen Feuerwehr gilt als relevant (IP 1) – vor allem deshalb, weil die AfD auf diesem zivilgesellschaftlichen Terrain versuche «zu wildern» (IP 3). Bislang fehlten glücklicherweise häufig noch «die Taten» (ebd.).

Aktionen und Events

Das Ausmaß der lokalen Verankerung der LINKEN und in der Folge auch die Reichweite ihrer Arbeit stehen in einem engen Zusammenhang mit den personellen, aber auch mit den finanziellen Ressourcen der jeweiligen Ortsgruppen. Desto besser die Ressourcenausstattung, desto häufiger werden Aktionen durchgeführt oder Events organisiert, darunter ein buntes Potpourri von Initiativen und Aktivitäten:

- regelmäßiges Kochen an einem Stand auf dem Markt, um Bürger*innen «ein Schälchen Suppe» anzubieten und so mit ihnen ins Gespräch zu kommen;
- gemeinsames «Bürgerfrühstück»;
- Give-away-Aktionen zu spezifischen Anlässen: Beispielsweise werden am «Tag des Baumes», zu Ostern oder am Frauentag Handzettel mit themenspezifischen Positionen der LINKEN und dazu kleinere Geschenke wie ein Apfel, Schokolade oder eine Rose verteilt;
- Besuch der Beschäftigten und Pflegebedürftigen im örtlichen Pflegeheim zu Weihnachten;

- Mitmach-Aktionen wie der Bau eines Insektenhotels;
- Spendenaktionen für die lokalen Tafeln oder Schulkinder aus sozial benachteiligten Familien.

PR- und Öffentlichkeitsarbeit

Mit Blick auf die PR- und Öffentlichkeitsarbeit sei in den Kommunen «wirklich Luft nach oben» (IP 2). Dies ist eine Einschätzung, die von vielen Befragten geteilt wird. Während etwa für die Kommunalwahl 2019 in den Städten und Gemeinden mitunter sogar eigene Flyer und Plakate erstellt wurden, liefen außerhalb von Wahlkampfzeiten «wenig» (IP 4). Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit finden zumeist im Zusammenhang mit bestimmten Feiertagen und mit für die Partei und ihre Mitglieder bedeutsamen historischen Gedenktagen statt. Vielerorts organisiert DIE LINKE im Verbund mit Gewerkschaften und SPD etwa zum 1. Mai kleinere oder größere Stadtfeste. Der Tenor ist stets: «Was wir machen, klingt erstmal bescheiden – aber es ist schon was und wir sind noch da» (IP 11). Und generell habe man dabei «das Parteiabzeichen aber nicht um den Hals hängen» (IP 3).¹⁶

Nutzung von Printmaterialien und neuen Medien

Welche Medien für die Vermittlung politischer Anliegen genutzt werden und welche dafür, um Präsenz zu zeigen, hängt maßgeblich vom Altersdurchschnitt der Aktiven ab: In Kommunen mit einem höheren Altersdurchschnitt in der aktiven Mitgliedschaft wird häufig noch ein «Parteiblättchen» herausgegeben, während jüngere Ortsgruppen angaben, eine eigene kleine Zeitung zu erstellen, sei «zeitlich nicht zu schaffen» (IP 3). In einer der Kommunen wird etwa drei Mal jährlich ein Leporello erstellt, worin zum einen Veranstaltungen beworben werden (eine Veranstaltung zum Frauentag, eine Veranstaltung zum 1. Mai sowie ein Tanztee) und zum anderen alle kommunalpolitischen Anträge der Linksfraktion im Gemeinderat knapp zusammengefasst dargestellt werden: Die Auflage in Höhe von 1.000 Stück wird «im Vorbeigehen» verteilt und an öffentlichen Orten ausgelegt.

In Städten mit jüngeren Aktiven und mit zunehmender Gemeindegröße ist der Einsatz von Social-Media-Kommunikationskanälen verbreiteter. Dort wird zum Beispiel Facebook von den Fraktionen genutzt, um Tagesordnungspunkte, Entscheidungen und Begründungen für Abstimmungsverhalten der LINKEN öffentlich darzustellen (IP 3). Vereinzelt wird ein eigener YouTube-Channel unterhalten (IP 15). Ein weitgehend neues Format ist der Podcast, der unter anderem von OB Wilke in Frankfurt (Oder) angeboten wird.

Deutlich wurde im Zuge der Recherchen, dass für viele Ältere die Öffentlichkeitsarbeit bislang eine eher untergeordnete Rolle spielte. Jüngere Mitglieder betrachten sie verstärkt als Notwendigkeit. Abhängig von den jeweils präferierten Formaten sowie den zur Verfügung stehenden Ressourcen und den bevorzugten Zielgruppen fällt die Bewertung des Nutzens der jewei-

ligen Unternehmung oder des Einsatzes von Medien unterschiedlich aus (K1–K8): Während beispielsweise der «Marktstand» in einer Mittelstadt als effektivstes Mittel bewertet wird, um mit Bürger*innen ins Gespräch zu kommen und Feedback einzuholen, Präsenz zu zeigen und «Face-to-face-Kontakte» zu pflegen, wird er in einer vergleichbar großen Kommune als am wenigsten effizient eingestuft.

Häufig wurde angegeben, dass es neben den zeitlichen Ressourcen, die zur kontinuierlichen Pflege und Bestückung von Homepages und Social-Media-Accounts benötigt werden, auch an Inputs der überregionalen Parteiebene mangeln würde: «Ich würde DIE LINKE gerne besser verkaufen können, aber mir fehlen da Informationen: Was passiert im Bund, was passiert im Land [...] an Arbeit, was uns hier betrifft? [...] Warum schickt man denn nicht eine Information darüber, was im Landtag gemacht wurde, wenn es uns betrifft? Guckt mal, das hat unsere Fraktion für unsere Region bewirkt! Damit könnten wir das hier verkaufen in der Öffentlichkeit. Und wir könnten denen in der Landespolitik damit den Rücken stärken. Oder – und die Wahrnehmung habe ich – sie machen nichts für unsere Region» (IP 5).

Präsenz in den lokalen Medien

Es gibt Kommunen, in denen DIE LINKE über ein gutes und kooperatives Verhältnis zu den Redaktionen der lokalen Medien verfügt und wo sie die Berichterstattung als fair bewertet (u. a. IP 2, IP 16, IP 15). Andernorts werde überhaupt nicht über Aktivitäten der LINKEN berichtet (IP 4, IP 20). Besonders an jenen Orten, wo man sich vonseiten der LINKEN um eine stete Versorgung der Presse mit Informationen bemüht, wird beobachtet, dass die Berichterstattung oftmals davon abhängt, ob und inwieweit deren Redaktionen eine gewisse Offenheit für linke Positionen mitbringen. In einem Fall, so wurde zu Protokoll gegeben, habe der Chefredakteurswechsel dazu geführt, «dass wir von heute auf morgen überhaupt gar nicht mehr vorkamen, Vereine auch nicht» (IP 14).

Ansonsten bestimme überwiegend die Qualität der PR-Arbeit der Ortsgruppen der Partei, wie präsent man in den lokalen oder regionalen (Print-)Medien ist. Einige wenige Kommunen sind in dieser Hinsicht sehr aktiv: «Es vergeht keine Sitzung, wo wir nicht danach eine Pressemitteilung schreiben, wo wir nicht aktive Angebote machen» (IP 15), auch um dazu beizutragen, den öffentlichen Diskurs über politische Fragen zu befördern. In dieser Gemeinde sei DIE LINKE deshalb sogar überdurchschnittlich häufig in der Tageszeitung präsent, weshalb dort die anderen Parteien jetzt mit ihrer Pressearbeit nachzögen.

¹⁶ Im Zuge der Recherchen für diese Studie konnte festgestellt werden, dass es sich teilweise als sehr herausfordernd darstellt, überhaupt in Kontakt mit kommunalen Mandatsträger*innen zu treten. Unter anderem gibt es häufig keinen Internetauftritt und auch in den Ratsinformationssystemen sind zum Teil keine Kontaktdaten hinterlegt. Hinzu kommt, dass manche Geschäftsstellen kaum besetzt sind und somit für Außenstehende schwer ersichtlich ist, was dort wann passiert.

Handlungsempfehlungen

Die Vermittlung der eigenen Positionen setzt eine gewisse Wahrnehmbarkeit ebenso wie eine Definition der zu adressierenden Zielgruppen voraus, um den Kreis der Unterstützer*innen linkspolitischer Ideen und Projekte zu erweitern. Die Öffentlichkeitsarbeit der Partei sollte im Kern auf die (argumentative) Überzeugung von Sympathisant*innen und (potenziellen) Wähler*innen abstellen. Nur für die Bereiche, in denen es LINKEN gelingt, ihre Inhalte zu vermitteln, werden ihnen auch Problemlösungskompetenzen zugeschrieben. Der Grad der Responsivität ist das weitere ausschlaggebende Kriterium dafür, ob es zu einem konstruktiven Dialog zwischen Repräsentant*innen der LINKEN und interessierten Bürger*innen kommt.

Wahrnehmbarkeit durch Bedarfsoptimierung stärken

Insgesamt wird die eigene PR- und Öffentlichkeitsarbeit als noch zu wenig profiliert und zielführend eingeschätzt. DIE LINKE und ihre Anliegen seien deswegen in den Medien nicht gut repräsentiert, was die Vermittlung von linken Ansätzen zusätzlich erschwere. Außerdem verweist der Rückgang der Leserzahlen bei den Printmedien darauf, dass es zukünftig sinnvoll sein kann, einen stärkeren Fokus auf Social-Media-Formate und die eigene Online-Präsenz zu richten.

Auf die Frage, welche Mittel und Wege sie nutzen, um ihre Ansätze und Ideen öffentlichkeitswirksam nach außen zu vermitteln, gaben die Befragten ganz unterschiedliche Antworten. Die Zusammensetzung des vor Ort genutzten «PR-Sets» hängt dabei vor allem von den Ressourcen der Aktiven und den von ihnen als relevant erachteten Zielgruppen ab. Dies trifft gleichermaßen auf die Frequenz und den Umfang von Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit zu. Während sich die vor Ort in kleiner Auflage vierteljährlich erstellte Parteizeitung eher an ältere Mitglieder und Sympathisant*innen richtet (und mitunter persönlich überbracht wird), zielen die Live-Übertragung der Stadtverordnetenversammlung oder Postings zu Beschlussvorlagen auf Social-Media-Kanälen eher auf ein jüngeres Publikum ab. Zusätzlich scheinen die Größe der Kommune und die politischen Kräfteverhältnisse vor Ort die Auswahl der PR-Tools zu beeinflussen.

Mehr öffentliche Wahrnehmbarkeit lässt sich auch mit ganz einfachen Mitteln herstellen. In einem Mittelzentrum plant man gegenwärtig, die Öffnungszeiten der Geschäftsstelle auszuweiten und das zugehörige Schaufenster einladender zu gestalten.

Vor Ort «Flagge zeigen»

Ein offenes Bekenntnis zur LINKEN und zu den eigenen politischen Erfolgen durch lautes «mit den Töpfen klappern» ist die direkteste Form, um auf sich aufmerksam zu machen. «Häng' einfach an alles, was du machst, das Logo der Partei dran», empfiehlt einer der Befragten (IP 15). Nicht immer ist dies jedoch möglich und

zielführend (vgl. Kapitel 3.3.: Mitgliederentwicklung und Belastungserfahrungen).

Generell wäre zu wünschen, dass die LINKE den Anspruch vertritt, Politik (wie im antiken Griechenland und im Habermas'schen Sinne deliberativ) vermehrt im öffentlichen Raum stattfinden zu lassen, ihn damit zurückerobert. Politik «muss auf jedem Dorffest stattfinden» (IP 14). Diskurse sollten nach außen getragen werden. Die Ängste vor der AfD (die bereits auf jedem Dorffest präsent sein will und Sticker an jeden vorstädtischen Laternenpfahl klebt) dürfen nicht dazu führen, dass sich demokratische Kräfte verstecken. In Gegenden, wo bereits die Jubiläumsveranstaltung der Freiwilligen Feuerwehr ein reales Risiko für Leib und Leben bekennender LINKER und anderer Zielgruppen rechten Gewaltpotenzials darstellt, ist es von umso größerer Bedeutung, eigene und vor allem angemessene Räume für den Austausch bereitzustellen.

Synergien fördern und Medienkompetenzen ausbilden

Wahrnehmbarkeit ist vor allem dort gegeben, wo Engagierte über Ressourcen verfügen, die ihnen ermöglichen, sich aktiv zu vernetzen und präsent zu sein. Dazu ist die Vernetzung zu befördern, denn «alle Kontakte, die irgendwie infrage kommen, sind an der einen oder anderen Stelle hilfreich» (IP 15).

So würde es aus Sicht kommunalpolitisch Aktiver bereits eine große Unterstützung darstellen, wenn Mitarbeiter*innen der Landtagsfraktionen aus den Bereichen der Öffentlichkeitsarbeit und des Marketings regional passende, bereits aufbereitete Inhalte an sie weiterleiten würden (IP 4). Externe Expertise könne dabei helfen, für die lokale PR «dann die richtigen Entscheidungen zu treffen» (IP 14). Unterstützung sollte außerdem auf eine den Bedürfnissen vor Ort entsprechende Ressourcenausstattung fokussieren: In manchen Kommunen wird ein Kopierer, in anderen eine High-Speed-Internetverbindung gebraucht.

Eine große Nachfrage gibt es nach Weiterbildungen, um neue Medien professioneller nutzen zu können. Für Schulungen der Medienkompetenz könnten Media-Kits entwickelt und zur Verfügung gestellt werden, die insbesondere auf nachfolgende Aspekte abstellen:

- die authentische Adressierung von Zielgruppen über entsprechende Kommunikationskanäle;
- die Adressierung von Redaktionen und Medienmacher*innen;
- das «Out-of-the-Box-Denken» zur Erarbeitung von Strategien zur Erhöhung der Wahrnehmbarkeit und Vermittlungschancen für linke Positionen, wenn personelle oder finanzielle oder zeitliche Ressourcen knapp sind;
- das Erkennen von und der Umgang mit Fake News.

Zielgruppengerechtigkeit und regionalisierte Kampagnen

Die Befürchtung zahlreicher Befragter ist es, dass zukünftig wie zu vergangenen Landtags- und Bundes-

tagswahlen «wieder Plakate kommen, mit denen können wir überhaupt nichts anfangen». Als Beispiel wurden Kampagnenmaterial zum Mietendeckel in einer Strukturwandelregion, die mit hohen Abwanderungsraten zu kämpfen hat, genannt oder Flyer mit Forderungen nach mehr Stadtbegrünung, die an Ortsverbände geschickt wurden, deren Gemeinden von naturverbundenen Tourist*innen leben: «Die Probleme der großen Städte haben wir hier einfach nicht» (IP 1).

Damit linke Politikansätze wahrgenommen werden und sich linkspolitische Projekte und Initiativen entfalten lassen, müssen sie – entsprechend der Größe der Stadt oder Gemeinde – mithilfe einer zielgruppenspezifischen Öffentlichkeitsarbeit vermittelt werden. Flankiert werden sollte dies durch die Schaffung einer dauerhaft angelegten Infrastruktur für den Austausch von Informationen und die gemeinsame Weiterentwicklung von Medien- und Kampagnenmaterialien.

Um regionale Bezüge herzustellen, sollten auch die LINKEN Kommunalpolitiker*innen in die Kampagnenentwicklung einbezogen werden, damit tatsächlich die Probleme der Bürger*innen in den Städten und Gemeinden angesprochen werden: Ein Slogan wie «Kita-Versorgung sicherstellen» auf Wahlplakaten funktioniert nicht in Regionen, wo aufgrund des demografischen Wandels mehr Kita-Plätze zur Verfügung stehen, als Kinder leben, die sie nutzen könnten. Dies knüpfe nicht an die Problemlagen der Leute an: «Ich weiß nicht, wie diese Wahlplakate zustande kommen» (IP 5). Zahlreiche Befragte des Samples stellten heraus, dass auch andere Materialien als nicht hilfreich empfunden werden: «Die für die letzten Kommunalwahlen vom Land erstellten Flyer haben wir komplett abgelehnt, weil – die sind für uns zu plakativ und für uns nicht zutreffend» (K8 u.a.m.: K1, K2, K4, K8).

4 SCHLUSSBETRACHTUNG

Ein Erklärungsansatz für die Wahlerfolge und -misserfolge der Partei DIE LINKE muss die Empirie im Zusammenhang mit dem Wandel des Parteiensystems reflektieren. Dabei fällt der relative Bedeutungsverlust der Parteien als Mitgliederorganisationen ebenso ins Gewicht wie Kompetenzen, die der Partei durch die Wähler*innen zugeschrieben werden. Mit Blick auf den Wandel der Zusammensetzung kommunaler Interessenvertretungen und die dort vertretenen Akteure untermauert diese Untersuchung die Befunde von Brähler und Decker (2020) und von Sarcinelli (2017), wonach von einer zunehmenden Wirkung der Konfliktlinien Demokratie vs. Autoritarismus und Glaubwürdigkeit vs. Misstrauen in Politik und Medien auszugehen ist.

Die mit den Fallstudien gesammelten Erkenntnisse zu den auf der kommunalen Ebene ausgeprägten Mechanismen der Entscheidungsfindung stützen darüber hinaus die Annahme, dass Konkordanz und Personenwahl aufgrund des Wandels (in Teilen: der Verwerfungen) im kommunalen Parteiensystem als kommunalrechtlich verankerte institutionelle Rahmenbedingungen und tradierte Prinzipien gegenwärtig partiell unwirksam oder ausgehebelt sind. Dies führt mitunter zu Blockaden und einem destruktiven Politikstil. Verstärkt werden diese Phänomene durch das Aufkommen neuer gesellschaftlicher Konfliktlinien: Sie bringen zwischen den kommunalen Akteuren und Interessengruppen vermehrt Misstrauen hervor. Der die kommunale Politikebene im Allgemeinen kennzeichnende Faktor «Nähe» verliert damit an Bedeutung und aus einer Abnahme des gegenseitigen Vertrauens erwachsen kaum noch überbrückbare Differenzen, womit Politikblockaden durch eine weitere Polarisierung der Auseinandersetzungen in den Gemeinwesen drohen.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung und die Einzelfallanalysen der Städte und Gemeinden legen zudem den Schluss nahe, dass in der Partei DIE LINKE gegenwärtig neben der Bearbeitung eines Generationenkonflikts ein Tauziehen um die Deutungshoheit darüber stattfindet, wie sich die im Kern geteilten politischen Überzeugungen erfolgreich in linke Politik übersetzen lassen. Diese Strategiedebatte fällt in eine Zeit, in der die Position der LINKEN innerhalb des Parteiensystems (auch auf kommunaler Ebene) aufgrund des Aufkommens von Protest und des Erfolgs neuer politischer Kräfte zunehmend geschwächt ist. Neben der AfD verzeichnen Bündnis 90/Die Grünen in beiden betrachteten ostdeutschen Bundesländern Zuwächse und auf kommunaler Ebene lässt sich zudem eine wachsende Bedeutung parteiunabhängiger Wähler- und Bürgerbündnisse bei einer zuletzt feststellbar höheren Wahlbeteiligung beobachten.

ZUSAMMENFASSUNG

Mit Blick auf die verhandlungsdemokratisch angelegten Entscheidungsprozesse auf kommunaler Ebene

lassen sich folgende Hypothesen bezüglich eines Wandels der Funktionsweise demokratischer Entscheidungsfindung in den Städten und Gemeinden formulieren:¹⁷

1. Das konkordanzdemokratische Prinzip erodiert an den Rändern des kommunalpolitischen Parteiensystems und wird durch das Aufkommen neuer Konfliktlinien geschwächt. Vor allem der Cleavage demokratisch/autoritär und der Generationenkonflikt setzen den an überparteilichem Ausgleich und Konsensbildung orientierten konkordanzdemokratischen Politikstil unter Druck. Dies begünstigt Polarisierungen und Politikblockaden. Inwiefern DIE LINKE die gegebenen Konfliktlinien für eine Profilierung nutzen kann und unter welchen Bedingungen dies geschehen kann, sollte Gegenstand zukünftiger, vertiefender und regional differenzierender Analysen sein und in Strategiedebatten berücksichtigt werden.
2. Der Generationenkonflikt innerhalb der Partei DIE LINKE führt dort, wo junge LINKE Mandate im Stadtrat, in der Stadtverordnetenversammlung oder im Gemeinderat errungen haben, zu einer konkurrenzdemokratischeren Positionierung (kein «Weiter so», sondern «Dagegenhalten»).
3. Verstärkt wird dieses Phänomen in dem Maße, in dem innerhalb der kommunalen Interessenvertretungen der Cleavage Autoritarismus vs. Demokratisierung wirkt, das heißt immer dann, wenn aus Sicht der LINKEN Akteure (rigorose) Abgrenzungen zu rechten Kräften vorgenommen werden (müssen). Dadurch brechen verfestigte kooperative Strukturen auf.
4. Unter Druck geraten die verhandlungsdemokratisch angelegten Entscheidungsstrukturen auch durch solche Mandatsträger*innen, bei denen davon auszugehen ist, dass es sich bei ihrer Wahl nicht primär um eine Personenwahl handelte, sondern um die Wahl einer allgemeinpolitisch orientierten Liste (u. U. auch ohne konkreten lokalen Bezug). Dies trifft anscheinend insbesondere auf Vertreter*innen der AfD zu.
5. Über die etablierten und die erstarkenden rechten Kräfte hinaus setzen sich die kommunalen Interessenvertretungen zunehmend aus Fraktionen und/oder Mandatsträger*innen zusammen, die vorwiegend im Spektrum der Freien Wähler verortet werden und deren politische Programme als diffus beschrieben werden können. Dies verstärkt Unsicherheiten im lokalen Verhandlungsprozess.
6. Ein «Kleinklima des Vertrauens» als Errungenschaft eines jahrzehntelangen Annäherungsprozesses

¹⁷ Die Ableitung der Hypothesen erfolgt hier mit Blick auf das gesamte kommunale Parteienspektrum, ergänzt um Verweise auf mögliche Strategiebildungsoptionen bzw. problemlösungsorientierte Ansätze für DIE LINKE betreffende Spezifika.

zwischen den etablierten Kräften kann in vielen Kommunen nicht mehr als (uneingeschränkt) gegeben vorausgesetzt werden. Stattdessen wird dieser kommunalpolitische Problemlösungsmechanismus zum Teil von politischer Polarisierung und Handlungsblockaden abgelöst.

Angesichts dieses Wandels der Zusammensetzung der kommunalen Gremien und der damit verbundenen Auswirkungen auf deren Verhandlungsmodi ist zu reflektieren, wie LINKE Politik unter den Vorzeichen dieser Entwicklungen zukünftig mehrheitsfähig bleiben kann bzw. wie LINKE Projekte weiterhin umgesetzt werden können. Darüber hinaus ist zu fragen, wie DIE LINKE mit ihren Anliegen mehr Aufmerksamkeit erhalten und Einfluss auf die kommunalpolitischen Debatten und Entscheidungen nehmen kann.

Dazu wurden in dieser Studie mehrere Ansatzpunkte identifiziert:

1. die Anpassung der kommunalen Politikebene an die neuen Herausforderungen, die aus dem Wandel des Parteiensystems und dem Aufbrechen neuer Konfliktlinien resultieren;
2. die Erarbeitung eines angemessenen Umgangs mit den sich verändernden Entscheidungsfindungsverfahren in der Kommune und in den Kommunalparlamenten;
3. die weitere Vernetzung und Verankerung vor Ort;
4. eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit und Medienutzung;
5. die Weiterentwicklung eines integrierten kommunalen Politikansatzes, der zugleich in der Lage ist, die lokalen Besonderheiten zu berücksichtigen;
6. die Entwicklung von Instrumenten und Maßnahmen auf den übergeordneten Parteebenen zur Unterstützung der kommunalpolitischen Akteure.

Um den neuen, aus dem Wandel des Parteiensystems und dem Aufbrechen neuer Konfliktlinien resultierenden Herausforderungen kommunalpolitischer Entscheidungsfindung gerecht zu werden, wird vorgeschlagen, die Kohärenz in der Politikentwicklung weiterzuentwickeln. Die Aufbereitung globaler Themen für die (zielgruppen- und bedarfsgerechte) Bearbeitung auf kommunaler Ebene würde allein deshalb lohnen, weil neben der Herstellung einer thematischen Anschlussfähigkeit für die Bürger*innen bei Wahlen (unabhängig auf welcher der föderalen Ebenen sie stattfinden) damit ganzheitliche Politikentwürfe entstehen, Argumentationslinien (bspw. zur Verwendung in Vorlagen) geschärft und Ebenen übergreifend zur Diskussion gestellt werden könnten. Dementsprechend wird empfohlen, linkspolitische Ansätze verstärkt im Rahmen des politischen Mehrebenen-Systems zu reflektieren und auf Möglichkeiten ihrer Vermittlung hin abzuklopfen, um jeweils angemessene Optionen des Praxistransfers (regionalspezifisch) zu erarbeiten und auszuprobieren.

Im Zuge dessen sollten die politischen Kernkompetenzen geschärft werden. Indem DIE LINKE sozial Benachteiligte (wieder) zurück in den Fokus ihres kom-

munalpolitischen Engagements rückt, ließen sich unterschiedliche, auf dieser Ebene aktive Stakeholder und neuer Protest integrieren. Darüber hinaus muss bei kommunalpolitischen Strategien der LINKEN eine kontinuierliche Abwägung des Verhältnisses von Konkurrenz und Kooperation bei der kommunalen Entscheidungsfindung erfolgen. Dazu gehört die Beantwortung der Frage, welche neuen Kräfte zu integrieren bzw. welche zu isolieren sind. Es gilt also, sowohl die Chancen zur Herausbildung neuer Allianzen zu nutzen als auch abzuwägen, in welchen Zusammenhängen und an welchen Stellen eine kompromisslose Opposition vonnöten ist. Auch Pragmatismus in den lokalen Problemlösungsprozessen kann – in Kombination mit einem klaren politischen Profil – dazu beitragen, auf kommunaler Ebene neue Bündnismöglichkeiten zu erschließen.

Ein solcher Politikansatz sollte von neuen Beteiligungsangeboten begleitet werden, die sich an konkreten Problemlagen der betroffenen Bevölkerungsgruppen orientieren, das Demokratieverständnis befördern und die Menschen ermuntern, selbst aktiv zu werden. Unterstützend könnten Ansätze lokaler Transparenzoffensiven intensiviert werden, etwa durch die Schaffung «gläserner» Haushalte, die Förderung eines responsiveren Verwaltungshandelns oder eine stärkere Sichtbarmachung von Bau- und Infrastrukturplanungen.

Zur Verstärkung der Vernetzung und Verankerung vor Ort in den kommunalen Interessenvertretungen sowie in der zivilgesellschaftlichen Vereins- und Verbändelandschaft wird vorgeschlagen, alle anschlussfähigen Möglichkeiten zu nutzen, um durch Präsenz als «Kümmerer» «Flagge zu zeigen». Bestehende Einstiegsprojekte und Angebote für linkes Engagement gilt es aktiv zu bewerben und so die Revitalisierung oder Verstärkung «klassischer Tugenden» linker Kommunalpolitik zu stärken.

Aufgrund der damit verbundenen außerordentlichen Beanspruchungen der kommunalpolitisch ehrenamtlich Aktiven sollte der Aufgabe der Mitgliederbindung gebührend Rechnung getragen werden. Dazu gehört aus Sicht der Befragten der Auf- bzw. Ausbau von Unterstützungsstrukturen für Menschen (Mitglieder der LINKEN, Sympathisant*innen etc.), die von rechter Seite bedroht werden. Um Kommunalpolitik generell zu stärken, bedarf es grundsätzlich einer größeren Wertschätzung des Engagements der lokal Aktiven und einer Aufwertung der Basisarbeit vor Ort. Dies betrifft sowohl die persönliche Anerkennung als auch die konkrete ideelle und materielle Unterstützung der kommunalpolitischen Aktivitäten.

Die neuen politischen (aber auch organisationalen) Herausforderungen auf kommunaler Ebene gehen außerdem mit steigenden Anforderungen an die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit einher. Diese müssen zumeist von den kommunalen Parteigliederungen bewältigt werden, die nicht zuletzt aufgrund (des Wandels) der Mitgliederstruktur zumeist nur über

knappe Ressourcen verfügen. Die in dieser Studie dargestellten Herangehensweisen der LINKEN Akteure vor Ort weisen hier zum einen in die Richtung einer Revitalisierung und Optimierung traditioneller und bewährter Formate (Pressearbeit, Infostand, Plakate, Flugblätter). Zum anderen beschreiben sie Möglichkeiten zur Erschließung und Nutzung neuer medialer Kommunikationskanäle. Für alle Vermittlungsformate können noch Optimierungspotenziale erschlossen werden. Dies betrifft sowohl die Zielgruppenorientierung (z. B. Jugendliche, Rentner*innen, Mieter*innen etc.) als auch die ihr entsprechende inhaltliche Aufbereitung von Materialien (Verständlichkeit, Anschlussfähigkeit). Der Wiedererkennungseffekt rund um den «Markenkern» und die Kernkompetenzen der LINKEN sollte in allen Medien überprüft und gegebenenfalls mit Blick auf die Adressat*innen weiterentwickelt werden. Das heißt, für die Mediennutzer*innen sollte DIE LINKE als Absender klar erkennlich sein.

Um eine intensivere Nutzung digitaler Medien zu ermöglichen, werden Schulungen zur Steigerung der Medienkompetenz vorgeschlagen. Ziel solcher Weiterbildungen sollte gerade in Wahlkampfzeiten auch ein souveräner Umgang mit Falschaussagen (Fake News) politischer Kontrahent*innen und mit Cyber-Mobbing sein. Die verstärkte Nutzung neuer Medien stellt einen Weg dar, um Kommunalpolitiker*innen mit ihren begrenzten (zeitlichen) Ressourcen zu entlasten. Dazu sollten die übergeordneten Parteigliederungen deren PR- und Medienarbeit orts- und bedarfsorientiert inhaltlich und finanziell unterstützen.

Deutlich wurde im Zuge der Recherchen zu der vorliegenden Studie: LINKE Kommunalpolitik ist in jenen Regionen erfolgreich, wo sie Kohärenz aufweist, die vielfältigen einzelnen lokalen Fachpolitiken integriert, Anschlussmöglichkeiten für Ein-Punkt-Initiativen bietet und «große Themen» wie die sozialökologische Transformation mit konkreten Gestaltungsprojekten vor Ort verbindet. Ein solcher integrierter Mehrebenen-Ansatz macht «sozial gerecht, ökologisch nachhaltig und demokratisierend» als einen kommunalpolitischen Kern LINKER Politik wahrnehmbarer und stellt Kohärenz innerhalb des Mehrebenen-Systems her. Die hier aufgezeigten Best-Practice-Beispiele verdeutlichen, dass diese anspruchsvolle Aufgabe trotz kommunal sehr unterschiedlicher Schwerpunkte strategisch bewältigt werden kann.

Zur Entfaltung linkspolitischer Ansätze kann schließlich die Bereitstellung eines «Werkzeugkastens Kommunalpolitik» hilfreich sein, der in seinen hier dargestellten Elementen im Wesentlichen bereits entwickelt und erfolgreich erprobt wurde. Zur Unterstützung der kommunalpolitisch aktiven LINKEN umfasst er mehrere Module, darunter ein Mehr-Ebenen-Diskursformat, ein lokales Wahlanalysetool, ein Media-Kit, das «strategische Quadrat» und das «strategische Kreismodell» sowie eine zentrale Beratungs- oder Anlaufstelle für Fälle akuter Belastung oder Bedrohung von LINKEN Aktivist*innen.

AUSBLICK

Aufgezeigt werden konnte anhand vielfältiger Beispiele, dass engagierte LINKE Akteure über zahlreiche Ansatzpunkte verfügen, um in Interessenvermittlungsprozessen auf kommunaler Ebene auch parteipolitische Positionen deutlich zu machen. Sie tragen so zur Entfaltung linker Politik bei – unter anderem, weil viele gesamtgesellschaftlich relevante Themen und Probleme auf kommunaler Ebene durchaus anschlussfähig und bearbeitbar sind. Jeweils ortsspezifisch ist zu eruieren, welche parteipolitischen und zivilgesellschaftlichen Akteure in den Kommunen aktiv sind, welche Kooperationen DIE LINKE mit parteipolitischen sowie zivilgesellschaftlichen Gruppen pflegt und welche Mittel und Wege im lokalen Umfeld angemessen erscheinen, um linke Initiativen und Projekte anzustoßen und umzusetzen.

Es konnten erste Erkenntnisse für weitere Strategiebildungsprozesse der LINKEN abgeleitet werden. Somit hat sich der gewählte Zugang zur Beantwortung der Forschungsfrage als geeignet erwiesen. Die Studie gibt Anregungen für weitere empirische und qualitative Forschungsarbeiten, etwa mit Blick auf die Prüfung des Aufkommens von Protest in Zusammenhang mit dem Fortbestand eines «Klimas des Vertrauens» auf kommunaler Ebene oder die Entwicklung eines «Werkzeugkastens Kommunalpolitik» als Unterstützungsstruktur für die Entfaltung linker Politiken vor Ort.

Grenzen des Untersuchungsansatzes bestehen darin, dass sich die gewonnenen Erkenntnisse aufgrund des gewählten Fallstudien-Designs mit seiner geringen Fallzahl weder auf ganze Gemeindegrößenklassen anwenden noch bundesweit übertragen lassen. Angenommen wird zugleich, dass sich die Erkenntnisse zu Polarisierung, Nähe und Personenwahl deutschlandweit verallgemeinern ließen. Dies zu überprüfen, bedürfte aber weiterer empirischer Forschung.

Ebenso ist aus Sicht der Autorin eine explizite Untersuchung der «modernisierten Konfliktlinien» – der gegensätzlichen Positionierungen der Akteure innerhalb des politischen Spektrums zwischen Management und Arbeitnehmerschaft bzw. Marktliberalismus und Befürwortung des Sozialstaates, konservativen und modernen (unter Umständen linksliberalen) Einstellungsmustern sowie materialistischen und post-materialistischen Grundhaltungen (Geiling/Vester 2007) – und ihrer Wirksamkeit auf kommunaler Ebene lohnenswert. So wäre es bestimmt sehr aufschlussreich, über einen Längsschnittvergleich mehr über die Zusammensetzung von Stadt- und Gemeinderäten, die Beschlussvorlagen und das Abstimmungsverhalten von Parteien und Fraktionen zu erfahren.

Einer eingehenderen Betrachtung bedürfen die Erkenntnisse zu den auf kommunaler Ebene ausgeprägten Mechanismen der Entscheidungsfindung auch deshalb, weil sie die Annahme nahelegen, dass der mit dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik erfolgte politische und institutionelle Bruch 1989/90 (etwa die Implementierung der Verhandlungsdemokra-

tisch-reformierten Kommunalverfassungen nach dem Vorbild der Süddeutschen Ratsverfassung) zur Ausprägung ostdeutscher Spezifika beigetragen hat. Diese lassen sich – mit Blick auf die untersuchten Städte und Gemeinden – als destruktiv wirkende «Funktionsstörungen» des verhandlungsdemokratisch angelegten Politikprozesses interpretieren. Die gelebte (kon-

kurrenzdemokratisch ausgeprägte) politische Kultur sprengt partiell (aufgrund der historisch bedingten Konfigurationen der Parteienlandschaft und des Wandels der Akteurslandschaft in den Stadt- und Gemeinderäten) zunehmend den institutionell-rechtlich gefassten (verhandlungsdemokratisch angelegten) Rahmen.

LITERATUR

A

Andersen, Uwe (1998): Kommunalpolitik im Umbruch, in: Andersen, Uwe (Hrsg.): Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen im Umbruch, Köln, S. 9–43.

Antonio, Oliver (2015): Zwischen Rathaus, Milieu und Netzwerk. Über die lokale Verankerung politischer Parteien, Wiesbaden.

B

Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars (2006): Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine policyorientierte Einführung, Wiesbaden.

Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars (2013): Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine praxisorientierte Einführung, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars (2016): Kommunale Entscheidungsstrukturen in Ost- und Westdeutschland, Wiesbaden.

Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars/Junkernheinrich, Martin/Wagschal, Uwe (2014): Ursachen kommunaler Haushaltsdefizite, in: Politische Vierteljahresschrift 4/2014, S. 614–646.

Brähler, Elmar/Decker, Oliver (Hrsg.) (2020): Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments, Leipziger Autoritarismus Studie 2020, unter: www.boell.de/sites/default/files/2020-11/Decker-Braehler-2020-Autoritaere-Dynamiken-Leipziger-Autoritarismus-Studie.pdf?dimension1=ds_leipziger_studie (Zugriff: 10.12.2020).

Brenke, Karl/Kritikos, Alexander S. (2017): Wählerstruktur im Wandel, in: DIW Wochenbericht Nr. 29/2017, unter: www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.562052.de/17-29-1.pdf (Zugriff: 20.11.2020).

C

Czada, Roland (2003): Der Begriff der Verhandlungsdemokratie und die vergleichende Policy-Forschung, in: Mayntz, Renate/Streeck, Wolfgang (Hrsg.): Die Reformierbarkeit der Demokratie. Innovationen und Blockaden, Frankfurt a. M./New York, S. 173–203.

D

Decker, Frank/Best, Volker/Knorr, David (2014): Rekrutierungswege moderner Volksparteien, unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/10651.pdf> (Zugriff: 20.11.2020).

Der Landeswahlleiter für Brandenburg (2019): Wahlen der Kreistage der Landkreise und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte im Land Brandenburg am 26.5.2019, unter: www.wahlergebnisse.brandenburg.de/wahlen/KO2019/diagramUberblick.html (Zugriff: 20.11.2020).

DIE LINKE (2011): Grundsatzprogramm. Beschluss des Parteitags der Partei DIE LINKE vom 21./22./23. Oktober 2011 in Erfurt.

DIE LINKE (2021): Mit Steuern umsteuern. Wahlprogramm 2021, unter: www.die-linke.de/wahlen/wahlprogrammdebatte-2021/wahlprogramm2021-erster-entwurf/mit-steuern-umsteuern/ (Zugriff: 30.5.2021).

die tageszeitung (2019): Krise der Volksparteien. Dissens für die Demokratie, 19.11.2019, unter: <https://taz.de/Krise-der-Volksparteien/!5638534/> (Zugriff: 20.11.2020).

die tageszeitung (2020a): Bürgermeister zweifelt Corona an: Glühwein statt Rücksicht, 28.11.2020, unter: <https://taz.de/Buergermeister-zweifelt-Corona-an/!5731937/> (Zugriff: 28.11.2020).

die tageszeitung (2020b): Umstrittenes Bauvorhaben in Greifswald: Bürger ohne Stimme, 20.11.2020, unter: <https://taz.de/Umstrittenes-Bauvorhaben-in-Greifswald/!5729924/> (Zugriff: 28.11.2020).

Dörre, Klaus (2019): Arbeit in der großen Transformation. Soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit als Ziel – 16 Thesen, Working Paper, Jena.

E

Elektrizitätswerke Schönau (2020): Die Geschichte der EWS, unter: www.ews-schoenau.de/ews/geschichte/ (Zugriff: 28.11.2020).

F

Fuhrmann, Tobias (2014): Lokale Demokratie in Sachsen. Bericht zur landesweiten Befragung, unter: www.lokale-demokratie.de/wp-content/uploads/2014/08/Bericht-zur-Befragung-2015-01-05pp.pdf (Zugriff: 20.11.2020).

G

Geiling, Heiko/Vester, Michael (2007): Das soziale Kapital der politischen Parteien. Die Akzeptanzkrise der Volksparteien als Frage der Individualisierung oder der sozialen Gerechtigkeit, in: Brettschneider, Frank/Niedermayer, Oskar/Weßels, Bernhard (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2005, Wiesbaden, S. 457–489.

Gemeindevertretung Wustermark (o. J.): unter: www.wustermark.de/verwaltung-und-politik/politik/parteien-und-waehlervereinigungen/ (Zugriff: 19.4.2021).

Grimme Online Award (2019): Deutschland spricht, unter: www.grimme-online-award.de/archiv/2018/preistraeger/p/d/deutschland-spricht-1/ (Zugriff: 31.5.2021).

Güllner, Manfred (2018): Droht das Ende der Kommunalpolitik?, unter: <https://kommunal.de/droht-das-ende-der-kommunalpolitik> (Zugriff: 20.11.2020).

H

Heinrich-Böll-Stiftung (2019): Kommunal-Wiki. Kommunalwahl in Sachsen 2019, unter: https://kommunalwiki.boell.de/index.php/Kommunalwahl_in_Sachsen_2019 (Zugriff: 20.11.2020).

Holst, Gregor et al. (2019): Batterierecycling als Beschäftigungsperspektive für die Lausitz. Ansätze einer arbeits- und beschäftigungsorientierten Regionalentwicklungsstrategie, Otto-Brenner-Stiftung, Frankfurt a. M.

Holtkamp, Lars (2008): Kommunale Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie. Parteien und Bürgermeister in der repräsentativen Demokratie, Wiesbaden.

Holtkamp, Lars (2017): Formen kommunaler Demokratien. Direkt – repräsentativ – kooperativ, Hagen, S. 83–91.

Holtmann, Everhard (2013): Parteien auf der kommunalen Ebene, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden, S. 791–815.

Holtmann, Everhard/Khachatryan, Kristine/Krappidel, Adrienne/Plassa, Rebecca/Rademacher, Christian/Runberger, Maik (2012): «Die Anderen». Parteifreie Akteure in der lokalen Risikogesellschaft, in: Best, Heinrich/Holtmann, Everhard (Hrsg.): Aufbruch der entsicherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung, Frankfurt a. M./New York, S. 150–171.

Holtmann, Everhard/Rademacher, Christian/Reiser, Marion (2017): Kommunalpolitik – Eine Einführung, Wiesbaden.

K

Kahrs, Horst (2021): Die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021 – Wahl nachtbericht, erste Deutungen und Hintergründe des Wahlverhaltens, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 27.9.2021, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/wahlanalysen/WNB-BTW21.pdf (Zugriff: 27.9.2021).

Kemper, Andreas (2016): Klassismus. Eine Bestandsaufnahme, hrsg. vom Landesbüro Thüringen der Friedrich-Ebert-Stiftung, unter: <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/erfurt/12716.pdf> (Zugriff: 20.5.2021).

Kuckartz, Udo (2014): Mixed Methods. Methodologie, Forschungsdesigns und Analyseverfahren, Heidelberg.

L

Lamnek, Siegfried (2005): Einzelfallstudie, in: ders.: Qualitative Sozialforschung, Weinheim/Basel, S. 298–328.

Lazarsfeld, Bernard/Berelson, Hazel Gaudet (1944): The People's Choice. How the Voter Makes Up his Mind in a Presidential Campaign, New York/London.

Lehmbruch, Gerhard (1967): Proporzdemokratie. Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich, Tübingen.

Lehmbruch, Gerhard (1998): Parteienwettbewerb im Bundesstaat, Opladen.

Leschke, Marie-Therese/Schleer, Manfred (o. J.): Konkordanzdemokratie in Mittel- und Großstädten im Freistaat Sachsen, in: Meißner Hochschulschriften, Heft 3, Fachhochschule der sächsischen Verwaltung, S. 8–52, unter: <https://d-nb.info/1136293787/34> (Zugriff: 20.11.2020).

Lipset, Seymour M./Stein, Rokkan (1967): Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives, New York/London.

Lösche, Peter (2010): Ende der Volksparteien, in: Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst soFid, Politische Soziologie 1/2010, S. 9–16.

M

Mayring, Philipp (2001): Kombination und Integration qualitativer und quantitativer Analyse, in: Forum Qualitative Sozialforschung 2(1), Art. 6; unter: www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/967 (Zugriff: 7.12.2020).

N

Naßmacher, Hiltrud/Naßmacher, Karl-Heinz (2007): Kommunalpolitik in Deutschland, Wiesbaden.

Niedermayer, Oskar (2017): Parteimitglieder in Deutschland: Version 2017, unter: <https://refubium.fuberlin.de/bitstream/handle/fub188/21944/P-PMIT17.pdf?sequence=1&isAllowed=y> (Zugriff: 20.11.2020).

Niedermayer, Oskar (2013): Die Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems, in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden, S. 111–132.

P

Prognos-Institut (2019): Zukunftsatlas 2019, unter: www.prognos.com/en/node/947 (Zugriff: 20.11.2020).

Püttner, Günter (2007): Zum Verhältnis von Demokratie und Selbstverwaltung, in: Mann, Thomas/Püttner, Günter (Hrsg.): Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, Bd. 1, Berlin, S. 381–390.

R

Regionaldaten Gemeindestatistik Sachsen (o. J.): unter: www.statistik.sachsen.de/Gemeindetabelle/Servlet/AbcServlet?Jahr=2018 (Zugriff: 20.3.2021).

Rock, Joachim (2021): Entwurf des 6. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung – Fachinfo vom 5.3.2021, unter: www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/entwurf-des-6-armuts-und-reichtumsberichts-der-bundesregierung/ (Zugriff: 21.5.2021).

S

Sächsisches Staatsministerium des Innern (Hrsg.) (2018): Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2018, unter: www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Verfassungsschutzbericht_2018_Web.pdf (Zugriff: 8.4.2021).

Sarcinelli, Ulrich (2017): Medien und Politik in der Glaubwürdigkeitskrise. Zwischen «Lügenpresse», Kampagnenjournalismus und Aufklärung, in: Mauler, Sandra/Ortner, Heike/Pfeiffenberger, Ulrike (Hrsg.): Medien und Glaubwürdigkeit. Interdisziplinäre Perspektiven auf neue Herausforderungen im medialen Diskurs, Innsbruck, S. 23–37.

Schäfer, Armin (2008): Alles halb so schlimm? Warum eine sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, in: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (Hrsg.): Jahrbuch 2007/2008, unter: www.mpg.de/446963/forschungSchwerpunkt.pdf (Zugriff: 20.11.2020).

Schäfer, Armin (2010): Politische Parallelwelten. Wo die Nichtwähler wohnen, in: Mitbestimmung, Magazin der Hans-Böckler-Stiftung 6/2010, unter: www.boeckler.de/de/magazin-mitbestimmung-2744-politische-parallelwelten-wo-die-nichtwaehler-wohnen-10901.htm (Zugriff: 20.11.2020).

Stadt Finsterwalde (o. J.): unter: www.finsterwalde.de/soziales/integration (Zugriff: 19.4.2021).

Stadt Geyer (o. J.): unter: www.stadt-geyer.de/unserre-stadt/informationen/zahlen-daten-fakten (Zugriff: 8.4.2021).

Stadt Wurzen (o. J.): unter: www.wurzen.de/stadt-wurzen/stadtpolitik/ortschaftsraete/ortschaftsrat-kuehren-burkartshain/ (Zugriff: 8.4.2021).

Stadtverordnetenversammlung Finsterwalde (o. J.): unter: https://ratsinfo.finsterwalde.de/bi/kp0040.php?__kgrrn=2&m (Zugriff: 19.4.2021).

Stadtverordnetenversammlung Schwedt (o. J.): unter: <https://sessionnet.krz.de/schwedt/bi/kp0041.asp>.

Statista (2020): Herde auf Abwegen. Anzahl der Kirchengaustritte in Deutschland, unter: <https://de.statista.com/infografik/10410/grossen-kirchen-verlieren-mitglieder/> (Zugriff: 20.3.2021)

Statista (2021a): Entwicklung der Mitgliederzahlen der politischen Parteien in Deutschland in den Jahren 1990 bis 2019, unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1140195/umfrage/entwicklung-der-mitgliederzahlen-der-politischen-parteien-in-deutschland/> (Zugriff: 20.3.2021).

Statista (2021b): Anzahl der Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) von 1994 bis 2020, unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/3266/umfrage/mitgliedszahlen-des-dgb-seit-dem-jahr-1994/> (Zugriff: 20.3.2021).

Statista (2021c): Anzahl der Parteimitglieder der Linken von 1990 bis 2019, unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/192246/umfrage/mitgliederentwicklung-der-linken/> (Zugriff: 20.3.2021).

Statista (2021d): Anzahl der Parteimitglieder der AfD von 2013 bis 2019, unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/730862/umfrage/mitgliederentwicklung-der-afd/> (Zugriff: 8.2.2021).

Statista (2021e): Anzahl der Parteimitglieder der Grünen von 1990 bis 2019, unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/192243/umfrage/mitgliederentwicklung-der-gruenen/> (Zugriff: 8.2.2021).

Süddeutsche Zeitung (2019): Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg. Die Gewissheiten sind dahin, 1.9.2019, unter: www.sueddeutsche.de/politik/wahlen-sachsen-brandenburg-analyse-1.4583725 (Zugriff: 20.11.2020).

T

Tausendpfund, Markus/Vetter, Angelika (2017): Kommunalpolitiker und lokaler Kontext: Fragen, Methoden, Befunde, in: dies. (Hrsg.): Politische Einstellungen von Kommunalpolitikern im Vergleich, Wiesbaden, S. 1–31.

U

Urban, Hans-Jürgen (2019): Vorlauf zu einem HKWM-Artikel «Mosaik-Linke», in: Das Argument 331, S. 19–32, unter: <https://hans-juergen-urban.de/wp-content/uploads/2020/02/DA331-URBAN-Mosaiklinke.pdf> (Zugriff: 20.3.2021).

W

Wegweiser Kommune (o. J.): unter: www.wegweiser-kommune.de/ (Zugriff: 20.11.2020).

